OBS-Arbeitspapier 79

Hendrik Theine,
Carlotta Verita, Moritz Gartiser

Über Reichtum berichten

Der „Gute Rat für Rückverteilung“ in den Medien

EIN PROJEKT DER OTTO BRENNER STIFTUNG
FRANKFURT AM MAIN 2025

OBS-Arbeitspapier 79
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:
Otto Brenner Stiftung
Can Gülcü
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2584
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Für die Autor*innen:
Hendrik Theine
Johannes Kepler Universität Linz
Mail: Hendrik.theine@jku.at

Redaktion & Lektorat:
Benedikt Linden (OBS)

Satz und Gestaltung:
Isabel Grammes, think and act

Titelbild:
Hanna Fasching

Redaktionsschluss:
05. März 2025

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier ist unter der Creative Commons „Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“-Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0) veröffentlicht.

Die Inhalte sowie Grafiken und Abbildungen dürfen, sofern nicht anders angegeben, in jedwedem Format oder Medium vervielfältigt und weiterverbreitet, geremixt und verändert werden, sofern keine Nutzung für kommerzielle Zwecke stattfindet. Ferner müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben gemacht, ein Link zur Lizenz beigefügt und angeben werden, ob Änderungen vorgenommen wurden. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:
www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Seit 1987 veröffentlicht das US-amerikanische Wirtschaftsmagazin *Forbes* jährlich die „World's Billionaires"-Liste, eine Übersicht der reichsten Menschen der Welt. Ein neues Feature macht inzwischen auch möglich, die Vermögensentwicklung aller (bekannten) Milliardäre weltweit tagesaktuell zu verfolgen. Im erratischen Takt der Finanzmärkte lässt sich beobachten, wie innerhalb von Stunden einige Milliarden gewonnen oder verloren werden.

Es lohnt sich allerdings auch, die zeitliche Perspektive in die andere Richtung auszuweiten und mehrere Jahre zurückzublicken. Das börseninduzierte, milliardenschwere tägliche Auf und Ab verdeckt, dass die Vermögensentwicklung der Reichsten seit Jahrzehnten weltweit nur eine Richtung kennt: steil nach oben. Im Jahr 2000 führte Bill Gates die Forbes-Liste mit einem Gesamtvermögen von rund 60 Milliarden Dollar an. Wer über 20 Milliarden verfügte, schaffte es bereits in die Top Ten, die zusammen auf ein Vermögen von rund 275 Milliarden Dollar kamen. 25 Jahre später müssen die Besitzer*innen von 20 Milliarden Dollar zittern, ob sie es überhaupt noch in die Klasse der weltweit reichsten 100 Menschen schaffen. Elon Musk vereinte als neuer Spitzenreiter zeitweise mit mehr als 400 Milliarden Dollar rund das Siebenfache des Bill Gates' der 2000er Jahre – und die Top Ten 2025 sind rund zwei Billionen Dollar wert.

Dass eine solche Konzentration von Vermögen – und damit einhergehend auch Macht – in den Händen einer kleinen Gruppe von Menschen nicht dauerhaft neben demokratischen Prozessen und Institutionen existieren kann, ist ein Gemeinplatz kritischer Akteure aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Die gegenwärtigen Entwicklungen in den USA zeigen exemplarisch, dass aus Sicht der Superreichen die Zeit nun gekommen scheint, die immer schon recht locker sitzenden demokratischen Fesseln vollends abzuwerfen und den Kritiker*innen vorzuführen, dass sie mit ihren Befürchtungen genau richtig lagen: Mit wenigen hundert Millionen Dollar kauft sich Musk einen Platz in der Regierung und dirigiert den schnellen Takt der Demontage demokratischer Institutionen.

Denen, die sich nicht auf den Reichenlisten dieser Welt wiederfinden, bleibt nach dieser offenen Kampfansage nichts anderes übrig, als den Federhandschuh aufzuheben und nach Möglichkeiten zu suchen, die gefährliche Vermögens- und Machtkonzentration abzubauen (sowie künftig ganz zu verhindern). Zu den Mitstreiter*innen in diesem Einsatz für Demokratie und Gleichheit gehört eindeutig auch Marlene Engelhorn. Die österreichische

Millionenerbin kämpft für eine höhere Besteuerung reicher Personen und hat im letzten Jahr 90 Prozent ihres Erbes (rund 25 Millionen Euro) an die Gesellschaft zurückgegeben. Was Engelhorn auszeichnet, ist nicht der Fakt, dass sie auf Vermögen verzichtet – das haben andere Reiche ebenfalls getan (auch wenn ihr relativer Verzicht beachtlich ist). Bemerkenswert ist vielmehr, dass sie die Aufgabe ihres Vermögens bewusst politisiert und die Entscheidung über die Verteilung des Geldes demokratisiert hat.

Mit ihrem Projekt des „Guten Rats für Rückverteilung“ überließ sie 50 repräsentativ ausgewählten Menschen in Österreich, die begleitet von Expert*innen, Moderator*innen und eigener Öffentlichkeitsarbeit sechs Wochen diskutierten, weitgehend die Entscheidung über die Verwendung ihres Millionenerbes. Sie grenzt sich damit bewusst von den philanthropischen Inszenierungen ihrer ‚Klassenkamerad*innen‘ ab, die sich – durchaus mit der ehrlichen Intention „Gutes zu tun“ – durch wohltätige Spenden und Förderungen wahlweise ein gutes Gewissen, humanistische Ausstrahlung oder politische Aufmerksamkeit erkaufen. Engelhorn scheint die Worte des südamerikanischen Publizisten Eduardo Galeano verinnerlicht zu haben – „Wohltätigkeit [wirkt] von oben nach unten, [sie] ändert nie auch nur ein bisschen an den Machtverhältnissen“ – und hat es anders gemacht.

Aber ist dies auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden? Und wenn ja, in welcher Form? Diese Fragen waren Auslöser des Forschungsprojektes von Hendrik Theine und Carlotta Verita (beide Johannes Kepler Universität Linz) sowie Moritz Gartiser (Universität Duisburg-Essen). In ihrer Studie untersuchen sie, wie der „Gute Rat für Rückverteilung“ über die eigene Arbeit kommuniziert und wie wiederum über diesen in 26 deutschsprachigen Medien berichtet wurde. Es zeigt sich, dass der Rat durchaus als Anlass genutzt wurde, um über die Gefahren und Nebeneffekte großer Vermögenskonzentrationen zu berichten. Doch die explizit systemkritischen Verlautbarungen des Guten Rats wurden wenig aufgegriffen. Und während der Rat in seiner öffentlichen Kommunikation immer wieder die herausragende Bedeutung von weitreichender Teilhabe und deliberativer Verfahren für den Prozess der Rückverteilung großer Vermögen hervorhob, wurde medial nur selten über die demokratische Arbeitsweise und Zusammensetzung des Rats berichtet.

Dabei dürfte doch gerade diese Vorgehensweise der Wegweiser hin zu einer demokratischeren Zukunft mit gerechterer Einkommens- und Vermögensverteilung sein. Der Kurzbegriff für ein solches, der Wohltätigkeit diametral gegenüberstehendes, „horizontales und gleichberechtigtes“ Vorgehen ist, auch das lehrt uns Galeano, Solidarität. Darüber darf gerne mehr berichtet werden.

Benedikt Linden
Referat Wissenschaftsförderung

Frankfurt am Main,
im Mai 2025

Inhalt

1 Einleitung 4

2 Die Rolle der Zivilgesellschaft und der Medien in der (De-)Legitimierung von Vermögensungleichheit 6

3 Marlene Engelhorn und der Gute Rat für Rückverteilung 9

4 Diskursanalytischer Ansatz und Fragestellungen 15

5 Die diskursive Aushandlung von Vermögensungleichheit und Umverteilung: eine Skizze existierender Diskurspositionen 17

6 Datensatz und Analysestrategie 24

7 Ergebnisse: Der Gute Rat und die Medien 30

7.1 Außenkommunikation und Medienberichterstattung im Überblick 30

7.2 Die Diskurspositionen im Detail 33

7.3 Einordnung der Außenkommunikation des Guten Rats 54

7.4 Einordnung der Medienberichterstattung 56

8 Fazit und Schlussfolgerungen 60

Anhang: Tabelle A.1 – A.4 62

Quellenverzeichnis 65

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen 74

Hinweise zu den Autor*innen 75

1 Einleitung

Anfang 2024 gab die österreichische Millionen-Erbin Marlene Engelhorn bekannt, dass der Großteil ihres Vermögens – in Summe 25 Millionen Euro – an die Gesellschaft rückverteilt werden soll. Dafür wurde der „Gute Rat für Rückverteilung" (im Folgenden auch: „Guter Rat") ins Leben gerufen – 50 repräsentativ ausgewählte Menschen in Österreich, die nach sechs Wochenenden der gemeinsamen Diskussion entschieden haben, wie das Geld verteilt wird. Das Vorhaben fand vor dem Hintergrund einer jahrzehntelangen gesellschaftlichen Entwicklung statt, in der sich die Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten weltweit vertieft hat, wobei insbesondere das reichste Prozent der Bevölkerung immense Zuwächse an seinem Vermögensanteil verzeichnet (Chancel et al., 2022). Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat die globale Vermögensungleichheit noch weiter verschärft, das Jahr 2020 markierte den bislang stärksten Anstieg des Vermögensanteils der Milliardäre am weltweiten Gesamtvermögen (Derndorfer et al., 2023).

In Europa weisen insbesondere die drei deutschsprachigen Länder Deutschland, Österreich und Schweiz hohe Vermögensungleichheiten auf: Die obersten zehn Prozent der Haushalte in allen drei Ländern halten etwa 60 Prozent des Gesamtvermögens (im Vergleich zu beispielsweise rund 45 Prozent in Italien oder Spanien). Das superreiche oberste Prozent besitzt in der Schweiz und in Österreich rund 40 Prozent des Gesamtvermögens und in Deutschland etwa 30 Prozent, während die Zahlen beispielsweise im Vereinigten Königreich oder in Finnland deutlich niedriger liegen (21 Prozent bzw. 18 Prozent; Chancel et al., 2022; Heck et al., 2020; Marti et al., 2023). Fragen zur Vermögensverteilung sind eng verknüpft mit politischer Partizipation und Repräsentation sowie der Legitimität der Demokratie. Ein hohes Maß an Ungleichheit reduziert das Vertrauen in die Demokratie und gefährdet die Akzeptanz staatlicher Institutionen (Ehs & Zandonella, 2021; Piketty, 2021). Sozioökonomische Analysen zeigen außerdem, dass eine hohe Konzentration von Privatvermögen eng mit wirtschaftlicher und politischer Macht der Vermögensbesitzer*innen einhergeht (Rehm & Schnetzer, 2015; Scheve & Stasavage, 2017; Theine, 2020).

Lange waren die Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen im deutschsprachigen Raum eher ein Nischenthema. In den letzten Jahren scheinen aber Verteilungsfragen wieder zunehmend in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 ff., Occupy Wall Street und der mediale Hype um die Veröffentlichung von Thomas Pikettys Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert" sind nur drei prominente Ereignisse der letzten Jahre, die eng verknüpft sind mit Fragen der Ungleichheit, Ge-

rechtigkeit und Umverteilung (Grisold & Preston, 2020; Smith Ochoa, 2020; Wade, 2014). Hinzu kommt, dass progressive und zivilgesellschaftliche Akteur*innen, wie beispielsweise die Arbeiterkammer Österreich, das Momentum Institut, das Netzwerk Steuergerechtigkeit sowie die Initiative taxmenow, sich immer wieder öffentlichkeitswirksam für eine höhere Steuergerechtigkeit bei Erbschaften und Vermögen einsetzen (Friedrich, 2024).

In diesem Zusammenhang stellt der Gute Rat für Rückverteilung und die daraufhin einsetzende mediale Debatte ein interessantes Analyseobjekt dar. Aufbauend auf dem Ansatz der Kritischen Diskursanalyse (KDA) argumentieren wir, dass die Außenkommunikation und mediale Debatte um den Guten Rat gute Beispiele darstellen, wie ideologische Auseinandersetzungen über Ungleichheit und Rückverteilung ablaufen können (Fairclough, 2003; Wodak, 2011). Die KDA ermöglicht es zu untersuchen, wie unterschiedliche Diskurspositionen in der Kommunikation des Rats und in den Medien konstruiert, angefochten und legitimiert werden.

Wir zeigen, dass der Gute Rat – vertreten durch Marlene Engelhorn, das Organisationsteam und die Ratsmitglieder – eine aktive und vielseitige Kommunikationsstrategie verfolgte. Über soziale Medien, eine eigene Website und Pressemitteilungen wurde die Mission vermittelt, Marlene Engelhorns Erbe an die Gesellschaft zurückzugeben. Im Mittelpunkt der Kommunikation stand dabei Vermögensungleichheit als strukturelles Problem, die Notwendigkeit einer systemischen Rückverteilung sowie demokratische Inklusion und Transparenz. Die mediale Rezeption dieser Botschaften variierte stark in Tiefe und Genauigkeit. Zwar konnte der Gute Rat den Mediendiskurs teilweise beeinflussen und zentrale Themen setzen, doch seine Kernbotschaften wurden in der breiteren medialen Berichterstattung oft nur oberflächlich behandelt, abgeschwächt oder zuweilen auch fehlerhaft dargestellt, was ihre Wirkung einschränkte.

Dieses Arbeitspapier ist wie folgt strukturiert: Kapitel 2 gibt einen Überblick über die Rolle der Zivilgesellschaft und der Medien in der (De-)Legitimierung von Vermögensungleichheit. Kapitel 3 stellt Marlene Engelhorn und den Guten Rat für Rückverteilung vor. In Kapitel 4 werden unser diskursanalytischer Ansatz und die zentralen Fragestellungen erläutert, während Kapitel 5 vorherrschende Diskurspositionen zur Ungleichheitsthematik beleuchtet. Der Datensatz und die Analysestrategie, die der Untersuchung zugrunde liegen, werden in Kapitel 6 vorgestellt. Kapitel 7 analysiert die Außenkommunikation des Guten Rats sowie die mediale Berichterstattung, einschließlich der verschiedenen Diskurspositionen, im Detail. Das Papier schließt in Kapitel 8 mit einem Fazit ab.

2 Die Rolle der Zivilgesellschaft und der Medien in der (De-)Legitimierung von Vermögensungleichheit

Die drei deutschsprachigen Länder Deutschland, Österreich und die Schweiz weisen im europäischen Vergleich und auch weltweit hohe Vermögensungleichheiten auf. Doch hohe Ungleichheiten per se führen nicht dazu, dass diese auch gesellschaftlich als problematisch oder änderungsbedürftig wahrgenommen werden. Im Gegenteil: Untersuchungen zeigen immer wieder, dass das wirkliche Ausmaß der Ungleichheit in der Bevölkerung oft unterschätzt wird (Bellani et al., 2021; Gimpelson & Treisman, 2018; Knell & Stix, 2020). Teilweise lässt sich sogar zeigen, dass Menschen, die in sehr ungleichen Gesellschaften leben, diese Ungleichheit als weniger problematisch wahrnehmen als Menschen, die in vergleichsweise egalitären Gesellschaften leben (Mijs, 2021).

Wissenschaftliche Erkenntnisse und die verbesserte Datenlage können eine wichtige Rolle für die stärkere Problematisierung gesellschaftlicher Ungleichheit spielen: Wichtige internationale Studien, wie die „World Inequality Reports“ und Thomas Pikettys Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ (2014), haben auch im deutschsprachigen Raum große Beachtung gefunden und die Debatte um die Verteilung von Vermögen angefacht (Bank, 2017; Grisold & Preston, 2020; Smith Ochoa, 2020). Auch die zunehmende Verfügbarkeit und Qualität von Daten zur Vermögensverteilung im deutschsprachigen Raum haben das öffentliche Bewusstsein für das Thema geschärft. In Deutschland und Österreich werden beispielsweise im Rahmen des von der Europäischen Zentralbank koordinierten Projekts „Household Finance and Consumption Survey“ detaillierte Daten zu Vermögen und Schulden privater Haushalte gesammelt und seit dem Jahr 2013 regelmäßig veröffentlicht (Eurosystem Household Finance and Consumption Network, 2013, 2016, 2023).

Ob Ungleichheiten als ungerecht oder bedenklich gelten, hängt allerdings sehr viel stärker von der diskursiven (De-)Legitimierung sowie der gesellschaftlichen Aushandlungen rund um das Thema Ungleichheit ab. Die gesellschaftliche Aushandlung findet dabei in verschiedenen sozialen Räumen statt (beispielsweise im Parlament, am Arbeitsplatz oder in der Familie). Damit sind unterschiedliche Akteure in die Aushandlung miteinbezogen, von politischen Parteien über Interessensgruppen, Forschenden oder Einzelpersonen.

Für die Frage der gesellschaftlichen Verhandlung des Themas Ungleichheit spielen neben staatlichen und politischen sowie den oben schon genannten wissenschaftlichen Akteur*innen insbesondere zwei Gruppen eine herausragende Rolle, die wir im Folgenden näher besprechen wollen: zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen sowie die Medien.

Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Ort, in der Aushandlungsprozesse um Deutungsmacht und diskursive Rahmung stattfinden. Dort ringen verschiedene politische Kräfte und Organisationen um die Durchsetzung gesellschaftlicher, politischer und auch rechtlicher Normen (Demirovic, 2003; Wullweber, 2017). Zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen bilden folglich ein vielfältiges Feld mit unterschiedlichen Interessen und Perspektiven in Bezug auf die Frage der Vermögensungleichheit und der potentiellen Umverteilung. Untersuchungen zeigen, dass wirtschaftsnahe Interessensgruppen oft bestrebt sind, das Thema Ungleichheit zu relativieren und sich gegen Maßnahmen zur Umverteilung auszusprechen. Beispielsweise weisen Emmenegger und Marx (2019) nach, dass sich unternehmensnahe Interessensgruppen strategisch und vehement in die öffentliche Debatte um das Referendum zur Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer in der Schweiz eingebracht haben, mit dem Ergebnis, dass das Referendum letztendlich scheiterte – und das obwohl der Großteil der schweizerischen Bevölkerung entweder nicht betroffen gewesen wäre oder von der Steuer aufgrund höherer staatlicher Budgets profitiert hätte. Theine (2020) hat die vielfältigen Strategien dargelegt, welche von der deutschen Stiftung Familienunternehmen eingesetzt werden, um eine höhere Besteuerung von Erbschaften zu verhindern. Zum Strategieset der Stiftung gehören die direkte Einflussnahme auf Politiker*innen, die strategische Platzierung ihrer Positionen in der Öffentlichkeit, die Nutzung enger Kontakte zu Medienunternehmen sowie die gezielte Förderung von Forschung zur Untermauerung ihrer Argumente. Die Arbeit von Friedrich (2024) resümiert, dass etablierte konservative Akteure (zum Beispiel die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft oder der Verband der Familienunternehmen) im deutschen Bundeswahlkampf 2021 eine ausgeprägte Anti-Vermögenssteuer-Kampagne gefahren haben, um die aufkommende Diskussion um eine stärkere Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu unterbinden.

Gleichzeitig spielen zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, Ungleichheitsfragen zu thematisieren und auf politische Veränderungen und soziale Reformen zu drängen. Auf internationaler Ebene ist sicher die Protestbewegung Occupy Wall Street eins der bekanntesten Beispiele, welche den Diskurs um Ungleichheit und Verteilung stark geprägt hat (Gottlieb, 2015; Shrivastava & Ivanova, 2015). In besagtem deutschen Bundeswahlkampf 2021 haben das Netzwerk Steuergerechtigkeit, die Initiative taxmenow und die Bürgerbewegung Finanzwende eine gemeinsame Kampagne mit dem Titel „Steuerprivilegien kippen“ gestartet, um auf die bestehende Ungleichheit und mögliche Gegenmaßnahmen aufmerksam zu machen (Friedrich, 2024). Etwas allgemeiner lässt sich beobachten, dass sich in den letzten Jahren im deutschsprachigen Raum unterschiedliche zivilgesellschaftliche Organisationen und Bündnisse mit dem Ziel gegründet haben, die hohe Vermögensungleichheit und fehlende staatliche Umverteilung zu problematisieren. Beispiele dafür sind das österreichische Momentum Institut, Solidar Suisse, die Europäischen Bürger*inneninitiative „Tax the Rich“ sowie das schon erwähnte

Netzwerk Steuergerechtigkeit und die Initiative taxmenow.

Hinsichtlich der medialen Debatte um Vermögensungleichheit und mögliche Gegenmaßnahmen zeigen aktuelle Untersuchungen, dass die Berichterstattung zum Thema in den letzten Jahren zugenommen hat, der Thematik aber nach wie vor kein großer Stellenwert eingeräumt wird (McCall, 2013; McGovern et al., 2023; Thomas, 2020). Auf inhaltlicher Ebene wird deutlich, dass zwar ein Bewusstsein für die mit wirtschaftlicher Ungleichheit verbundenen Probleme in Mediendebatten vorherrscht, gleichzeitig jedoch ihre Dringlichkeit eher relativiert wird. Dies lässt sich am Beispiel der medialen Debatte rund um den Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert" von Thomas Piketty (2014) nachvollziehen, welcher sowohl Fragen über die Legitimität hoher ökonomischer Ungleichheit aufwirft als auch mögliche demokratische Maßnahmen zur Einhegung eben dieser Ungleichheit vorschlägt. Grisold und Preston (2020) sowie Grisold und Theine (2020) zeichnen nach, dass Nachrichtenmedien in Deutschland und Österreich Pikettys grundlegende These über die rapide wachsende Ungleichheit thematisieren, gegenüber Umverteilungsmaßnahmen aber eher zögerlich bis ablehnend auftreten (siehe auch Rieder & Theine, 2019). Ähnliche Arbeiten mit anderen Fallbeispielen zeigen, dass Ungleichheit häufig als unausweichliches Ergebnis globalisierter Marktkräfte und technologischen Wandels dargestellt wird oder mit Verweis auf die Bedeutung des Wettbewerbs für Innovation gerechtfertigt wird (Champlin & Knoedler, 2008; McGovern et al., 2023; Smith Ochoa, 2020).

Stehen demokratische Maßnahmen zur Eindämmung von Ungleichheit (beispielsweise über Vermögenssteuern) im Zentrum medialer Debatten, zeichnen sich diese durch eher skeptische bis stark ablehnende Haltungen aus. Eine Analyse von Kommentaren in österreichischen Tageszeitungen zwischen 2005 bis 2020 zur Vermögenssteuer zeigt eine überwiegend ablehnende Haltung: 69 Prozent der Artikel lehnen Vermögenssteuern ab, nur 22 Prozent bewerten diese als positive und sinnvolle wirtschaftspolitische Maßnahmen. Zwar nehmen Kommentare im linksliberalen *Standard* eine positivere Haltung ein als in marktliberalen und konservativen Zeitungen (zum Beispiel *Die Presse*), gleichzeitig überwiegen die ablehnenden Argumente in allen Medien, egal welcher redaktionellen und politischen Linie diese folgen (Dammerer et al., 2023; Theine et al., 2023). Für Deutschland zeigt die Studie „Streitfall Vermögenssteuer?" eine stark (partei)politisch ausgerichtete mediale Debatte rund um vermögensbezogene Steuern, die getrieben ist von einzelnen Events und Ereignissen, wie den Bundesverfassungsgerichtsurteilen zur Erbschaftsteuer (Theine & Grisold, 2020, 2022). Ähnliches zeigt auch eine umfassende Längsschnittanalyse zur Medienberichterstattung über vermögensbezogene Besteuerung in Deutschland (Gartiser, 2025). Demnach ist die Berichterstattung charakterisiert durch einen generellen Mangel medialer Aufmerksamkeit, eine rekursive Nutzung bekannter, meist steuerkritischer Argumentationslinien, einer ideologischen Prägung der Medienhäuser sowie einer starken Orientierung an Parteien und tagespolitischen Ereignissen, die jedoch selten zu einer nachhaltigen Veränderung des Diskurses führen.

3 Marlene Engelhorn und der Gute Rat für Rückverteilung

Sowohl Marlene Engelhorn als auch der Gute Rat für Rückverteilung zählen zu den im vorherigen Kapitel beschriebenen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, die sich für eine verstärkte Thematisierung von Fragen der Ungleichheit und Umverteilung sowie für politische Veränderungen und soziale Reformen einsetzen. In diesem Kapitel werden beide Akteure ausführlich vorgestellt, mit besonderem Fokus auf ihre Relevanz für das forschungsleitende Interesse dieses Berichts.

Im Jahr 2019 teilte die Großmutter von Marlene Engelhorn der Familie mit, wie sie ihr (ererbtes) Vermögen aufteilen würde. Marlene Engelhorn, die demnach Aussicht auf das Erbe eines zweistelligen Millionenbetrags hatte, begann sich seitdem öffentlich kritisch über die Ungerechtigkeit von Erbschaften in demokratischen Gesellschaften zu äußern. In einem TEDx Vienna Vortrag im Oktober 2022 argumentiert sie beispielsweise, dass Erbschaften fundamental ungerecht seien, weil die Erben ihr Vermögen nicht selbst erarbeitet haben und mit hohen Vermögen große Privilegien sowie politische und ökonomische Macht einhergehe (Engelhorn, 2022d). Sie sehe es als Versagen der Politik an, dass große Vermögen nicht viel stärker besteuert werden. In ihrem Buch „Geld“ argumentiert Engelhorn weiter, dass extremer Reichtum demokratische Werte untergrabe und systemische Ungleichheiten aufrechterhalte. Sie fordert grundlegende Reformen und eine weitreichende Umverteilung, um die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen und die Chancengleichheit für alle zu gewährleisten (Engelhorn, 2022a).

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, gründete Engelhorn im Februar 2021 zusammen mit anderen vermögenden Erb*innen die Initiative taxmenow. Die Initiative organisiert Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit, um mit ihrer Arbeit zu „strukturellen Veränderungen in den bestehenden Steuersystemen, zum Abbau von sozialer Ungleichheit und zur Stärkung der Demokratie“ (taxmenow, 2024) beizutragen. Die Initiative betreibt Lobbyarbeit, Sensibilisierungskampagnen und arbeitet mit verschiedenen Organisationen für soziale Gerechtigkeit zusammen. Als Teil der Gruppe hat Engelhorn an zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und Protestaktionen teilgenommen sowie zahlreiche Interviews gegeben und mit anderen Initiativen zusammengearbeitet, die sich für eine Umverteilung des Reichtums einsetzen.

Die Idee zum Guten Rat für Rückverteilung wurde in der zweiten Jahreshälfte 2023 konkretisiert. Zu den wichtigsten Vorarbeiten gehörte eine persönliche Mitteilung von Marlene Engelhorn, in der sie ihre Motivation zur Gründung des Rats darlegte und ihre Gedanken zur Frage der Rückverteilung und demokratischen Ausgestaltung dieser erörterte. Diese Mitteilung ist auch auf

der Website des Guten Rats zu finden (Engelhorn, 2024a). Weiterhin wurden grundlegende Argumente zur Notwendigkeit, Vermögen an die Gesellschaft rückzuverteilen, ausgearbeitet. Der Begriff „Rückverteilung“ soll dabei verdeutlichen, dass „Vermögen immer aus der Gesellschaft heraus entsteht – nie aus sich selbst. Deshalb sollte auch etwas davon an die Gesellschaft rückverteilt werden, um das Leben aller zu verbessern“ (Guter Rat, 2024a). Rückverteilung habe zudem eine prozedurale Komponente. Sie sei darauf angewiesen, „denen zuzuhören, die am meisten von sozialen und ökologischen Problemen betroffen sind. […] Und: ihnen auch Vertrauen und Entscheidungshoheit zu geben“. Entsprechend unterscheide sich Rückverteilung auch begrifflich vom gängigen Verständnis der Umverteilung, da Umverteilung den Aspekt der gesellschaftlichen Produktion von Reichtum außen vor lasse. Mit dem Umverteilungs-Begriff liege der Fokus zudem stärker auf den Ergebnissen des Vorgangs und weniger auf den zugrunde liegenden Prozessen oder Machtverhältnissen.

Im weiteren Verlauf wurden weitere Aspekte des Rats konkretisiert. Zum einen wurde das Organisations- und Moderationsteam des Guten Rats festgelegt, welches organisatorische Tätigkeiten übernahm und den Prozess moderierte. Zum anderen wurden Ablauf und konkrete Prozessfragen geklärt. Der Rat sollte als sogenanntes „Mini-Österreich“ nach sechs Wochenenden der Deliberation und unter Einbeziehung von Expert*innen entscheiden, wie das Geld verwendet wird. In Kooperation mit dem Forsight Institut wurden dazu 10.000 repräsentativ ausgewählte Menschen angeschrieben und gefragt, ob sie Interesse an einer Teilnahme beim Guten Rat hätten. Von den 1.000 Menschen, die sich zurückgemeldet hatten, wurden schließlich 50 Personen ausgewählt, die in neun Kategorien (Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss, Erwerbsstatus, Region, Urbanisierung, Geburtsland, Einkommen sowie die Einstellung zur Vermögensverteilung), die Bevölkerung in Österreich repräsentieren (Ingruber, 2024).

Marlene Engelhorn selbst entschied nicht mit, wie das Geld verteilt wird, sie hatte lediglich einige Rahmenbedingung festgelegt: Ausgeschlossen von der Rückverteilung waren verfassungswidrige, lebensfeindliche, menschenverachtende und profitorientierte Zwecke. Der Gute Rat formulierte außerdem Botschaften und Maßnahmen an die Gesellschaft, um der Vermögensungleichheit entgegenzuwirken (Guter Rat, 2024b).

Die Teilnahme am Rat sollte so inklusiv wie möglich gestalten sein: alle Räumlichkeiten waren barrierefrei, Dolmetscher*innen wurden gestellt, Kinderbetreuung vor Ort angeboten oder Kosten für die Betreuung zuhause erstattet. Die Teilnehmenden des Guten Raus bekamen außerdem pro Wochenende eine Aufwandsentschädigung; die Kosten für Übernachtungen, Verpflegung sowie An- und Abreise wurden ihnen erstattet (Guter Rat, 2024b).

Tabelle 1:
Chronik des Guten Rats

Ereignis	Datum	Beschreibung
Pressekonferenz	9. Januar 2024	Marlene Engelhorn gibt Gründung des Guten Rats offiziell bekannt, erklärt die Hintergründe und das Vorgehen
Wochenende 1	16./17. März 2024	Erstes Treffen der 50 Ratsmitglieder, Begrüßung durch Marlene Engelhorn, Erarbeiten gemeinsamer Regeln für ein gutes Miteinander, zwei Expertinnen-Vorträge zur Vermögensverteilung in Österreich (Karin Heitzmann und Franziska Disslbacher)
Wochenende 2	6./7. April 2024	Vortrag und Diskussion zu unterschiedlichen Konzepten von Gerechtigkeit (Christian Neuhäuser), vertiefende Diskussion zum Thema Vermögensungleichheit und der anstehenden Rückverteilung von Marlene Engelhorns Erbe, erste Ideen für Botschaften an Gesellschaft und Politik
Wochenende 3	20./21. April 2024	Inputs von acht Expert*innen in sechs unterschiedlichen Handlungsfeldern, Vortrag von Johanna Mang zur Frage, worauf man bei der Rückverteilung achten sollte, Erarbeiten von Kriterien für Organisationen und Initiativen
Wochenende 4	4./5. Mai 2024	Interviews mit drei Expert*innen zur Frage, wie Gelder in NGOs und Organisationen verwendet werden, intensive Recherche zu möglichen Organisationen, Konkretisierung der Handlungsfelder
Wochenende 5	25./26. Mai 2024	Gespräch mit drei Expert*innen aus den Bereichen Rückverteilung, Armutsforschung und Recht; weitere Ausarbeitung der Botschaften zur Rückverteilung an die Gesellschaft
Wochenende 6	8./9. Juni 2024	gemeinsame Entscheidung über Rückverteilung an die vorgeschlagenen Organisationen (in den sechs Handlungsfeldern); Abstimmung gemeinsamer Botschaften an die Gesellschaft, gemeinsame Reflexion des Gesamtprozesses
Pressekonferenz	18. Juni 2024	Präsentation der 77 Initiativen und Organisationen, welche von der Rückverteilung profitieren sowie der Botschaften an die Gesellschaft
Externe Evaluation	2. August 2024	Veröffentlichung der externen Evaluation durch Daniela Ingruber unter https://guterrat.info/evaluation/
Abschlussbericht	31. Oktober 2024	Veröffentlichung des Abschlussbericht durch die Projektverantwortlichen unter https://guterrat.info/bericht/

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf https://guterrat.info/. Die Tabelle listet lediglich die wichtigsten Ereignisse des Guten Rats auf.

Am 9. Januar 2024 gab Marlene Engelhorn in einer Pressekonferenz ihre Entscheidung bekannt, dass ein Großteil ihres Erbes – 25 Millionen Euro[1] – an die österreichische Gesellschaft rückverteilt werden sollte (Engelhorn, 2024b). Die zentralen Punkte der ersten zwei Wochenenden des Guten Rats betrafen grundlegende Fragen zum Thema Ungleichheit. Gemeinsam wurde erarbeitet, was Vermögensungleichheit eigentlich bedeutet und weshalb sie problematische Folgen haben kann. Dies erfolgte unter anderem anhand von Expert*innen-Vorträgen und (Kleingruppen-)Diskussionen (siehe Tabelle 1). Anschließend teilten sich die Ratsmitglieder auf sechs Handlungsfelder auf: Bildung & Medien, Raum & Wohnen, Teilhabe & Rechte, Umwelt & Klima, Gesundheit & Soziales, Wirtschaftspolitik & Überreichtum[2]. In jedem Themengebiet konnten vier Millionen Euro auf unterschiedliche Projekte aufgeteilt werden (Guter Rat, 2024d). Am dritten Wochenende waren nochmals Expert*innen zu Besuch und hielten in jedem Handlungsfeld einführende Vorträge und diskutierten mit den Ratsmitgliedern. Am vierten Wochenende konkretisierten die Mitglieder eine Liste potentieller Geldempfänger*innen in den einzelnen Handlungsfeldern und legten gemeinsame Kriterien fest nach denen die weitere Recherche stattfinden sollte. Immer wieder fand auch ein Austausch zwischen den sechs Gruppen statt. Das fünfte Wochenende war ein Wechselspiel zwischen intensiver Recherche, der Diskussion der Ratsmitglieder im Plenum und in ihren, nach Handlungsfeldern aufgeteilten, Gruppen. Organisationen wurden als mögliche Geldempfänger*innen identifiziert, Förderhöhen und Laufzeiten diskutiert und Botschaften für die jeweiligen Handlungsfelder entwickelt. Die Vorschläge potentieller Empfänger*innen sowie erste Entwürfe der Botschaften wurden anschließend im Plenum zur gemeinsamen Abstimmung präsentiert (Guter Rat, 2024d).

Am sechsten Wochenende wurde dann die finale Entscheidung über die Rückverteilung der Gelder gefällt. In den Gruppen wurden zunächst im Konsent-Verfahren Entscheidungen über die zur Rückverteilung vorgeschlagenen Organisationen, die Höhe und Laufzeit der Unterstützung sowie die maximale Unterstützungssumme getroffen, wodurch insgesamt 21.340.000 Euro verteilt wurden. Anschließend wurden die bisherigen Ergebnisse im Plenum präsentiert. Am Abend teilten die teilnehmenden Bürger*innen die verbleibenden rund 3,5 Millionen Euro in Zweierteams auf Projekte auf, die sie persönlich für besonders unterstützenswert hielten, basierend auf den über den Tag gehaltenen Präsentationen, Diskussionen und gesammelten Informationen. Parallel dazu finalisierten die einzelnen Grup-

1 Die genaue Höhe des Erbes ist nicht bekannt. Die 25 Millionen Euro entsprechen laut Marlene Engelhorn ca. 90 Prozent ihres Vermögens.

2 Der Begriff „Überreichtum“ bezeichnet eine extreme Form von Reichtum, die nicht nur finanziellen Überfluss bedeutet, sondern auch politische Macht und gesellschaftliche Einflussnahme ermöglicht. Überreichtum ist nicht nur eine Frage individuellen Vermögens, sondern auch ein demokratisches Problem, da er bestehende Ungleichheiten verstärkt und soziale Teilhabe verzerrt (Schürz, 2019).

pen ihre Botschaften an die Gesellschaft, über die abschließend im Plenum abgestimmt wurde (Guter Rat, 2024d).

Am 18. Juni 2024 wurde schließlich in einer Pressekonferenz bekannt gegeben, welche Organisationen wieviel Geld bekommen werden (zuvor wurden diese Organisationen vom Guten Rat kontaktiert). Insgesamt wurden fast 25 Millionen Euro an 77 Organisationen verteilt. Unter diesen sind Organisationen im Sozialbereich, wie beispielsweise das Neunerhaus, das obdachlosen und armutsgefährdeten Menschen ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben mit medizinischer Versorgung, Wohnen und Beratung ermöglicht. Auch die Lebenshilfe Österreich, die sich für die Interessen von Menschen mit intellektuellen Behinderungen bzw. mit Lernschwierigkeiten einsetzt, erhielt Gelder. Insgesamt acht Straßenzeitungen wurden berücksichtigt: *Kupfermuckn* (Oberösterreich: Linz, Wels und Steyr), *Megaphon* (Graz und einige andere Städten in der Steiermark), *Kärntner Allgemeine Zeitung* (Klagenfurt und weitere Städte in Kärnten), *LOS-Magazin* (südöstliches Niederösterreich und Teile des Burgenlands), *Apropos* (Salzburg), *Augustin* (Wien und Wiener Umland), *Marie* (Vorarlberg) sowie *20er* (Tirol). Im Umwelt- und Klimaschutzbereich bekamen beispielsweise das KONTEXT Institut, der Naturschutzbund Österreich sowie das Klimadashboard, welches eine datenbasierte Berichterstattung und Bewusstseinsbildung zur Klimakrise zum Ziel hat, Förderungen. Auch Organisationen, die sich für eine progressive Wirtschafts- und Sozialpolitik einsetzen, wurden berücksichtigt (beispielsweise das Momentum Institut, die Armutskonferenz oder Attac Österreich; Guter Rat, 2024d).[3]

Gleichwohl wir den Guten Rat in dieser Studie primär als ein diskursanalytisch interessantes Phänomen betrachten (siehe nächstes Kapitel), sollte auch hervorgehoben werden, dass er ein exemplarisches Beispiel für deliberative Beteiligungsverfahren ist, die zu demokratischer Sensibilisierung und Versachlichung polarisierter Debatten beitragen können (Dryzek et al., 2019; OECD, 2020). Bürgerräte wie der Gute Rat gewinnen insbesondere in der Klimapolitik zunehmend an Bedeutung. Bewegungen wie Fridays for Future oder die (inzwischen umbenannte) Letzte Generation setzen sich seit Jahren für deren Implementierung ein, und auch die letzte Bundesregierung in Deutschland hatte deren Einrichtung als Ziel im Koalitionsvertrag verankert. Vereinzelt finden Bürgerräte auch Unterstützung aus konservativen Kreisen, etwa durch Wolfgang Schäuble (Frinken, 2024).

Bürgerräte basieren auf einem deliberativen Demokratieverständnis, welches maßgeblich von Jürgen Habermas (1992) geprägt und theoretisch ausgearbeitet wurde. Es formuliert eine Kritik an der liberalen Vorstellung, dass demokratische Legitimität primär durch Wahlen und Präferenzaggregation gesichert wird. Stattdessen rücken

3 Eine Liste mit allen 77 Organisationen kann hier eingesehen werden: https://guterrat.info/die-ergebnisse/

deliberative Demokratietheorien die Qualität und die Bedingungen der Meinungsbildung in den Fokus. Ein deliberativer Prozess sollte idealerweise inklusiv sein, also die Anliegen aller Entscheidungsbetroffenen repräsentieren, intersubjektiv nachvollziehbar argumentiert werden, Offenheit für Meinungsänderungen auf Basis überzeugender Gründe ermöglichen und auf gegenseitigem Respekt sowie Machtfreiheit basieren – also nicht durch ungleiche Ressourcen verzerrt werden.

Wie viele andere Bürgerräte, arbeitete der Gute Rat nach dem Konsent-Prinzip. Die Teilnehmenden können entweder zustimmen, Bedenken äußern (die notiert werden, aber nicht prozesshemmend sind) oder schwerwiegende Einwände einbringen, die den Diskussionsprozess erneut öffnen. Um innerhalb des zeitlichen Rahmens eines Bürgerrats arbeitsfähig zu bleiben, besteht zudem die Möglichkeit, schwerwiegende Einwände lediglich zu dokumentieren, ohne den Entscheidungsprozess zu blockieren (Ingruber, 2024).

Durch seine repräsentative Zusammensetzung haben die vom Guten Rat formulierten Botschaften das Potential, breite gesellschaftliche Akzeptanz zu finden sowie neue Lösungsansätze für das kontroverse Thema Ungleichheit und Umverteilung zu liefern. Wissenschaftliche Studien zu vergleichbaren Beteiligungsprozessen zeigen zudem, dass deren positiven Effekte über die Teilnehmenden hinaus wirken können. Insbesondere Bevölkerungsgruppen mit geringem Vertrauen in repräsentative Institutionen und einer niedrigen politischen Beteiligung könnten durch solche Prozesse stärker einbezogen werden als durch klassische demokratische Verfahren wie Wahlen (Germann et al., 2024).

4 Diskursanalytischer Ansatz und Fragestellungen

Das Forschungsprojekt basiert auf der Kritischen Diskursanalyse (KDA). Die KDA hat ihre Wurzeln in der marxistischen Theorie sowie im (Post-)Strukturalismus, beruft sich auch auf die Kritische Theorie der Frankfurter Schule und ist geprägt durch die Diskursforschung, die am Birmingham Center for Cultural Studies popularisiert wurde (Forchtner & Wodak, 2017; Reynolds, 2019). Die unterschiedlichen Ansätze der KDA vereint, dass Diskurse als „Fluss von ‚Wissen' bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit" (Jäger, 2015, S. 26) betrachtet werden. Diskurse spiegeln dabei nicht einfach nur die Realität wider (und sind damit von dieser bedingt); sie konstruieren und reproduzieren ihrerseits gesellschaftliche Realitäten (sind somit für diese konstitutiv). Diskurse üben folglich Macht aus, da sie institutionalisiert, geregelt und an Handlungen angekoppelt sind (Fairclough, 2007; Jäger, 2015; Rieder & Theine, 2023).

„Kritisch" ist die KDA aufgrund der Perspektive, mit der die Forschenden an Gesellschaft insgesamt und das spezifische Forschungsinteresse herangehen: der gesellschaftliche Status quo wird aufgrund der ihm innewohnenden Machtungleichgewichte problematisiert und die ihm zugrunde liegenden Machtstrukturen, die sich in der Ausgestaltung von Institutionen und sozialen Beziehungen äußern, bewusst in Frage stellt. Ziel ist es, zu einem besseren Verständnis der Ursachen sozialer Missstände beizutragen, Hindernisse zu identifizieren, die möglichen Lösungen auf dem Weg zu einer egalitäreren Gesellschaft im Wege stehen sowie Strategien zu deren Überwindung auszuarbeiten (Fairclough, 2013; Pickard, 2013; Rieder & Theine, 2023; Sayer, 2009).

Aus diskursanalytischer Perspektive lässt sich der Gute Rat als diskursives Ereignis (Jäger, 2015) begreifen, welches (potentiell) weitere Aufmerksamkeit und eine Sensibilisierung für die Frage der ökonomischen Ungleichheit sowie möglicher Umverteilungsmaßnahmen schaffen kann. Damit zusammenhängend ergibt sich die Frage, inwiefern der Gute Rat (zumindest kurzfristig) eine mediale Debatte auslösen konnte, die insbesondere die hohe Vermögensungleichheit problematisiert. Das vorliegende Forschungsprojekt fokussiert auf die Analyse zweier Hauptaspekte: *die Außenkommunikation des Rats* und die *mediale Aufarbeitung und Rezeption seiner Tätigkeiten*.

Im vorliegenden Report ergeben sich aus diskursanalytischer Perspektive insbesondere drei Forschungsfragen, die wir im Folgenden kurz begründen.

In bestehenden Diskursen (in unserem Fall: dem Diskurs über Ungleichheit und Umverteilung) gibt es immer unterschiedliche Diskurspositionen. Diskurspositionen sind spezifische politisch-ideologische Standpunkte von Individuen, Gruppen oder Medien, die in den Diskurs eingebracht werden (Jäger, 2015). Diskurse „mäandern" durch Zeit und Raum (Jäger, 2015); spezifische, in einem bestimmten Fallbeispiel eingebrachte Diskurspositionen schließen an vorherige Diskurspositionen und Diskursfragmente an und rekurrieren auf diese (wenn auch oft nur implizit). Daraus ergibt sich die erste Forschungsfrage:

- *Welche Diskurspositionen zu Ungleichheit und Umverteilung werden in der Außenkommunikation des Guten Rats und in der Medienberichterstattung bedient bzw. rezipiert und diskutiert?*

Die Außenkommunikation und die mediale Rezeption sind zwei unterschiedliche „Diskursebenen" (Jäger, 2015), also zwei soziale Orte die aufeinander einwirken können. Von besonderem Interesse ist im Falle des Guten Rats, ob und inwiefern sich diese beiden Diskursebenen unterscheiden und wie sie miteinander interagieren – also inwiefern die Außenkommunikation auf die mediale Debatte einwirkt, bzw. welche diskursiven Einwände und Delegitimierungen in den Medien aufkommen. Daraus ergibt sich die zweite Forschungsfrage:

- *Inwieweit unterscheiden sich die verwendeten Diskurspositionen in der externen Kommunikation des Rats und der Medienrezeption?*

Die in den Medien aufgegriffenen Positionen lassen sich klassischerweise entlang unterschiedlicher Medientypen, deren politisch-redaktioneller Ausrichtung und der journalistischen Stilform der Beiträge unterscheiden. Entsprechend ergibt sich unsere letzte Forschungsfrage:

- *Wie beeinflussen die politische Ausrichtung von Medien und die journalistischen Stilformen der Beiträge die Verwendung unterschiedlicher Diskurspositionen?*

5 Die diskursive Aushandlung von Vermögensungleichheit und Umverteilung: zentrale Diskurspositionen

Wie in Kapitel 4 beschrieben, „erfinden“ gesellschaftliche Akteure Diskurspositionen nicht notwendigerweise neu, sondern schließen oftmals explizit oder implizit an bestehende Positionen an. Auf Basis einschlägiger Forschungsliteratur skizziert dieses Kapitel existierende Diskurspositionen zum Thema (sozioökonomischer) Ungleichheit, um die rund um den Guten Rat artikulierten politisch-ideologischen Standpunkte besser verstehen und kontextualisieren zu können. Die folgenden Darstellungen sind „stilisiert“; die Standpunkte können so oder in Kombination und Variation im öffentlichen, medialen, politischen und privaten Raum auftreten. Sie entsprechen nicht unbedingt realen Tatsachen, sondern enthalten notwendigerweise Vereinfachungen und Zuspitzung der komplexen Realität.

Die ersten vier Diskurspositionen sind eher darauf ausgerichtet, die existierende (und steigende) ökonomische Ungleichheit zu legitimieren und sprechend sich tendenziell gegen eine Umverteilung zum Abbau dieser Ungleichheit aus. Die daran anschließenden fünf Diskurspositionen problematisieren die existierende Ungleichheit und tendieren dazu, diese abmildern zu wollen.

Diskurspositionen, die Ungleichheit legitimieren

Diskursposition 1: Hohe Vermögen und die resultierende Ungleichheit als Ergebnis der Leistungsgesellschaft

Die liberale und meritokratische Perspektive auf den Reichtum von Individuen versteht diesen als Ergebnis eigener Arbeit in der Leistungsgesellschaft. Reiche Menschen haben ihr Vermögen eigenverantwortlich verdient, weil sie hart dafür gearbeitet haben oder unternehmerisch erfolgreich waren (Rowlingson & Connor, 2011). Schon 1958 hat Michael Young diese Diskursposition auf die einfache Formel heruntergebrochen, dass Intelligenz und Anstrengung den Verdienst bestimmen (Young, 1958). Die daraus resultierende Ungleichheit ist demnach legitim, weil sie das Ergebnis individueller Leistung bzw. individuellen Talents ist (Rowlingson & Connor, 2011).

Eng verknüpft mit der Vorstellung, dass Reichtum und damit die Stellung in der Gesellschaft direkt mit dem Verdienst zusammenhängt, ist das Konzept der Eigentumsrechte, das unter anderem zum Leitprinzip des Libertarismus gehört. So argumentieren libertäre aber auch liberale

Philosoph*innen, dass Reichtum, den Individuen rechtmäßig (das heißt nicht durch Diebstahl) erworben haben, ihnen unveräußerlich zusteht. Daraus folgt, dass diese Individuen mit so erworbenem Reichtum tun und lassen können, was sie wollen (Beckert, 2007; Carr et al., 2019). Folglich stehen Befürworter*innen dieser Position jeglichen Steuer- oder Umverteilungsmaßnahmen, die über den „Minimalstaat" hinausgehen, äußerst skeptisch gegenüber. Repräsentative Befragungen bestätigen, dass Personen einer Besteuerung von Vermögen tendenziell ablehnend gegenüberstehen, wenn dieses als erarbeitet wahrgenommen wird und nicht durch Erbschaft, Heirat oder Lottogewinn zustande gekommen ist (Ragusa, 2015, 2015; Sachweh, 2012; Sachweh & Eicher, 2018).

Der Diskurs um Ungleichheit und Umverteilung war lange durch meritokratische Argumente strukturiert (Littler, 2018). Diese Diskursposition ist auch nach wie vor sehr wirkmächtig. Mijs (2021) zeigt beispielsweise anhand internationaler Daten: Die zunehmende Ungleichheit wird durch die weit verbreitete Überzeugung legitimiert, dass Menschen mit höheren Einkommen auch mehr geleistet haben müssen. Gleichzeitig haben solche meritokratischen Einstellungen in den letzten Jahren an Zustimmung verloren (Mijs & Savage, 2020). Qualitative Interviews mit reichen Menschen zeigen jedoch immer wieder, dass diese ihren Erfolg und Reichtum als auf harter Arbeit und Ausdauer basierend konstruieren und ihre privilegierte Position so legitimieren (Kantola & Kuusela, 2019; Lamont, 1992; Sherman, 2019).

Diskursposition 2: Vermögen gehören der Familie

Eine konservativere Diskursposition bezieht sich weniger auf das Individuum, sondern stellt die Familie als zentrale gesellschaftliche Institution in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Eigentum und Vermögen sind folglich nicht als individueller Besitz von Gütern, sondern als Familieneigentum zu verstehen (Cooper, 2017). Regulierungen und Gesetze bezüglich der Veräußerung und Weitergabe von Vermögen müssen aus dieser Perspektive primär die Auswirkungen und Folgen für die betroffenen Familien zur Grundlage haben (Beckert, 2007).

Aus dieser Position heraus ergibt sich eine starke Ablehnung gegenüber Maßnahmen zur Umverteilung und Besteuerung von Vermögen und Erbschaften, da dies als illegitime und zerstörerische Eingriffe in die Einheit der Familie verstanden wird. Statt Vermögen zu besteuern, wird der Erhalt und die Weitergabe von Vermögen als ein wichtiger Faktor für die Stabilität von Familien sowie allgemeiner der gesellschaftlichen Ordnung angesehen. Vermögen und Erbschaft symbolisieren familiäre Abstammung und Kontinuität (Beckert, 2008b). Eine Studie aus Großbritannien zeigt, dass die Familie eine herausgehobene Rolle in der sozialen Konstruktion von Vermögen und dessen Besteuerung spielt (Stanley et al., 2023). Moor und Friedman (2021) kommen in ihrer Befragung von Hauseigentümer*innen, die ihr Eigentum mit Erbschaften und Schenkungen finanziert haben, zu dem Ergebnis, dass insbesondere diese Diskursposition zur Rechtfertigung des eigenen Besitzes verwendet wird.

Diskursposition 3: Vermögende tragen positiv zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung bei

Eine weitere Diskursposition argumentiert, dass Vermögende ein wesentlicher, positiver Treiber für gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklungen sind. Im Gegensatz zu den vorherigen politisch-ideologischen Standpunkten, geht es hier weniger um die Frage der moralischen Bewertung und der Quelle des Vermögens. Stattdessen wird in dieser Diskursposition die Verwendung von Reichtum und dessen (positive) gesellschaftliche und ökonomische Auswirkungen betont.

Wohlhabende Individuen und Familien werden in dieser Diskursposition hauptsächlich als Eigentümer*innen von Unternehmen und als Investor*innen konstruiert, was mit einer Reihe von positiven Assoziationen einhergeht: sie sind maßgeblich für die Entwicklung neuer Technologien und Innovationen verantwortlich, sie schaffen Arbeitsplätze, sie steigern die wirtschaftliche Produktivität und garantieren damit gesellschaftlichen Fortschritt. Durch die Konzentration von Kapital können diese Akteure schnell und effektiv auf Marktchancen reagieren, was wiederum die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft stärkt (Smith Ochoa, 2020; Waitkus & Wallaschek, 2022). Weiterhin werden philanthropische Aktivitäten von wohlhabenden Einzelpersonen oder Familienstiftungen als dem Gemeinwohl dienlich angesehen und dargestellt (Liu & Baker, 2016; Thorup, 2013). Individuelle Handlungen wie Spenden oder Stiftungsgründungen werden als wirksame und effiziente Maßnahmen zur Lösung zahlreicher gesellschaftlicher Probleme angesehen (Waitkus & Wallaschek, 2022).

Zum Umfeld dieser Position gehört auch die Theorie der „Trickle Down"-Ökonomie, die in den 1980er-Jahren durch US-Präsident Ronald Reagan und die englische Premierministerin Margaret Thatcher Wirksamkeit erlangte. Im Kern besagt diese Theorie, dass Menschen, die über ein höheres Vermögen verfügen, durch ihr hohes Konsumniveau und die Investition ihres Vermögens die gesamte Wirtschaft ankurbeln. Dies regt die Produktion und in der Folge die Beschäftigung an, sodass langfristig auch die unteren Schichten der Gesellschaft profitieren (Arndt, 1983; Lawrence, 2024).

Ähnlich wie die vorherigen Diskurspositionen ist auch diese skeptisch gegenüber Umverteilungsmaßnahmen und der Besteuerung von Vermögen, da dies die skizzierte wirtschaftliche Dynamik beeinträchtigt. Die Erhaltung von Vermögen und hohen Einkommen sowie die daraus resultierende Ungleichheit wird in dieser besonders elitären Perspektive folglich als notwendig erachtet.

Diskursposition 4: Umverteilung ist nicht realisierbar

Diese Diskursposition stellt grundsätzlich infrage, ob (staatliche) Umverteilungspolitik ein effektives und realistisches Mittel zur Reduzierung von Ungleichheiten darstellt (Bowles, 2012; Dixit & Londregan, 1995). Sie wird dabei vor allem durch zwei Facetten charakterisiert.

Einerseits wird hinterfragt, ob der Staat angesichts bestehender Rahmenbedingungen wie dem internationalem Steuerwettbewerb und der hohen Mobilität des Kapitals überhaupt in der Lage ist, Vermögen angemessen zu besteuern (Epple & Romer, 1991; Wildasin, 1995). Es wird befürchtet, dass jeglicher Versuch des steuerlichen Zugriffs auf mobile Vermögenswerte zu Kapitalflucht ins Ausland führt und solche Steuern demnach mehr Schaden als Nutzen bringen.

Des Weiteren zweifelt diese Diskursposition die Effektivität der Besteuerung an; der erwartete Ertrag vermögensbezogener Steuern wird als äußerst gering eingeschätzt. Meist wird diese Darstellung in Kontrast gesetzt mit dem prognostizierten großen Erhebungsaufwand, der in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Ertrag stehe. Unterfüttert wird diese Haltung durch eine generelle Skepsis gegenüber der ‚Aufblähung' des als ‚inkompetent' geltenden Staatsapparates (Grisold et al., 2020; Grisold & Theine, 2020).

Die Diskursposition geht von einem grundsätzlichen Effizienzgedanken aus, der staatliches Handeln von einer Maxime der ökonomischen Rentabilität bewertet. Staatliche Umverteilung als gesellschaftliche Aufgabe im Sinne eines funktionierenden Gemeinwesens und der Bekämpfung von sozialer Ungleichheit wird als Argument ignoriert.[4]

Diskurspositionen, die Ungleichheit problematisieren und Umverteilung bzw. Rückverteilung legitimieren

Diskursposition 5: Hohe Vermögen sind unfair, wenn diese nicht auf Leistungsgerechtigkeit basieren

In der Realität basieren Vermögen oft nicht auf eigener Arbeit, sondern werden vererbt. Studien zufolge stammen etwa 50–70 Prozent des Vermögens in vielen wohlhabenden Gesellschaften aus Erbschaften (Alvaredo et al., 2017). In der Konsequenz führt dies zu einer Gesellschaft, in der der Zufall der Geburt einen größeren Einfluss auf individuellen wirtschaftlichen Erfolg hat als die eigene Arbeit und Anstrengung oder das eigene Talent.

Dieser Umstand wird in dieser Diskursposition aufgegriffen und so gewendet, dass (hohe) Vermögen und die daraus resultierende Ungleichheit nicht allgemein als gerecht angesehen werden (wie es in der ersten Diskursposition der Fall ist), sondern nur dann, wenn sie wirklich meritokratisch zustande gekommen sind. Kritisiert werden also nicht hohe Vermögen per se, son-

4 Einige der grundlegenden Annahmen dieser Diskursposition sind bei näherer Betrachtung nicht mit aktuellen wissenschaftlichen Ergebnissen vereinbar: So gehen entsprechende Studien meist von moderaten und politisch beeinflussbaren Ausweicheffekten des Kapitals aufgrund einer Besteuerung von Vermögen aus und erwarten nur mäßige Erhebungskosten staatlicherseits, die von den erwarteten Steuererträgen in den Schatten gestellt werden (Alka & Trautvetter, 2024; Bach & Thiemann, 2016).

dern das mühelos erlangte Erbvermögen, weil es dem/der Begünstigten ohne eigene Leistung zufällt (Beckert, 2008a).

Die Auffassung, dass auf Erbschaften basierender Reichtum nicht unter die Definition der Leistungsgesellschaft falle, wird von einigen Strömungen des Libertarismus geteilt, die oft allgemein als ‚linke' Libertäre bezeichnet werden. Ihr Argument ist, dass jede Übertragung von Vermögen, die nicht zu Lebzeiten desjenigen Subjekts erfolgt ist, welches dieses Vermögen rechtmäßig erworben hat, zu Recht vom Staat besteuert werden kann und muss. In diesem Fall handele es sich nicht um eine Verletzung der Eigentumsrechte eines Subjekts, da nur eine lebende Person diese Rechte besitze. Da zudem der Gewinn des Erbenden nicht das Ergebnis eines unmittelbaren Verdienstes ist, hat er oder sie auch keinen Anspruch auf das Eigentum. Der Eingriff des Staates muss jedoch stets mit dem Ziel erfolgen, die (Chancen)Gleichheit und gesellschaftliche Fairness zu erhöhen. Dies kann durch progressive Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern oder andere Formen der Umverteilung erreicht werden.

Diskursposition 6: Umverteilung als Sozialpolitik
Dieser Standpunkt verbindet hohe Vermögen und Einkommen mit sozialpolitischen Fragen. Hier wird auf das Ideal der sozialen Gerechtigkeit verwiesen und argumentiert, dass die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften ein geeignetes Mittel zum Erreichen dieses Ziels sei (Beckert, 2008b).

Die Einnahmen aus einer höheren Besteuerung von Vermögen und Erbschaften sollen zur Bereitstellung sozialer Wohlfahrt oder zur Finanzierung kostenloser Bildung verwendet werden. Durch diese Maßnahmen wird versucht, die Lebensbedingungen der weniger privilegierten Mitglieder der Gesellschaft zu verbessern und ihnen Zugang zu grundlegenden sozialen Diensten – wie einer (verbesserten) Gesundheitsversorgung, bezahlbarem Wohnraum oder unterstützenden Sozialleistungen – zu gewähren.

Im Gegensatz zu Diskursposition 5 steht hier weniger die Chancengleichheit im Fokus des Arguments. Stattdessen wird auf die im Sinne sozialer Gerechtigkeit wünschenswerten (distributiven) Ergebnisse verwiesen. Beide Diskurspositionen werden häufig gemeinsam vorgebracht und typischerweise von sozialdemokratischen Akteuren vertreten (Jackson, 2013).

Diskursposition 7: Hohe Vermögen sind gesellschaftlich schädlich
Eine etwas anders gelagerte Position verfolgt die Argumentation, dass hohe Vermögen und deren weitreichende Vererbung aus gesellschaftlicher Perspektive als schädlich zu erachten sind. Die negativen Auswirkungen hoher Vermögensungleichheit umfassen dabei zum einen wirtschaftliche Aspekte, tangieren aber auch grundlegende demokratische und vielschichtige gesellschaftliche Fragen. Aus wirtschaftlicher Perspektive können hohe Vermögen strukturell problematisch sein. Sie bremsen demnach das wirtschaftliche Wachstum, weil sie oft in unpro-

duktiven Anlagen gehalten werden, anstatt in produktive Investitionen zu fließen. Wenn Vermögen über Generationen hinweg vererbt wird, kann dies zudem dazu führen, dass große Teile des Kapitals in wenigen Händen konzentriert bleiben, was die Kapitalzirkulation und damit das wirtschaftliche Wachstum verlangsamt. Dies führt zu einer geringeren Dynamik und Innovationskraft in der Wirtschaft, da weniger Kapital für neue, risikobehaftete Unternehmungen verfügbar ist (Onaran et al., 2019; Steenbrink & Skali, 2024).

Darüber hinaus gehen große Vermögen oft mit erheblicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht einher – Chomsky (2012) spricht entsprechend von einer „Plutonomy". Diese Machtkonzentration führt zu einer Verzerrung des politischen und wirtschaftlichen Systems, da die Vermögenden ihre Ressourcen nutzen können, um politische Entscheidungen zu beeinflussen und ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Damit seien Politik und Ökonomie von den Interessen der Reichen kontrolliert und beeinflusst, anstatt auf das Gemeinwohl ausgerichtet zu sein (Bartels, 2016; Gilens, 2016; Hay, 2016; Scheve & Stasavage, 2017).[5]

Und auch aus umwelt- und klimapolitischer Perspektive sind hohe Vermögen problematisch: diese gehen mit wesentlich erhöhten CO_2-Emissionen aufgrund der kohlenstoffintensiveren Lebensstile der Wohlhabenden einher, sei es auf individueller oder globaler gesellschaftlicher Ebene (Theine et al., 2022; Wiedmann et al., 2020). Historisch betrachtet bedeutet dies, dass diejenigen, die über diesen höheren Anteil am Wohlstand verfügen, eine größere Verantwortung für die Klimakrise tragen (Cuomo, 2011). Chancel (2022) verweist außerdem auf die Vermögensanlagen der Reichen, welche zu großen Teilen in der fossilen Wirtschaft (bzw. in emissionsintensiven Sektoren) investiert sind. Betrachtet man also zusätzlich zu den hohen Emissionen des Konsums auch noch die Vermögensseite, steigt der CO_2-Fußabdruck von Vermögenden weiter an.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, wird vorgeschlagen, hohe Vermögen und deren Vererbung stärker zu besteuern und diese Einnahmen in Bereiche zu investieren, die wirtschaftliches Wachstum und Innovation fördern. Durch eine gerechtere Verteilung des Reichtums soll die wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht besser verteilt werden.

Diskursposition 8: Der „Unterbau" gesellschaftlicher Reichtumsproduktion

Eine weitere Diskursposition argumentiert, dass die Verknüpfung zwischen individueller Leistung und der ‚gerechten' Aneignung von Vermögen ein Mythos ist. Andrew Sayer (2016, S. 95, Übers. d. Verf.) beschreibt dies wie folgt: „Wir alle sind

5 Wie sehr hohe Vermögen, wirtschaftliche und politische Macht verzahnt sind, lässt sich aktuell in den USA am Beispiel von Elon Musk und den „Broligarchs" (Harrington, 2024) beobachten. Mit Wahlkampfspenden von mehreren hundert Millionen Dollar erkauften sie sich Einfluss in der Trump-Regierung. Seitdem demontiert Elon Musk demokratische Institutionen und Spitzenpersonal der neuen Regierung, wie der FTC-Vorsitzende Andrew Ferguson, sprechen sich für eine minimale oder gar keine Regulierung von Digitalkonzernen und Künstlicher Intelligenz aus (Tröger & Theine, 2025).

soziale Wesen, die für ihr Überleben und ihr Wohlergehen nicht nur auf sich selbst, sondern auch auf andere angewiesen sind. Niemand ist oder war jemals nur durch ‚eigene Arbeit reich': Finanzieller Reichtum ist lediglich ein Anspruch auf Reichtum in Form von Gebrauchswerten, die von anderen produziert werden." Ein Artikel von Tom Malleson (2024) schließt daran an und beschreibt mit dem Begriff „Unterbau", die notwendigen sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen, welche notwendig sind, um individuellen Reichtum überhaupt hervorzubringen.

Diese polit-ökonomische und feministische Perspektive kritisiert die Orientierung am Individuum und betont, dass Gesellschaften notwendigerweise in einem Netz aus gegenseitigen Abhängigkeiten und Beziehungen organisiert sind. Die Ökonomie wird entsprechend als sozioökonomisches Versorgungssystem betrachtet (Fanning et al., 2020; Power, 2004). Kein Individuum erreicht seinen Erfolg allein; es profitiert stets von den kollektiven Anstrengungen und der Unterstützung anderer, sei es durch familiäre Netzwerke und Care-Arbeit, Bildungssysteme oder soziale Strukturen. Als Konsequenz wird eine tiefgreifende Umgestaltung der gesellschaftlichen Werte und Strukturen gefordert sowie impliziert, dass hohe Vermögen nicht verdient sind und ein hohes Maß an Umverteilung legitim ist.

Diskursposition 9: Demokratie als Grundlage für die Umverteilung

Diese Diskursposition legitimiert Umverteilung nicht nur, sondern konzentriert sich auf deren gerechte Durchführung. Im Mittelpunkt dieser Position steht der Begriff der deliberativen Demokratie, also der umfassenden Beteiligung unterschiedlicher Mitglieder der Gesellschaft an der Aushandlung zentraler wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Fragen (Dryzek et al., 2019; Germann et al., 2024). Aufgrund der zunehmenden Popularität von Bürgerräten erhielt diese Perspektive in den letzten Jahren größeres Interesse (Courant, 2021; Galván Labrador & Zografos, 2024).

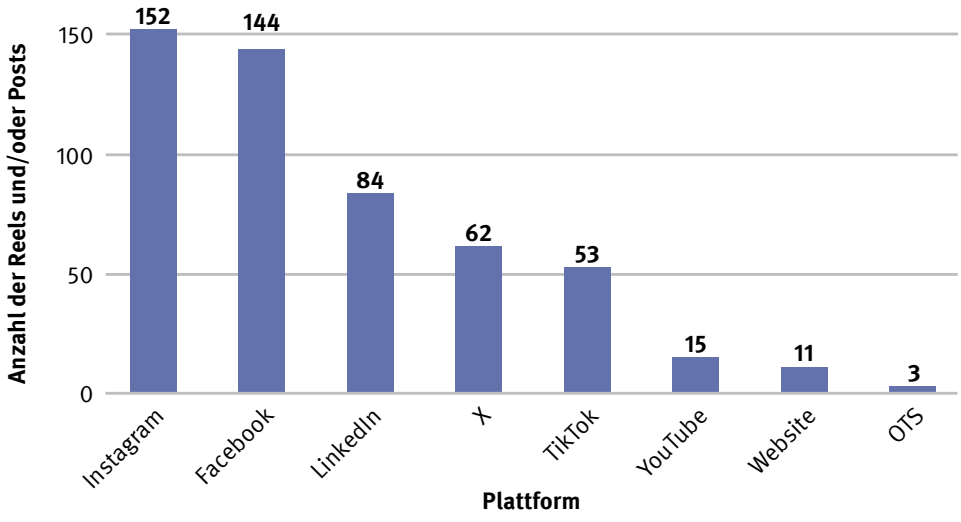
Die Betonung gleichberechtigter Partizipation an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen steht im Gegensatz zur ungleichen und ungerechten Machtkonzentration, die mit der hohen Konzentration von Reichtum einhergeht. Es geht also nicht nur um die Umverteilung dieses konzentrierten Reichtums, sondern auch um die Sicherstellung einer gleichberechtigten Mitwirkung aller Gesellschaftsmitglieder bei der Entscheidung, wie diese Umverteilung gehandhabt wird. Im Gegenzug zur Diskursposition 3 bezieht dieser Standpunkt die Existenz von Machtgefällen in seine Argumentation mit ein: Wenn denjenigen, die über Reichtum verfügen, einfach gestattet wird, ihn in Form von Spenden an die Gesellschaft zurückzugeben, bleibt ihr überproportionaler politisch-gesellschaftlicher Einfluss erhalten. Sie geht zudem darüber hinaus, bloß dem Staat die alleinige Handlungsfähigkeit zuzugestehen, stattdessen sind Überlegungen zu Transparenz, Repräsentation und gemeinsamen Interessen zentral. Der Prozess ist ebenso wichtig wie das Ergebnis.

6 Datensatz und Analysestrategie

In diesem Arbeitspapier analysieren wir zwei Aspekte des Guten Rats, die aus diskursanalytischer Perspektive besonders interessant sind: *die Außenkommunikation des Rats* sowie dessen *mediale Aufarbeitung und Rezeption*.

Hinsichtlich der *Außenkommunikation* haben wir alle Kommunikationsmittel des Guten Rats miteinbezogen: Posts und Aktivitäten auf den unterschiedlichen Social-Media-Plattformen (YouTube, LinkedIn, Instagram, TikTok, X, Facebook), die Website und die veröffentlichen Pressemitteilungen. Alle Posts wurden heruntergeladen und auf Dopplungen überprüft. Audioinhalte, wie beispielsweise die sechs Podcastfolgen auf YouTube, wurden transkribiert. Visuelle Inhalte (insbesondere auf Tiktok und Instagram) haben wir in die Analyse aufgenommen. Die Inhalte der Website und die Pressemitteilungen wurden heruntergeladen und für die Analyse zugänglich gemacht. Insgesamt wurden mehr als 500 Posts, Reels und Kurzvideos gesichtet, die meisten davon wurden auf Facebook, Instagram und X veröffentlicht (siehe Abbildung 1). Die Mehrheit der Beiträge wurden dabei entweder gleich für mehrere Plattformen und Kanäle aufbereitet oder aber wiederverwertet, sodass ein möglichst breites Publikum erreicht wurde.

Abbildung 1:
Anzahl der Reels und Posts auf den unterschiedlichen Social-Media-Plattformen



Quelle: Eigene Darstellung. Insgesamt wurden 524 Beiträge auf den unterschiedlichen Plattformen gepostet bzw. veröffentlicht. Davon haben wir 137 originäre Beiträge analysiert; der Rest sind Dopplungen, die auf unterschiedlichen Plattformen identisch gepostet worden sind (vgl. auch Tabelle A.4 im Anhang).

Darüber hinaus haben wir die *mediale Aufarbeitung und Rezeption des Rats* in den Blick genommen. Hierzu haben wir Beiträge von ausgewählten Tages- und Wochenzeitungen, Online-Nachrichten sowie TV- und Radiobeiträge in Österreich, Deutschland und der deutschsprachigen Schweiz zur Analyse herangezogen (siehe Tabelle 2). Bei der Auswahl der zu analysierenden Medien haben wir sowohl forschungsstrategische Überlegungen (eine Samplegröße, die sich noch qualitativ analysieren lässt; eine besondere Aktivität des Mediums zum Guten Rat) als auch klassische medienwissenschaftliche Entscheidungskriterien (unterschiedliche Medien entlang der politisch-redaktionellen und journalistisch-stilistischen Ausrichtungen und ihrer Relevanz für die öffentliche Debatte) berücksichtigt. Neben der Analyse der deutschsprachigen Medien, haben wir auch ausgewählte Beiträge internationaler Medien zum Vergleich und weiteren Kontextualisierung der Debatte herangezogen. Hierzu gehören: *Al Jazeera English* (ein Artikel), *The Guardian* (drei Artikel), *The New York Times* (vier Artikel) sowie *The Times* (zwei Artikel). Insgesamt ist unsere Auswahl zwar im strikten Sinne nicht repräsentativ, gleichzeitig bedeutet die breite Einbeziehung der wichtigsten und reichweitestärksten Nachrichten in unserem Sample jedoch, dass die Aussagekraft der Ergebnisse für die großen Trends der deutschsprachigen Mediendebatte zum Thema recht hoch sein dürfte.

Tabelle 2:
Untersuchte Medien

Medium	Typ	Land	politisch-redaktionelle Ausrichtung	Anzahl der Artikel/Beiträge
Kleine Zeitung	Tageszeitung	Österreich	unklar	18
Der Standard	Tageszeitung	Österreich	links-liberal	16
Die Presse	Tageszeitung	Österreich	rechts-konservativ	8
Kurier	Tageszeitung	Österreich	unklar	4
Kronen Zeitung	Boulevardzeitung	Österreich	rechts-konservativ	7
profil	wöchentliches Magazin	Österreich	unklar	11
Falter	wöchentliches Magazin	Österreich	links-liberal	2
Ö1 & weitere ORF Formate	Radio/TV	Österreich	zentristisch	18

Süddeutsche Zeitung	Tageszeitung	Deutschland	links-liberal	11
Die Welt	Tageszeitung	Deutschland	rechts-konservativ	3
taz, die tageszeitung	Tageszeitung	Deutschland	links-liberal	1
BILD	Boulevardzeitung	Deutschland	rechts-konservativ	3
Brigitte	Boulevardzeitung	Deutschland	unklar	1
Bunte	Boulevardzeitung	Deutschland	unklar	2
Die Zeit	wöchentliches Magazin	Deutschland	links-liberal	5
Stern	wöchentliches Magazin	Deutschland	unklar	8
DER SPIEGEL	wöchentliches Magazin	Deutschland	links-liberal	8
Gala	wöchentliches Magazin	Deutschland	unklar	1
Focus	wöchentliches Magazin	Deutschland	unklar	18
ARD	TV	Deutschland	zentristisch	1
ZDF	TV	Deutschland	zentristisch	1
Deutschlandfunk	Radio	Deutschland	zentristisch	4
Neue Zürcher Zeitung	Tageszeitung	Schweiz	rechts-konservativ	2
Tages-Anzeiger	Tageszeitung	Schweiz	links-liberal	3
Handelszeitung	Tageszeitung	Schweiz	unklar	2
Blick.ch	Boulevardzeitung	Schweiz	rechts-konservativ	4
Gesamt				**162**

Quelle: Eigene Darstellung. Insgesamt wurden 162 Artikel und Beiträge im deutschsprachigen Raum veröffentlicht. Die Einschätzung der politisch-redaktionellen Ausrichtung basiert auf rezenter, eigener Forschung sowie eigenen Einschätzungen. Ausgenommen von der Tabelle sind die zehn Artikel aus internationalen Medien. Alle Prozentangaben beziehen sich im Folgenden ausschließlich auf die deutschsprachigen 162 Artikel.

Der Zugang zu diesen Beiträgen erfolgte über Datenbanken wie Factiva, wiso, Lexis Nexis und teilweise über die jeweiligen Websites. Insgesamt haben wir 162 Artikel und Beiträge von 26 unterschiedlichen Medien ausgewertet. Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich vom 1. Januar 2024 (ein paar Tage vor der ersten Pressekonferenz) bis zum 31. Oktober (ein paar Tage nach dem Abschlussbericht).

Wie in Kapitel 4 ausgeführt, untersuchen wir im Rahmen unseres diskursanalytischen Ansatzes die Diskurspositionen, die in der Außenkommunikation des Guten Rats und in der medialen Debatte vertreten sind. Wir operationalisieren die Analyse der Diskurspositionen, indem wir, wie Reynolds (2019) vorschlägt, auf das „value coding“ nach Saldaña (2021) zurückgreifen.

Dafür haben wir zunächst die unterschiedlichen Dokumente gesichtet und ein detailliertes Kodierschema entwickelt, das die Themen und Aspekte der Außenkommunikation und der medialen Debatte präzise abbildet. Dieses Schema wurde in mehreren Iterationen diskutiert, überarbeitet und verfeinert, bis es schließlich 27 Codes umfasste. Jeder Code wurde in wenigen Sätzen definiert und mit Beispielzitaten illustriert. Dieses Kodierschema haben wir auf die Außenkommunikation und die mediale Berichterstattung gleichermaßen angewandt. Die kleinste mögliche Kodiereinheit waren wenige Wörter bzw. halbe Sätze. Als größte Kodiereinheit haben wir einen Absatz bzw. Sinnzusammenhang festgelegt. Damit wurden pro Beitrag oft mehrere Codes vergeben. Die Kodierung wurde mithilfe von MaxQDA durchgeführt.

In einem zweiten Schritt ordneten wir diese Codes – falls möglich – den von uns zuvor identifizierten und ausgearbeiteten Diskurspositionen (siehe Kapitel 5) zu, wobei auch dieser Prozess ausführlich diskutiert wurde. Bei dieser Zuordnung stellte sich heraus, dass die von uns im Vorfeld ausgearbeiteten Diskurspositionen gut zu den geäußerten Positionen des Guten Rats und der Medien passen. Gleichzeitig haben wir zwei Diskurspositionen induktiv herausgearbeitet, die wir so nicht zuvor ausgearbeitet hatten: Die Positionen *Systemversagen* sowie *Kritik am Guten Rat*. Diese zwei Positionen sind natürlich auch nicht völlig ‚neu‘. Die erste bezieht sich auf die grundlegende Frage, inwiefern das politische und gesellschaftliche System angesichts der hohen Vermögensungleichheit in Frage zu stellen ist oder nicht. Die zweite Position ist sehr diskursspezifisch. Sie vereint einen kritischen Blick auf die Genese, die Ziele und die Arbeit des Guten Rats. In unserem Kodier- und Analyseschema kombinierten wir auf diese Weise ein induktives Vorgehen, das direkt aus dem Material abgeleitet wurde, mit einer deduktiven Herangehensweise, bei der wir auf die im Vorfeld erarbeiteten stilisierten Diskurspositionen zurückgriffen.

Im vorliegenden Report sind wir auch daran interessiert, inwiefern die politisch-redaktionelle Ausrichtung von Medien und ihre journalistischen Stilformen die Verwendung unterschied-

licher Diskurspositionen beeinflusst. Für die Analyse der politisch-redaktionellen Ausrichtung haben wir die klassische recht-links Heuristik herangezogen, die eine notwendige Vereinfachung darstellt und nicht ohne Kritik ist. Die von uns verwendete Kategorisierung der politisch-redaktionellen Ausrichtung basiert auf existierender, zumeist empirischer Literatur sowie unserer eigenen Einschätzung (siehe Tabelle 2).

Unter journalistischen Stilformen verstehen wir verschiedene Nachrichtenformate, die spezifischen Regeln und Konventionen der Berichterstattung folgen (Haarkötter, 2022). Beispielsweise sind Journalist*innen in tatsachenbetonten Formaten dazu angehalten, die zentralen W-Fragen (Wer, Was, Wann, Wo, Warum) gleich zu Beginn eines Beitrags zu beantworten. Meinungsbetonte Formate hingegen setzen stärker auf Spannung und narrative Elemente, sodass wesentliche Informationen erst im Verlauf des Artikels vermittelt werden. Das Interview wiederum zeichnet sich durch das formale Wechselspiel zwischen Fragen (Interviewer*in) und Antworten (Interviewte*r) aus.

Die journalistischen Stilformen wurden als Teil des Kodierleitfadens erfasst. Die Zuordnung der Berichterstattung zu einer bestimmten Stilform erfolgte dabei in der Regel auf Grundlage der redaktionellen Kennzeichnung. Diese kann sich aus der Anmoderation, der Rubrikenüberschrift oder einer speziellen typografischen Gestaltung von Text oder Überschrift ergeben. Falls eine solche Kennzeichnung nicht vorhanden war, wurde die journalistische Stilform auf Basis einer inhaltlichen Einschätzung durch unser Forschungsteam bestimmt. Wir unterscheiden die folgenden fünf journalistischen Stilformen, die wir für unsere Analyse aus verschiedenen bestehenden Literaturquellen[6] angepasst haben:

1. *Tatsachenbetonte Nachricht:* Diese Stilform zeichnet sich durch eine sachliche und prägnante Darstellung von Ereignissen aus, wobei die zentralen W-Fragen (Wer, Was, Wann, Wo, Warum) zu Beginn beantwortet werden. Eigenen Meinungen oder Interpretationen des* der Journalist*in werden in der Regel nicht kenntlich gemacht, sondern fließen nur indirekt und implizit mit ein.
2. *Tiefergehende Reportage:* Hier steht eine ausführliche, oft narrative Aufbereitung eines Themas im Vordergrund, die neben reinen Fakten auch Hintergründe, persönliche

6 In der wissenschaftlichen Literatur existieren verschiedene Klassifikationen journalistischer Textsorten. Beispielsweise unterscheidet Lüger (1995) fünf Gruppen: (a) kontaktorientierte, (b) informationsbetonte, (c) meinungsbetonte, (d) auffordernde und (e) instruktiv-anweisende Texte. Straßner (2000) identifiziert 14 Textsorten, darunter Abhandlung, Bericht, Essay, Feature, Gespräch, Glosse, Interview, Kommentar, Kritik, Meldung, Moderation, Porträt, Reportage und Story. Fasel (2013) teilt journalistische Textsorten in drei Hauptgruppen ein: (1) tatsachenbetonte Darstellungsformen (z. B. Nachricht, Bericht, Feature, Magazinstory), (2) erzählende Darstellungsformen (z. B. Interview, Porträt, Reportage) und (3) meinungsbetonte Darstellungsformen (z. B. Kommentar, Glosse, Feuilleton, Kritik, Betrachtung).

Perspektiven und Stimmungen einbindet, um ein vielschichtiges Bild zu vermitteln.

3. *Meinungsbetonter Kommentar:* Dieses Format enthält eine explizite Meinung oder Bewertung des*der Autor*in und verfolgt das Ziel, Argumente, Kritik oder Satire zu einem Thema zu liefern, um Leser*innen zur Reflexion oder Debatte anzuregen. Wir schließen hier Leitartikel, Glossen und auch Gastbeiträge mit ein.
4. *Interviews:* Interviews und Gesprächsformate bestehen aus einem strukturierten Dialog zwischen Interviewer*in und Gesprächspartner*in, wobei durch gezielte Fragen Standpunkte, Hintergründe oder Einschätzungen zu einem bestimmten Thema herausgearbeitet werden.
5. *Soft News:* Soft News behandeln gesellschaftliche, kulturelle oder unterhaltsame Themen oft in einem emotionalisierenden oder anekdotischen Stil, wobei der Informationsgehalt zugunsten von Erzählbarkeit, Prominenz oder menschlichem Interesse in den Hintergrund treten kann. Im vorliegenden Fall drehen sich Beiträge in dieser Kategorie typischerweise um die Person Marlene Engelhorn.

Schließlich haben wir noch zwei Interviews mit Personen aus dem Organisationsteam des Guten Rats geführt, um weitere Details und Hintergründe bezüglich der Prozesse und vermittelten Inhalte zu erfragen. Die folgende Tabelle 3 gibt eine Übersicht über die Interviewpartner*innen.

Tabelle 3:
Informationen zu den Interviewpartner*innen

	Hauptaufgabe beim Guten Rat	**Länge**	**Datum**
Interview 1	Presse	1 Std 20 min	05. Juli 2024
Interview 2	Social-Media-Kommunikation und kommunikative Leitlinien	1 Std 14 min	11. September 2024

Quelle: Eigene Darstellung.

7 Ergebnisse: Der Gute Rat in den Medien

Im folgenden Kapitel präsentieren wir die Ergebnisse unserer Untersuchung zur Außenkommunikation des Guten Rats und deren medialer Rezeption. Zunächst geben wir einen Überblick über die Kommunikationsstrategien des Guten Rats sowie die allgemeine Medienberichterstattung (Kapitel 7.1). Anschließend analysieren wir detailliert die verschiedenen Diskurspositionen (7.2), betten die Diskurspositionen des Guten Rats in eine breitere Debatte ein (7.3.) und vertiefen die Diskussion der medialen Berichterstattung inklusive der Unterschiede hinsichtlich der journalistischen Stilformen und politisch-redaktionellen Ausrichtungen (7.4).

7.1 Außenkommunikation und Medienberichterstattung im Überblick

Im Anschluss an die Pressekonferenz am 9. Januar 2024 begann der Gute Rat mit einer weit gefächerten Außenkommunikation, die ein möglichst breites Publikum erreichen sollte.

Die Kommunikation über soziale Medien erfolgte dabei auf Grundlage eines im Vorhinein festgelegten Argumentationsrepertoires, mit vorbereiteten und ausformulierten Argumenten (Interview 1, 2). Die Kernaussagen orientierten sich an der Vermittlung von Informationen, Fakten und Hintergründen in drei Bereichen:

1) der Verteilungssituation insbesondere in Österreich und Deutschland,
2) der Notwendigkeit einer Rückverteilung von Vermögen und
3) des deliberativ-demokratischen Ansatzes des Guten Rats.

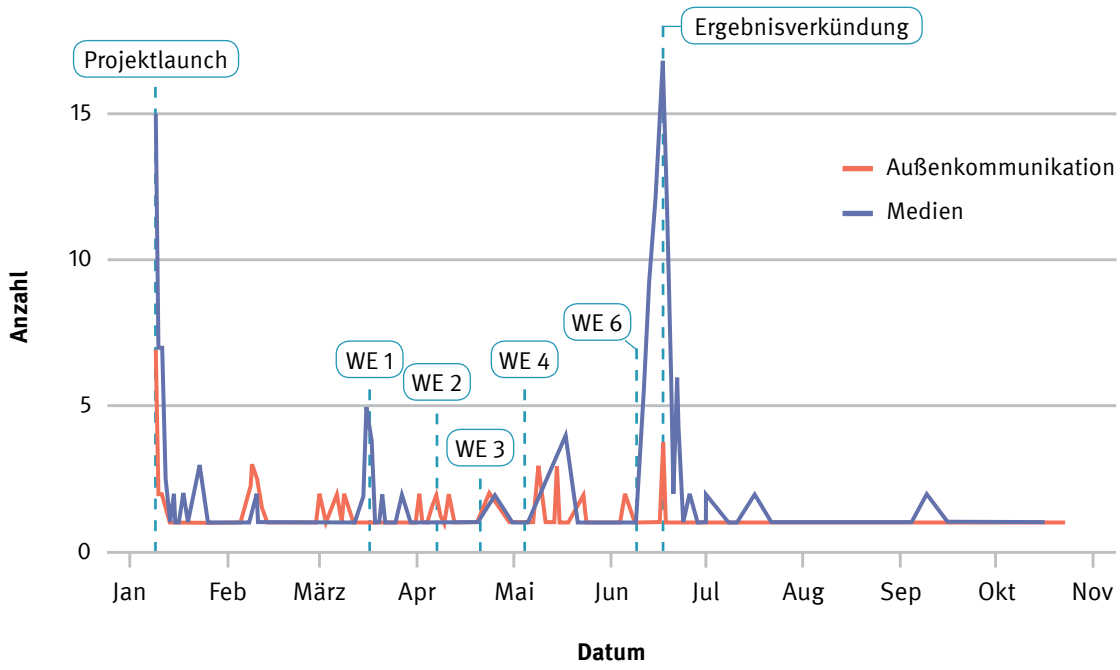
Hinzu kamen Portraits der Ratsmitglieder. Darüber hinaus gab es jedoch keine feste Argumentations- und Außenkommunikationsstrategie (Interview 1, 2). Viele Inhalte wurden während der einzelnen Sitzungswochenenden kreiert und begleiteten den Prozess durch die Darstellung der beteiligten Inhalte und Personen (Interview 2). Abbildung 2 zeigt, dass die Außenkommunikation über den gesamten Zeitraum quantitativ nur leichten Schwankungen unterlag.

Zusätzlich zur Kommunikation über die sozialen Medien verfolgte der Gute Rat eine aktive Strategie im Umgang mit etablierten Massenmedien. Interviews (von Marlene Engelhorn sowie Ratsmitglieder*innen) mit führenden deutschsprachigen und internationalen Medien wurden proaktiv vereinbart. Gleichzeitig wurden Anfang Mai 2024 Hintergrundgespräche mit deutschsprachigen Medien geführt und Journalist*innen persönlich zu Pressekonferenzen eingeladen. Der Gute Rat bemühte sich um einen andauernden Austausch mit der Presse, um so ein positives

und konsistentes Medienbild zu präsentieren. Teil dieser Medienarbeit war auch die exklusive Einladung an drei Journalist*innen, an einigen der Wochenenden beobachtend an der Arbeit des Rats teilzunehmen. So wurde Lisa Nimmervoll (*Der Standard*), Julia Friedrichs (Schriftstellerin und Journalistin u. a. für *Die Zeit*) sowie Joshua Jaffer (*The New Yorker*) dieser Zugang ermöglicht (Interview 1).

Die aktive Medienstrategie des Organisationsteams führte zu einer relativ umfassenden Medienrezeption des Guten Rats. Während der gesamten Dauer des Prozesses kam es zu Presseanfragen nach Interviews und Hintergrundinformationen. Neben bedeutendem Medieninteresse aus dem deutschsprachigen Kontext gab es auch vereinzelte Anfragen von Medien aus aller Welt. Das Medieninteresse war so groß, dass ein proaktiverer Medienumgang nie nötig wurde, sondern auf Anfragen aus logistischen und zeitlichen Gründen sogar nur teilweise eingegangen werden konnte. So berichtete die *New York Times* beispielsweise ausführlicher über den Guten Rat und Marlene Engelhorn, während die Anfrage eines brasilianischen TV-Mediums nicht umgesetzt werden konnte (Interview 1).

Abbildung 2:
Außenkommunikation des Guten Rats und mediale Rezeption in ausgewählten Medien (Januar bis November 2024)

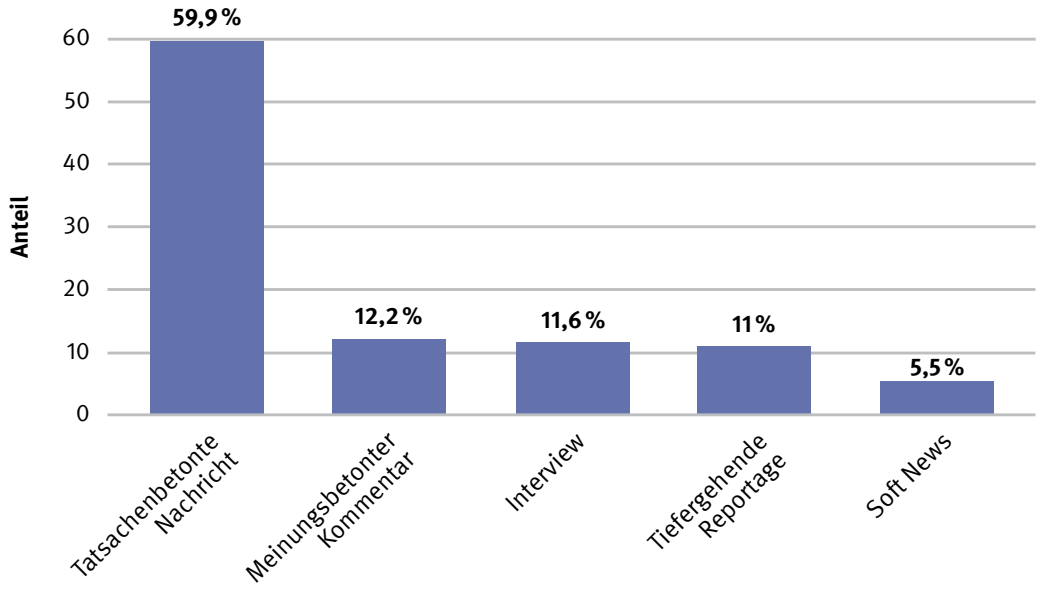


Quelle: Eigene Darstellung. Datengrundlage sind 162 Medienbeiträgen von 26 unterschiedlichen Medien sowie 137 Beiträge des Guten Rats, die auf den unterschiedlichen Social-Media-Plattformen veröffentlicht wurden.

Über die Zeit und im Vergleich zur Außenkommunikation des Guten Rats fällt auf, dass sich die mediale Aufmerksamkeit trotz des großen und kontinuierlichen Medieninteresses stark auf einzelne Momente wie den Projektstart, das erste Beratungswochenende und die Ergebnisverkündung fokussierte (Abbildung 2).

Hinsichtlich der journalistischen Stilformen zeigt unsere Analyse, dass die mediale Berichterstattung tendenziell oberflächlich, oft am tagesaktuellen Geschehen orientiert und – in rund 60 Prozent der Fälle – von tatsachenbetonten Nachrichten dominiert war (Abbildung 3). Die Beiträge in dieser journalistischen Form sind meist einer Chronistenrolle verhaftet und orientieren sich stark an der Geschichte und den Aussagen von Marlene Engelhorn, die häufig zitiert und paraphrasiert wird. An zweiter Stelle folgen mit zwölf Prozent meinungsbetonte Kommentare, die oft eine kritische Würdigung der Arbeit des Guten Rats und somit eine explizite Wertung transportieren (und diese meist kenntlich machen). Nahezu gleichauf folgen mit ebenfalls rund zwölf Prozent Interviews, überwiegend mit Marlene Engelhorn. Tiefergehende Reportagen im Sinne einer eingehenden Beschäftigung und Aufbereitung der zentralen Themen und Anliegen des Rats – wie Ungleichheit und Besteuerung – sowie von Idee, Prozess und Ablauf des Vorhabens machen elf Prozent der Beiträge aus. Schließlich bestehen ca. sechs Prozent der Beiträge aus Soft News und drehen sich fast ausschließlich um Marlene Engelhorn als Kuriosum, während der von ihr initiierte Gute Rat, sein Anliegen und das Thema Vermögensungleichheit nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Abbildung 3:
Berichterstattung über den Guten Rat nach journalistischer Form (in Prozent)



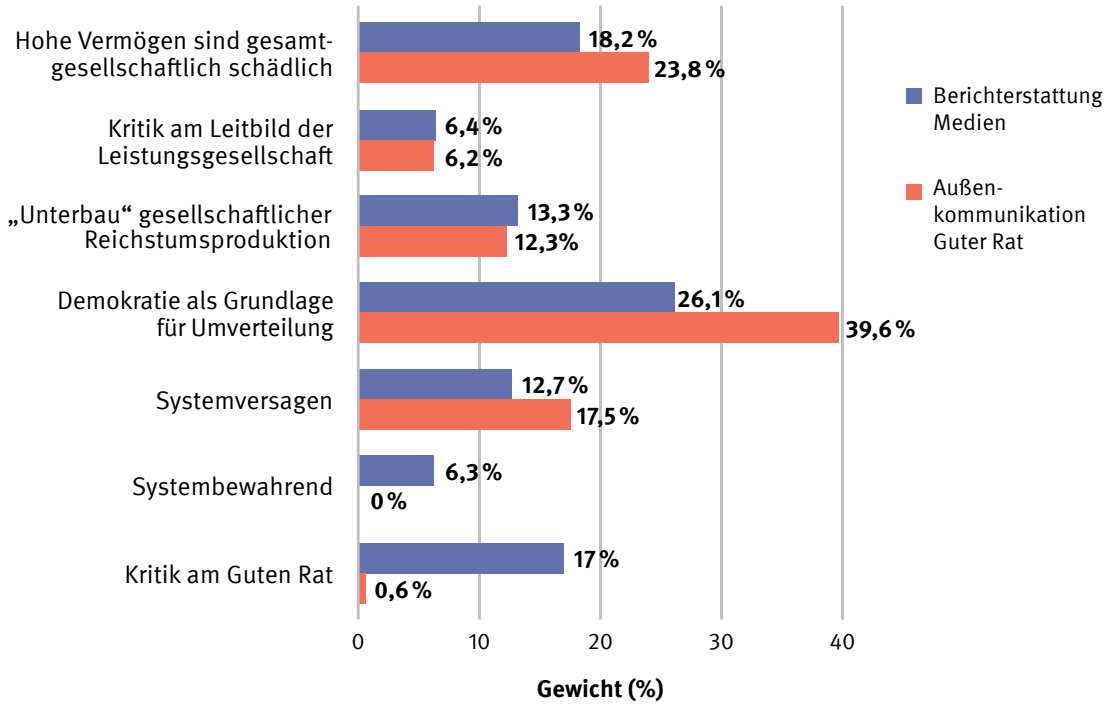
Quelle: Eigene Darstellung. Datengrundlage sind 162 Medienbeiträgen von 26 unterschiedlichen Medien. Abweichungen von 100 beruhen auf Rundungen.

7.2 Die Diskurspositionen im Detail

Welche der gängigen Diskurspositionen zum Thema Ungleichheit (siehe Kapitel 5) wurden in der Außenkommunikation des Guten Rats vorgebracht? Und wie wurden diese in der medialen Berichterstattung aufgegriffen? In der Analyse haben sich sieben Diskurspositionen herauskristallisiert, die folgend hinsichtlich ihrer konkreten Erscheinungsformen genauer vorgestellt werden. Abbildung 4 zeigt und vergleicht die Relevanz der jeweiligen Diskurspositionen in der Außenkommunikation des Guten Rats und der Medienberichterstattung.

Ein großer Teil der Außenkommunikation des Guten Rats problematisiert und kritisiert die existierende Ungleichverteilung von Reichtum in der Gesellschaft. Diese Kritik haben wir in drei miteinander zusammenhängenden Diskurspositionen zusammengefasst, die wir folgend auch in dieser Reihenfolge diskutieren: *1) Hohe Vermögen sind gesellschaftlich schädlich*, *2) Meritokratie: Kritik am Leitbild der Leistungsgesellschaft* und *3) Der „Unterbau" gesellschaftlicher Reichtumsproduktion*. An die Reichtums-Kritik anschließend betont der Gute Rat *4) die Rolle der Demokratie als Grundlage für Umverteilung* und äußert grundlegende

Abbildung 4:
Relevanz der Diskurspositionen in Außenkommunikation und Medienberichterstattung



Quelle: Eigene Darstellung. Die Grafik basiert auf 162 Medienbeiträgen sowie 137 analysierten Veröffentlichungen des Guten Rats (Posts, Pressemitteilungen etc.). Sie zeigt, wie sich die verschiedenen Diskurspositionen in der Außenkommunikation des Guten Rats und in der Medienrezeption verteilen. Der Prozentsatz gibt an, welchen Anteil eine Diskursposition an allen kodierten Segmenten im jeweiligen Datensatz hat. So wird sichtbar, wie stark einzelne Positionen vertreten sind und welchen Raum sie im Vergleich zueinander einnehmen.

Kritik am politischen System, welche wir in der Position *5) Systemversagen* zusammengefasst haben.

Zwei weitere Diskurspositionen kommen maßgeblich nur in den Medien vor, das sind *7) Systembewahrend: Vermögende tragen positiv zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung bei* sowie *8) Kritik am Guten Rat*.

Hohe Vermögen sind gesellschaftlich schädlich

Ein zentrales Thema in der Kommunikationsstrategie des Guten Rats ist die Diskursposition *Hohe Vermögen sind gesellschaftlich schädlich.* Diese Position problematisiert die hohe Konzentration von Vermögen in den Händen eines kleinen Prozentsatzes der Bevölkerung sowohl in Österreich als auch weltweit (siehe dazu auch die stilisierte Diskursposition 7 in Kapitel 5). Rund 24 Prozent der Veröffentlichungen des Rats fokussieren auf diesen Aspekt, wobei insbesondere durch Infografiken und Sharepics Fakten zur Vermögensverteilung in ihren unterschiedlichen Dimensionen beleuchtet werden.

So teilte der Rat bei Instagram Sharepics mit Angaben zu den Vermögen der reichsten 1 Prozent in Österreich (Abbildung 5). Mit anderen Grafiken wird wiederum über den übermäßigen CO_2-Ausstoß von Superreichen informiert (Abbildung 6).

Ebenso wird der Zusammenhang von Vermögen und soziopolitischer Macht thematisiert. Zentraler Topos ist hier, dass superreiche Einzelpersonen und/oder Gruppen ihre materiellen Ressourcen und Netzwerke nutzen können, um direkten Einfluss auf politische, gesellschaftliche und ökonomische Entscheidungsprozesse auszuüben. Immer wieder mahnt der Gute Rat, dass die soziale Ungleichheit und damit auch die Machtkonzentration weiter zunimmt:

> „Die Ungleichheit nimmt immer weiter zu. Das gefährdet den sozialen Zusammenhalt und widerspricht unserem Gefühl von Gerechtigkeit. Das bereitet uns Sorgen, da sich mit dem Vermögen auch Macht konzentriert – und das kann sogar unsere Demokratie gefährden.“ (Guter Rat, 2024d, S. 24)

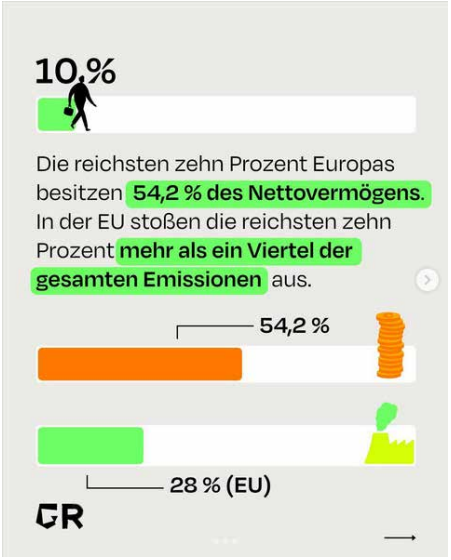
In den Veröffentlichungen des Guten Rats werden unterschiedliche Arten besprochen, wie besonders reiche Personen Macht ausüben können. Im Podcast des Guten Rats beschreibt Franziska Disslbacher, Reichtums-Forscherin an der Wirtschaftsuniversität Wien, dies eindrücklich:

> „Wer Vermögen hat, kann eher große Beträge spenden. Es geht auch um das Eigentum an Medien. Das ist nicht nur in Österreich so, es gibt auch international sehr viele Studien, die zeigen, dass sehr vermögende Menschen tendenziell einen überproportional großen Anteil an verschiedenen Medienhäusern wie Fernsehsender und Zeitungen gehören. Und es gibt ja auch noch den Zugang zu und die Einflussnahme auf politische Netzwerke, auf politische Kontakte. Vermögen kann also durch verschiedene Weg[e,] […] [b]eispielsweise Lobbyismus, Spenden und so weiter, demokratische Prozesse beeinflussen.“ (Disslbacher, 2024)

Abbildung 5:
Sharepics des Guten Rats zum Thema Vermögensungleichheit in Österreich

Quelle: Instagram, 25.03.2024 (https://www.instagram.com/p/C48hdezSodV/?img_index=1, Zugriff: 18.02.2025).

Abbildung 6:
Infografiken des Guten Rats zum Zusammenhang von Ungleichheit und Klimaschäden



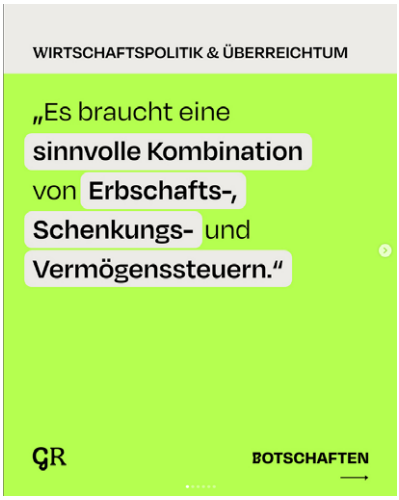
Quelle: Instagram, 18.02.2024 (https://www.instagram.com/p/C3f5_4-MmUA/?img_index=1, Zugriff: 18.02.2025).

Aus dieser Problematisierung sehr hoher Vermögen leitet der Gute Rat in seiner Außenkommunikation eine Notwendigkeit für höhere Steuern ab und plädiert für eine sinnvolle Kombination von Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuern (Abbildung 7).

Eine solche Steuerpolitik sollte dem Guten Rat nach folgende Anforderungen erfüllen:

> „Freibeträge, die es zumindest ermöglichen, Wohnungseigentum oder einen entsprechenden Gegenwert anzuschaffen und zu erhalten. Alle haben ein Recht auf Sicherheit. […] Der Großteil der Menschen wäre von so einer Steuer also gar nicht betroffen: Bei einem Freibetrag bei der Erbschaftssteuer von z. B. einer Million Euro würde sie etwa zwei Prozent der Bevölkerung betreffen. […] Darüber hinaus sollten diese Steuern progressiv ausgestaltet werden und das Steuersystem sollte regelmäßig an die Inflation angepasst werden.“ (Guter Rat, 2024d, S. 24)

Abbildung 7:
Forderung des Guten Rats nach höheren Steuern



Quelle: Instagram, 25.09.2024 (https://www.instagram.com/p/DAWQcDRtFEL/?img_index=1, Zugriff: 18.02.2025).

In der Medienberichterstattung wird die Diskursposition *Hohe Vermögen sind gesamtwirtschaftlich schädlich* in rund 18 Prozent der Beiträge aufgegriffen und diskutiert. Dabei werden Positionen des Guten Rats übernommen und verbreitet. Beispielsweise wird in einem Gastkommentar von Christian Felber (2024) in der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* die hohe Konzentration von Vermögen in den Händen sehr weniger Menschen problematisiert:

> „Laut der NGO Oxfam ist das Vermögen der 2755 globalen Milliardärinnen und Milliardäre von Pandemiebeginn bis 2022 von 8,6 auf 13,8 Billionen US-Dollar [an]gewachsen – ein größerer Anstieg als in den vierzehn Jahren davor. Gleichzeitig sind 163 Millionen Menschen unter die von der Weltbank gezogene Armutsgrenze von 5,50 US-Dollar pro Tag gerutscht.“

Marlene Engelhorn (2024c) rückt in einem Gastkommentar in *Die Presse* die Ungleichheit in Österreich in eine internationale und gesamtgesellschaftliche Perspektive:

> „Die Ungleichheit ist in Österreich besonders gravierend, nur Lettland hat in der Eurozone

> eine noch ungleichere Verteilung von Vermögen. Das reichste Prozent der Bevölkerung hält bei uns, je nach Quellen, 40 bis 50 Prozent aller Vermögen und es erbt folglich im Schnitt 3,4 Millionen Euro, während 70 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher nichts oder Schulden erben."

Neben der hohen Ungleichheit von Vermögen wird auch die damit einhergehende Macht problematisiert. Beispielsweise wird Marlene Engelhorn auf *Focus online* wie folgt wiedergeben:

> „Das Problem für Engelhorn: Viel Geld bringe auch viel Macht mit sich. Häufig würden Superreiche gute Kontakte in die Politik pflegen und ‚überproportional in Entscheidungen involviert' sein, zum Beispiel in Hinblick auf den Arbeitsmarkt. ‚Sie regeln quasi mit dem Exklusivitätsprinzip den Zugang anderer zu bestimmten Ressourcen – Land, Wohnraum, aber auch Gesundheit oder Mobilität', sagt Engelhorn. ‚Und das alles unter Aufrechterhaltung der himmelhohen Brandmauern zu ihrer Macht.'" (Focus online, 2024c)

In einem *Deutschlandfunk Kultur*-Beitrag wird Marlene Engelhorn als „BASF-Millionenerbin und Aktivistin" vorgestellt, die es „ungerecht [findet], dass bei ihr schon bei ihrer Geburt klar war, dass sie mal reich wird. Sie ist der Ansicht, dass ihr als Einzelperson zu viel Macht in den Schoß gefallen sei" (Deutschlandfunk, 2024). Sie kommt dann auch direkt zu Wort und führt ihre machtkritische Perspektive aus: „Mit Vermögen, wie z.B. einem 25-Millionen-Euro-Vermögen, kann man Realitäten schaffen." (Deutschlandfunk, 2024)

Gleichzeitig zeigen die Beispiele auch ein Problem der Berichterstattung auf: Diese Diskursposition wird bei genauerer Betrachtung überwiegend im Rahmen von Gastkommentaren, indirekten oder direkten Zitaten geäußert. Dadurch übernehmen die Redaktionen diese Perspektive nicht selbst, sondern überlassen ihre Artikulation externen Stimmen. So wird eine gewisse Distanz geschaffen, mit der diese Diskursposition medial wiedergegeben wird. Hinzu kommt, dass der Zusammenhang zur Klimakrise und den hohen CO_2-Emissionen von Superreichen praktisch nicht aufgegriffen wurde – obwohl der Gute Rat diesen Zusammenhang immer wieder betont hatte. Darüber hinaus gab es innerhalb der Diskursposition die erkennbare Tendenz, auf kritischere Argumente zugunsten allgemeinerer Feststellungen zu sozialer Ungleichheit und ihrer machtpolitischen Dimension zu verzichten.

Meritokratie: Kritik am Leitbild der Leistungsgesellschaft

Ähnlich zur vorangegangenen Diskursposition problematisiert auch die Perspektive *Meritokratie: Kritik am herrschenden gesellschaftlichen Leitbild* hohe Vermögen. Diese Diskursposition wird in rund sechs Prozent der Beiträge des Guten Rats kommuniziert. Im Gegensatz zur vorherigen Perspektive wird aber weniger auf die Konsequenzen hoher Vermögen für Wirtschaft

und Gesellschaft geschaut, sondern am gesellschaftlich weit verbreiteten Leitbild der Leistungsgesellschaft angesetzt (siehe dazu auch die stilisierten Diskursposition 1 und 5 in Kapitel 5). Dieses Leitbild besagt, dass Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen dieses auch verdient haben, weil sie dafür viel geleistet und hart gearbeitet haben. Die resultierende Ungleichheit ist dann gerechtfertigt und sogar zu befürworten, weil sie das Ergebnis individueller Leistung bzw. Talent ist.

In den Veröffentlichungen des Guten Rats wird diese gesellschaftliche Vorstellung als nichtzutreffend und realitätsfremd entlarvt. Im Zentrum der Kritik steht dabei, dass Reichtum typischerweise nicht auf individueller Leistung, herausragendem Talent oder harter Arbeit beruht, sondern durch große Erbschaften zustande kommt (für weitere Details siehe die Diskursposition 5 in Kapitel 5).

Dies trifft auch auf das Vermögen von Marlene Engelhorn zu, wie auf der Website des Guten Rats ausgeführt wird: „Das Geld stammt aus einer Übertragung von Marlene Engelhorns Großmutter. Marlene Engelhorn stammt aus einer reichen Industriellenfamilie, das Unternehmen Boehringer Mannheim wurde 1996/97 verkauft und daraus ergibt sich das Vermögen." (Guter Rat, 2024b)

Im Podcast des Guten Rats wird Marlene Engelhorn gefragt, wie sie sich gefühlt hat, als sie erfuhr, dass sie eine hohe Erbschaft ihrer Großmutter erhalten wird. In ihrer Antwort beschreibt sie die Ungerechtigkeit, die mit solch hohen Erbschaften einhergeht:

> „Ich war sauer, dass ich dieses Erbe kriege, weil ich wusste, dass es ungerecht ist. Ich konnte mich nicht wirklich freuen. Und ich bin dann allen in meiner Umgebung ein bisschen in den Ohren gelegen damit, wie furchtbar ungerecht das ist und dass man eigentlich doch was machen muss. […] Aber ja, ich habe mich nicht gefreut, sondern ich war so: das ist eigentlich geschissen. Das gehört nicht so. Wir sind doch in einer Demokratie oder? Wie kann meine Geburt so einen Unterschied machen dürfen." (Reichel, 2024a)

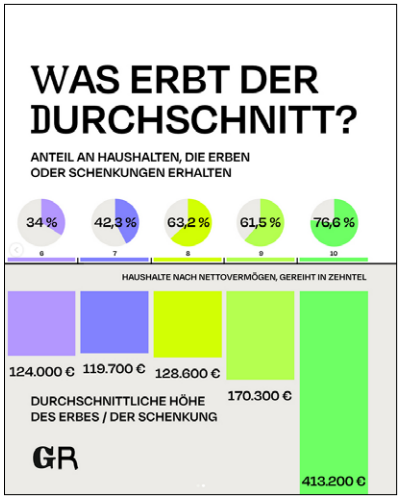
Die Stellung in der Gesellschaft hängt also oft nicht vom eigenen Tun ab, so der Tenor des Beitrages, sondern ist durch Geburt vorbestimmt: „[W]ir haben den Geburtsvorgang als den maßgeblichen Entscheidungsfaktor dafür, wie unser Leben ausschaut" (Reichel, 2024a).

Der Gute Rat transportiert die Diskursposition *Meritokratie*: *Kritik am herrschenden gesellschaftlichen Leitbild* auch über Infografiken, die zum Beispiel die Rolle von Erbschaften thematisieren. So wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass der Großteil der Erbschaften in Österreich an Menschen geht, die selbst schon reich sind (Abbildung 8).

Auch der Zusammenhang zwischen der Vererbung von Vermögen und ungleichen Bildungschancen wird betont (Abbildung 9).

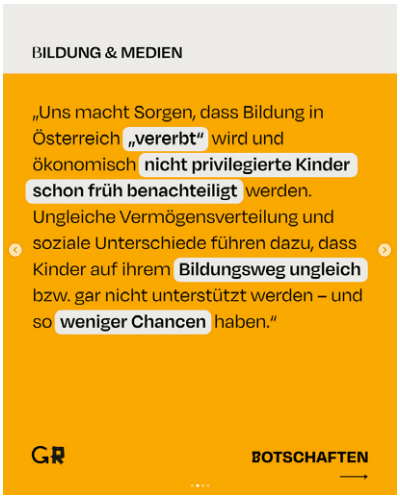
In der untersuchten medialen Berichtserstattung wurde der Diskussion um Leistung, Reichtum und Erbschaften mit rund sechs Prozent ein ähnlicher

Abbildung 8:
Infografik des Guten Rats zum Zusammenhang von Vermögen und Erbschaften



Quelle: Instagram, 31.07.2024 (https://www.instagram.com/p/C-F9GKvvu4m/?img_index=2, Zugriff: 18.02.2025).

Abbildung 9:
Infografik des Guten Rats zum Zusammenhang von Vermögensungleichheit und Bildungschancen



Quelle: Instagram, 19.09.2024 (https://www.instagram.com/p/DAGzo3cNcSp/?img_index=2, Zugriff: 18.02.2025).

Stellenwert wie vonseiten des Guten Rats eingeräumt. Die vom Guten Rat und Marlene Engelhorn geäußerte Kritik an der Rolle von Erbschaften für den eigenen Reichtum und die Stellung in der Gesellschaft wird aufgegriffen und diskutiert. Im *Focus* wird Engelhorn beispielsweise zugespitzt so zitiert, dass sie sich „als ‚hochprivilegierte Bummel-Studentin' [bezeichnet], die eine Gewinnerin in der ‚Geburts-Lotterie' ist" (Focus online, 2024a).

An die Diskursposition des Guten Rats anschließend, wird auch medial die Legitimität von großen Erbschaften problematisiert. In einem Leitartikel der österreichischen Wochenzeitung *Profil* heißt es beispielsweise:

> „Engelhorn hat sich in einem Akt der Emanzipation aus ihrer Rolle als Tochter einer reichen Familie gelöst. Sie hat die Überzeugung gewonnen, das riesige Erbe, das sie als Enkelin der schwerreichen Traudl Engelhorn-Vechiatto angetreten hat, nicht verdient zu haben, weil Erbschaften in ihren Augen keine gesellschaftlich vertretbare Quelle von Reichtum sein sollten. Diesen Grundsatz wendet sie schonungslos auf sich selbst an und beweist damit geradezu Kant'sche Prinzipientreue." (Treichler, 2024)

Der *Spiegel* beschreibt, dass „Engelhorn selbst es nicht fair [findet], dass sie als Millionen-Erbin so viele Vorteile hat im Vergleich zu Menschen, die ihr Leben lang hart arbeiten und nur ein geringes Einkommen haben“ (Beckschebe, 2024). In der *Neue Zürcher Zeitung* wird hervorgehoben, dass sie „für dieses Geld keine Sekunde gearbeitet hat“ und sie seither „die ungerechte Verteilung von Vermögen und auch, dass Reiche nicht ausreichend besteuert würden [kritisiert]“ (Gollmer, 2024).

Gleichzeitig wird die Position des Guten Rats durchaus kritisch rezipiert und eingewandt, dass die Leistungsgerechtigkeit eine wichtige Leitlinie der Gesellschaft ist (siehe dazu die stilisierte Diskursposition 1 in Kapitel 5). Reiche Menschen haben – diesen Einwänden nach – ihr Vermögen durchaus verdient, weil sie selbst dafür „verantwortlich“ waren, indem sie hart arbeiteten oder unternehmerisch erfolgreich waren. Um die Statistiken und Zahlen des Guten Rats zu kontern, die zeigen, dass Vermögen in den meisten Fällen durch Erbschaften zustande kommen, werden Beispiele und Einzelfälle angeführt. So auch im *Spiegel*-Gespräch mit Marlene Engelhorn, in dessen Verlauf das BioNTech-Unternehmen und ihre Gründer*innen aufgegriffen werden, um hohe Vermögen zu rechtfertigen: „Die Gründer Özlem Türeci und Uğur Şahin sind aus einfachen bis soliden Verhältnissen. Sie haben mit ihrem Coronaimpfstoff der Menschheit großen Nutzen gebracht und sind damit zu Multimilliardären geworden. Das ist doch legitim.“ (Diekmann & Kühn, 2024)

Der „Unterbau“ gesellschaftlicher Reichtumsproduktion

Rund zwölf Prozent der Beiträge des Guten Rats schließen an die Diskursposition *Der „Unterbau“ gesellschaftlicher Reichtumsproduktion* (siehe Diskursposition 8 in Kapitel 5) an. Mit dieser Perspektive wird betont, dass ein gelingendes und selbstbestimmtes Leben nicht von den Leistungen und Fähigkeiten einzelner Personen abhängt, sondern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidend sind: Politik, Wirtschaft und Bürger*innen müssen an einem Strang ziehen, um die notwendigen Grundlagen für das alltägliche Leben zu schaffen und zu sichern. Damit bauen das Leben und Fortbestehen aller auf diversen sozialen, kulturellen, politischen und ökologischen Bedingungen – kurz: dem Unterbau – auf. Neben der öffentlichen Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, dem Bildungswesen, rechtlicher Sicherheit und Eigentumsgarantien ist die individuelle Lebensweise und die wirtschaftliche Produktion dabei auch auf die Arbeitskraft und -leistung der abhängig Beschäftigten angewiesen.

In den Veröffentlichungen des Guten Rats geht damit ein kritischer Blick auf hohe Vermögen und „Überreichtum“ einher. Im Gegensatz zu den zwei vorherigen Diskurspositionen wird hier individueller Reichtum grundlegend hinterfragt. Denn: „Reichtum entsteht nie im Vakuum, sondern immer im Austausch mit anderen“ (Guter Rat, 2024a). Marlene Engelhorn führt das in ihrem Mission Statement auf der Homepage des Guten Rats wie folgt aus:

> „Vermögen ist nie eine individuelle Leistung. Vermögen entsteht immer aus der Gesellschaft heraus. Ein paar Menschen werden reich, weil sie anderen ihre Zeit abkaufen und daraus Profit machen. Weil sie ein Patent auf ein Produkt haben, das andere dringend brauchen. Weil sie ein Grundstück kaufen, das mehr wert wird, weil die Gesellschaft Infrastruktur rundherum baut. Weil sie die Umwelt vernichten, um an Rohstoffe zu kommen." (Engelhorn, 2024a)

Auch in Bezug auf ihr eigenes ererbtes Vermögen beschreibt Marlene Engelhorn (2024a): „Mein Reichtum wurde angehäuft […], weil andere Menschen die Arbeit gemacht haben, aber meine Familie das Eigentum am Unternehmen und somit alle Ansprüche auf die Früchte dieser Arbeit mitunter steuerfrei vererben konnte."

In den Positionen des Guten Rats wird der existierende Reichtum einzelner auch in einen Zusammenhang mit der (weltweiten) Armut und Verteilung von Vermögen gesetzt: „Während die fünf reichsten Männer der Welt ihr Vermögen seit 2020 verdoppelt haben, sind fünf Milliarden Menschen ärmer geworden." (Instagram, 31.01.2024)[7] Denn die Vermehrung von Vermögen ist nur möglich aufgrund der Arbeit „von Menschen auf der ganzen Welt, die man bequem ignorieren kann, weil nichts anderes ist es, wenn man zum Beispiel Aktien kauft von Unternehmen, die irgendwo in ihren Lieferketten Menschen ausbeuten" (Reichel, 2024a).

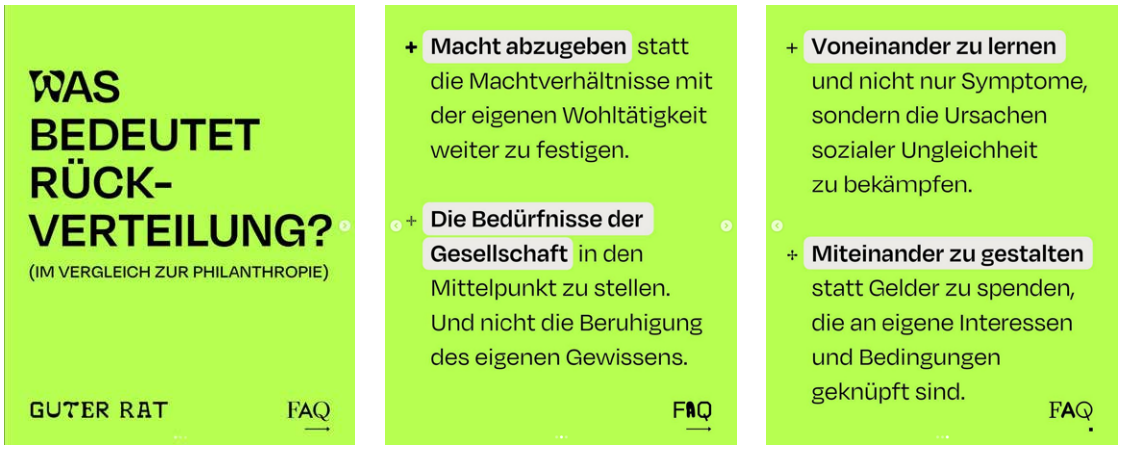
Aus dieser Perspektive auf Reichtum und Ungleichheit folgt auch die Forderung, Vermögen an die Gesellschaft rückzuverteilen – das heißt in dieser Perspektive, dahin zurückzugeben wo es herkommt und eigentlich hingehört:

> „Rückverteilung hingegen orientiert sich an dem Gedanken, dass Vermögen ungleich von der Gesellschaft an einzelne Personen verteilt wurde – und dass große Vermögen ohne die Gesellschaft gar nicht entstehen können. […] Bei der Rückverteilung geht es auch darum, nicht nur die Symptome von Krisen und ungleicher Verteilung ändern zu wollen – sondern auch die Ursachen für ungleiche Verteilung im System. Es geht darum, jenen zuzuhören, die von sozialen und ökologischen Problemen direkt betroffen sind. Und es geht darum, dass man ihnen auch vertraut und sie mitentscheiden lässt, was gute Lösungen sind." (Guter Rat, 2024b)

In der Außenkommunikation des Guten Rats wird auch wiederholt betont, dass „Rückverteilung grundsätzlich etwas anderes als Philanthropie" ist (Guter Rat, 2024b). Auf diesen Unterschied wurde zum Beispiel in Infografiken hingewiesen (Abbildung 10).

7 Instagram, 31.01.2024 (https://www.instagram.com/p/C2xlZwUSX3q/?img_index=1, Zugriff: 18.02.2025).

Abbildung 10:
Infografik des Guten Rats zum Unterschied zwischen Rückverteilung und Philanthropie



Quelle: Instagram, 21.01.2024 (https://www.instagram.com/p/C2XyDYKsVrd/?img_index=1, Zugriff: 18.02.2025).

In dieser Diskursposition wird demnach die demokratiepolitische und gesellschaftspolitische Dimension von Reichtum betont. Es geht darum, die Bedürfnisse der Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen und in einem demokratischen Prozess über Rückverteilung zu entscheiden, statt Ideen und Vorstellungen einer Einzelperson ins Zentrum zu stellen (hier besteht eine Überschneidung zur Diskursposition „Demokratie als Grundlage für Umverteilung“, siehe unten und Diskursposition 9 in Kapitel 5).

Auf die Diskursposition zum *„Unterbau“ gesellschaftlicher Reichtumsproduktion* wird medial in rund 13 Prozent des untersuchten Materials rekurriert (siehe Abbildung 4 in Kapitel 7.2). Gleichzeitig fällt bei einer qualitativen Analyse der Medienbeiträge auf, dass die Positionen des Guten Rats zu dieser Thematik selten tiefgehender diskutiert und kontextualisiert werden. Das äußert sich zum Beispiel dadurch, dass die in der Diskursposition angelegte grundlegende Infragestellung der Legitimität individuellen Reichtums nur selten medial aufgegriffen wird, während sie in der Außenkommunikation des Guten Rats stark vertreten ist. Wenn dieser Aspekt medial vorkommt, dann fast ausschließlich im Rahmen von direkten oder indirekten Zitaten von Marlene Engelhorn. In einem Beitrag des ARD-*Morgenmagazin* wird Engelhorn beispielweise so zitiert:

> „Man könnte zum Beispiel […] endlich mal bitten, dass die Vermögenden ihren Beitrag leis-

> ten, weil die von der öffentlichen Infrastruktur profitieren, wo die Steuergelder schlussendlich hinfließen […]. Spitäler, Schulen für die Fachkräfteausbildung, Grundlagenforschung, all das brauchen Unternehmen, sonst können sie sowieso keinen Gewinn machen. Es kann also nicht sein, dass man nicht etwas zurückgibt von dem Vermögen, das man diesen infrastrukturellen Bedingungen verdankt.“ (ARD Morgenmagazin, 2024)

Auch der Aspekt der Rückverteilung wird medial nur im Rahmen von direkten oder indirekten Zitaten von Marlene Engelhorn rezipiert und wenig über das Schlagwort der „Rückverteilung“ hinaus besprochen. In einem ORF Beitrag heißt es in der Anmoderation beispielsweise: „Marlene Engelhorn setzt sich mit anderen reichen Personen für Erbschafts- und Vermögenssteuern ein. Weil ihr Erbe nicht besteuert wird, will sie ihr Geld anders rückverteilen.“ (ORF, 2024) Ähnlich wird im Ö1 *Journal um 5* über das Ergebnis des Guten Rats berichtet, wenn es heißt, dass sich „Millionenerbin Marlene Engelhorn […] heute zufrieden [zeigt]. Der Großteil ihres geerbten Vermögens werde nun im Einklang mit demokratischen Werten rückverteilt.“ (Ö1, 2024a)

Hinzukommt, dass in der Berichterstattung teilweise subtile Distanzierungen und leichte Abwertungen vorkommen. In folgendem Beispiel, veröffentlicht im *Kurier*, fällt auf, dass der großangelegte und langorganisierte Prozess der Rückverteilung (siehe Kapitel 3) zu einer „Aktion der Rückverteilung“ heruntergespielt wird: „Die in Wien aufgewachsene deutsch-österreichische Aktivistin, Autorin und Millionenerbin, die schon international mit ihrem Kampf für eine Erbschaftssteuer für Schlagzeilen gesorgt hat, startet ihre länger angekündigte Aktion der ‚Rückverteilung‘ ihres Vermögens.“ (Bachner, 2024)

In einem Beitrag des ZDF *heute*, in dem über den Start des Guten Rats berichtet wird, wird durch den kleinen Zusatz „wie sie es nennt“ betont, dass rückverteilen ein Begriff ist, den Marlene Engelhorn verwendet. Damit wird auch klargestellt, dass dieser Begriff – und damit auch die dahinter liegende Idee – keine etablierte und „normale“ Praxis ist: „Die Erbin hat 25 Millionen Euro rückzuverteilen, wie sie es nennt.“ (Hilpert, 2024) Auch wenn diese Beispiele keine offenen und eindeutigen Widerspruch gegenüber Marlene Engelhorn, dem Guten Rat und der dahinterliegenden Idee enthalten, halten wir es doch für relevant auf diese kleinen und subtilen Qualifizierungen und Distanzierungen hinzuweisen. Denn: Sprache schafft Bewusstsein, und dies oft durch implizite und nicht auf den ersten Blick ersichtliche Formulierungen (zu eindeutigeren Kritiken und Abwertungen des Guten Rats siehe die Diskursposition *Kritik am Guten Rat*).

Es gibt jedoch auch Beispiele, in denen die Positionen des Guten Rats ausführlicher diskutiert und im Kontext der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion des „Unterbaus“ eingeordnet werden. So argumentiert Jule Hoffmann in einem *Zeit Online*-Artikel, dass die Wahl des Namens „Guter Rat für Rückverteilung“ bewusst getroffen wurde:

> „Statt des Begriffs der Umverteilung, bei dem ja immer mitschwingt, dass einigen etwas weggenommen wird, steckt in ‚Rückverteilung' schon die Berechtigung und Notwendigkeit, auf die Marlene Engelhorn aufmerksam machen will: Der Reichtum einiger Weniger hängt strukturell zusammen mit dem Prekariat der Vielen." (Hoffmann, 2024)

Insgesamt zeigt sich jedoch, dass in vielen Fällen eine eindeutige Verkürzung der Positionen des Guten Rats zur Diskursposition Der *„Unterbau" gesellschaftlicher Reichtumsproduktion* stattfindet. Die weiterführende, strukturelle Argumentation des Guten Rats, welche individuellen Reichtum in Frage stellt und damit die Forderung und Praxis der Rückverteilung begründet, wird Großteils ausgeblendet.

Demokratie als Grundlage für Umverteilung

Die mit rund 40 Prozent dominierende Diskursposition in der Außenkommunikation des Guten Rats betont die Rolle der *Demokratie als Grundlage für die Umverteilung* (siehe Diskursposition 9 in Kapitel 5) und hebt hervor, dass demokratische Prinzipien und weitreichende Teilhabe unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen entscheidende Kriterien für die Rückverteilung von Vermögen sind. Eine besondere Rolle in der Außenkommunikation des Rats spielte dabei ein breites Verständnis von Inklusivität, also die Einbeziehung sozial, wirtschaftlich und kulturell unterschiedlich verorteter Menschen. Ein solches demokratisches Verständnis wurde immer wieder als Begründung für die Auswahl und Zusammensetzung der Ratsmitglieder angeführt:

> „Die 50 Ratsmitglieder bilden die österreichische Gesellschaft nahezu perfekt ab bezüglich Alter, Einkommen, Geschlechtsidentität, Region und Urbanisierungsgrad, Bildung, Beschäftigung, Migrationshintergrund – und die Einstellung zur Vermögensverteilung." (Guter Rat, 2024e)

Damit die Ratsmitglieder gemeinsame Entscheidungen treffen konnten, waren klare Regeln, ein respektvoller Umgang und Diskussionen auf Augenhöhe entscheidend (siehe Kapitel 3) – Aspekte, die in der Kommunikation des Guten Rats kontinuierlich hervorgehoben wurden. Der Gute Rat betont den Vorrang des Gemeinwohls vor dem individuellen Wohl; woraus Kompromissbereitschaft, Verantwortung und Respekt als Eckpfeiler einer funktionierenden Gesellschaft abgeleitet wurden. In der Abschlusspressekonferenz wurde von zwei der vier anwesenden Ratsmitglieder die Zusammenarbeit und demokratische Aushandlung betont. Ratsmitglied Dietmar Feurstein beschreibt:

> „Demokratie in ihrer besten Form bedeutet für mich oder hat auch für den ganzen Guten Rat […] Zeit und Raum für gegenseitigen Austausch [bedeutet.] […] [D]er respektvolle Umgang miteinander und […] die Konsententscheidung, dass nicht eine Gruppe die andere Gruppe überstimmt, […] war für mich

ein Schlüssel für einen Erfolg.“ (Guter Rat, 2024c)

Ratsmitglied Kyrillos Gadalla hat besonders beeindruckt

> „wie wir gemeinsam, eine Gruppe von 50 unterschiedlichen Personen, ganz konstruktiv fair und auf Augenhöhe diskutiert haben und Entscheidungen getroffen haben. Es ist für mich persönlich auch ein großes, ein starkes Zeichen, dass wenn es wirklich nur um die Sache geht und nicht um politische Machtspiele, es sehr wohl möglich ist, Lösungen zu finden und Kompromisse zu schließen, womit alle leben können.“ (Guter Rat, 2024c)

Die Vielfalt und Zusammenarbeit des Rats spiegeln sich auch in seinen Entscheidungen wider: „Das Ergebnis ist so divers wie der Rat selbst. Es wurden Organisationen unterstützt, die direkt Betroffene unterstützen oder die Ursachen des Problems bekämpfen.“ (Guter Rat, 2024e)

Eine weitere Säule der demokratischen Deliberation ist der Zugang zu *guten* Informationen. Dieser ermöglicht es den Mitgliedern eines demokratischen Prozesses, komplexe Entscheidungen zu treffen. Der Unterschied zwischen *guter* Information und Lobbying liegt dabei in der primären Absicht, Perspektiven zu erweitern, anstatt sie zu beeinflussen. Informiertheit und möglichst große Unabhängigkeit sind demnach Voraussetzungen für tatsächliche, deliberative demokratische Prozesse.

Diesbezüglich betonte Ratsmitglied Kyrillos Gadalla in der Abschlusspressekonferenz:

> „Ich finde das war ja das Schwierige an der Sache. Es war eine freie Wahl. Wir wurden nicht beeinflusst durch die Vorträge, ganz im Gegenteil. Es hat sich einfach nur viel besser angefühlt, Vorträge anzuhören. Man wurde extrem viel informiert, weil, wie gesagt, wir sind 50 zufällig ausgewählte Personen und nicht jeder hat sich ausgekannt und die Vorträge haben uns einfach nur unterstützt, informiert über das Thema zu sein.“ (Guter Rat, 2024c)

Insgesamt präsentierte sich der Gute Rat damit in seiner Kommunikation als Vorbild für deliberative Prozesse und betonte das Potential partizipativer Bürgerräte als wichtige Lernerfahrungen für eine gelebte Demokratie. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass diese Aktivitäten dazu beitragen, eine offene und produktive Debatte über kritische Themen zu fördern, mit denen die Gesellschaft konfrontiert ist.

Medial wurde die Diskursposition *Demokratie als Grundlage für die Umverteilung* in rund jedem vierten Beitrag (26 Prozent) aufgegriffen. Sie nahm damit anteilig zwar deutlich weniger Gewicht ein als in der Außenkommunikation des Guten Rats, stellt jedoch die medial am häufigsten transportierte Diskursposition dar. Inhaltlich

wurde dabei insbesondere die Zusammensetzung des Guten Rats und die demokratische Arbeitsweise aufgegriffen. In einem *Deutschlandfunk Nova*-Beitrag wird der Gute Rat wie folgt beschrieben: „Aber sie verteilt das Geld nicht einfach selbst, sondern stellt ein Gremium zusammen. 50 Menschen, die Österreich im Kleinen abbilden sollen. Die sollen entscheiden, wie das Geld am besten für die Gesellschaft eingesetzt werden kann." (Potthoff, 2024) Im Ö1 *Abendjournal 18 Uhr* kam beispielsweise Angelika Taferner wie folgt zu Wort: „Mich hat auch besonders beeindruckt, wie wir gemeinsam, eine Gruppe von 50 unterschiedlichen Personen, ganz konstruktiv, fair und auf Augenhöhe diskutiert haben und Entscheidungen getroffen haben." (Ö1, 2024b)

In einem *Spiegel*-Interview wiederrum beschreibt der Journalist Erwin Hitzler, dass „der Gute Rat repräsentativ für Österreich stehen [soll]. Konservative, Linke, Leute aus der Stadt, vom Land." Und fragt die Ratsmitglieder Kyrillos Gadalla und Burcu Dogan: „Wie haben Sie sich geeinigt, wenn sie unterschiedlicher Meinungen waren?" Burcu Dogan beschreibt die demokratischen Aushandlungsprozesse wie folgt:

> „Bevor der Gute Rat begonnen hat, habe ich mir eigentlich schon gedacht, dass es sehr große Diskussionen und Streitereien geben wird. Ich war dann sehr überrascht, weil ich gar keine riesigen Diskussionen erlebt habe. Wir waren damit beschäftigt, nach Organisationen zu recherchieren, an die wir spenden wollen. So wie Marlene uns vertraut hat, haben wir uns untereinander vertraut." (Hitzler, 2024)

Es zeigen sich allerdings auch Unterschiede in der medialen Berichterstattung mit Hinblick auf den Fokus zwischen einzelnen demokratischen Kriterien. Den prozeduralen und strukturellen Themen deliberativer Demokratie (Inklusivität, Lerneffekte durch Teilnahme an demokratischen Entscheidungen, Transparenz und Informiertheit) wurde in den Medien weit weniger Bedeutung beigemessen, als dies in der Außenkommunikation des Guten Rats der Fall war. Nur in ausgewählten Beiträgen wurde die demokratische Dimension des Guten Rats in einen breiteren Kontext gesetzt. Eine Ausnahme ist ein *Deutschlandradio Kultur*-Beitrag, in welchem Marlene Engelhorn den Hintergrund und die demokratiepolitische Intention des Guten Rats erläutert:

> „Und dann dachte ich mir, wenn ich Demokratie einbinden will in diese Entscheidung, und es gibt dieses wundervolle Instrument der BürgerInnenräte, dann kann man das doch versuchen und mal zeigen, was alles passieren kann, wenn man es ernst meint damit Macht und Ressourcen zu teilen und diese Entscheidung abzugeben. […] Ich allein könnte nie so gut entscheiden, wie diese 50 […] Personen." (Deutschlandfunk Kultur, 2024)

Bezüglich des demokratischen Charakters des Guten Rats thematisierten die Medien immer wieder die Frage nach der Unabhängigkeit des Gremiums. Einerseits wurde Marlene Engelhorn

direkt oder indirekt mit ihrer Aussage zitiert, dass sie keinen Einfluss auf das Ergebnis habe. Gleichzeitig wurde angemerkt, dass eine Einflussnahme durch die Initiatorin zu befürchten sei (siehe dazu auch die Diskursposition *Kritik am Guten Rat* weiter unten).

Insgesamt wird eine allgemeine Tendenz der medialen Berichterstattung deutlich, vergleichsweise oberflächliche machtpolitische Erwägungen gegenüber grundlegenderen, systemischen Fragen demokratischer Entscheidungsfindung zu betonen.

Systemversagen

Die mit rund 17 Prozent dritthäufigste Diskursposition in der Außenkommunikation des Guten Rats ist die Position des *Systemversagen*. Diese schließt an die vorherige Perspektive über die demokratischen Grundlagen der Rückverteilung an, bildet jedoch eine eigenständige Position (siehe Kapitel 6). In dieser attestiert der Gute Rat staatlicher Regulierung systemische Fehlentwicklungen: Statt Bürgerräte und eine breite demokratische Basis vermögenspolitischer Entscheidungen zu berücksichtigen, hätten wechselnde Regierungen im deutschsprachigen Raum die zunehmende Vermögenskonzentration bislang ignoriert und keine politischen Maßnahmen gegen diese getroffen. Damit untergraben diese Regierungen grundlegende Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie – etwa die Sicherung eines Mindestmaßes an materieller und demokratischer Gleichheit sowie die Erfüllung gesellschaftlicher Moralvorstellungen von Leistungsgerechtigkeit und Egalität. Im Mission Statement von Marlene Engelhorn (2024a), das der Homepage des Guten Rats beigefügt wurde, heißt es: „Es wäre die Aufgabe der Politik, unser Miteinander so zu organisieren, dass die Geburt nicht darüber entscheidet, ob wir ein gutes Leben haben. Es wäre also auch die Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass alle, die mehr beitragen können, mehr beitragen."

Andernfalls würde ein Zustand akzeptiert, der langfristig eine gesellschaftszersetzende Wirkung entfalte. Als Lösung wird daher ein anderes gesellschaftliches Verständnis von Reichtum gefordert, welches von einer gesellschaftlichen Verantwortung reicher Personen ausgeht, und diese staatlich durchsetzt. Alternativ wurde auch eine harte Obergrenze für Reichtum als Pendant zur Armutsgrenze ins Spiel gebracht, wie es beispielsweise im Podcast mit Daniela Brodesser formuliert wird:

> „Also es sollte meiner Meinung nach keine Menschen geben, die viele Millionen haben und dadurch Einfluss auf Politik und auf all das Mögliche, auf Medien nehmen können. Wir wissen, wie die Medienlandschaft in Österreich ausschaut. Also da war ich wirklich für eine Obergrenze. Radikale Utopie aber ein bisschen Radikalität ist in radikalen Zeiten hier angebracht". (Reichel, 2024b)

Auch in den Medien wurde die Diskursposition *Systemversagen* breit rezipiert (13 Prozent). Dabei stand insbesondere Marlene Engelhorns Kritik am Versagen der Regierungen, durch Erbschafts- und Vermögenssteuern existierende

Ungleichheiten zu reduzieren, im Zentrum. Ein Beispiel ist ein ARD *Morgenmagazin*-Beitrag, in dem es heißt: „Ihre Aktion ist auch eine Kritik an der österreichischen Regierung, die keine Erbschaftssteuer erhebt. Engelhorn findet das ungerecht." (ARD Morgenmagazin, 2024)

In einem Beitrag auf *Focus online* wurde Engelhorns Kritik wie folgt wiedergegeben: „Der Politik fehlt der Mut, sich gegen meine Klasse der Hochvermögenden zu positionieren". (Wolfsgruber, 2024) Auf *Zeit Online* wird Engelhorns Kritik hinsichtlich der historischen Entwicklung von Erbschafts- und Vermögenssteuern kontextualisiert:

> „In Österreich wurde die Erbschafts- und Schenkungssteuer 2008 aufgehoben, eine Vermögenssteuer gibt es schon seit 1993 nicht mehr. Eine alleinerziehende Mutter werde daher ab 11.000 Euro Nettoeinkommen pro Jahr mit 20 Prozent besteuert, sagt Engelhorn, und sie selbst bekomme ihr Millionenerbe einfach geschenkt. Auch hier in Deutschland wird seit 1997 keine Vermögenssteuer mehr erhoben. Und was der deutsche Staat pro Jahr an Erbschafts- und Schenkungssteuer einnimmt, macht gerade mal etwas mehr als ein Prozent des gesamten Steueraufkommens aus. Dabei werden in Deutschland Schätzungen zufolge jährlich etwa 400 Milliarden Euro vererbt." (Hoffmann, 2024)

Ebenso wie der Gute Rat in seiner Außenkommunikation, werden auch medial Auswirkungen des konstatierten Systemversagens thematisiert, die über den engen Bereich der Vermögensungleichheit hinausgehen. So wird beispielsweise konstatiert, dass durch eine fehlende Besteuerung auch eine Möglichkeit verschenkt wird, effektive Maßnahmen gegen die Klimakrise zu finanzieren:

> „Und wir haben die Möglichkeit, durch politische Entscheidungen einzugreifen und zu sagen, hey, du bist überreich du kannst auf jeden Fall einen Beitrag leisten. Hier ist deine Vermögenssteuer, zahl die und damit retten wir das Klima. Weil wir wissen auch, überreiche Menschen konzentrieren Vermögen. Also dort ist wahnsinnig viel Vermögen geparkt. Sie hätten das Geld dazu, echt viel umzusetzen, aber sie machen es nicht. Anscheinend muss man die Verpflichtung doch wieder in der Öffentlichkeit und bei der zivilgesellschaftlichen engagierten Bevölkerung suchen." (Potthoff, 2024)

Auch in dieser Diskursposition zeigen sich deutliche Unterschiede in der Verwendung und Aufbereitung der enthaltenen Argumente. Während sie in der Außenkommunikation des Guten Rats die Basis für weitergehende Überlegungen zu systemischen Veränderungen im Sinne einer (Re-)Demokratisierung von Reichtum bildet, wird sie in der Medienberichterstattung als Position dargestellt, die einer weitergehenden Diskussion und Einordnung bedarf. Dementsprechend war die mediale Berichterstattung auf die Darlegung und Erläuterung aller verschiedenen Dimensionen systemischen Versagens fokussiert, die in entsprechenden

wissenschaftlichen, medialen und politischen Debatten aufkommen.

Systembewahrend: Vermögende tragen positiv zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung bei

Spiegelbildlich zur kritischen Perspektive auf Reichtum und dessen hoher Ungleichverteilung in der Gesellschaft finden wir in der medialen Debatte auch eine systemverteidigende Diskursposition, die sich mit der stilisierten Diskursposition 3 deckt (siehe Kapitel 5) und zu der sich kein Pendant in der Außenkommunikation des Guten Rats finden lässt. Diese Position wendet sich gegen kritische Perspektiven auf Reichtum, indem die positiven Aspekte von Vermögen und die positive Rolle von Vermögenden hervorgehoben werden. Sie macht rund sechs Prozent der Medienbeiträge aus. Dabei wird betont, wie wichtig und vielschichtig der gesellschaftliche Beitrag von reichen Einzelpersonen ist. Systemische Kritik an „den Reichen" wird damit angesichts der gelebten gesellschaftlichen Verantwortung und des freiwilligen Engagements einzelner Vermögender für Land und Gemeinden als unangemessen und unfair beklagt.

So wird beispielsweise in einem Kommentar im *Standard*, welcher den Titel „Frau Engelhorn, schenken geht auch leise" trägt, ausgeführt:

> „Zudem übersieht man offensichtlich jene Reichen, die ohne Bahö[8] Obdachlosenhilfen unterstützen, Künstlerinnen Ateliers finanzieren, Museen-Sammlungen erweitern, Galerien durch Käufe das Überleben garantieren, Musikfestivals und Theater für alle das ganze Jahr über erschwinglich werden lassen. Herrgott, ist der Zorn auf die Reichen so groß, dass man darüber das parlamentarisch-staatspolitische Denken vergisst?" (Wallnöfer, 2024)

Ähnlich wird in einem Gastbeitrag in der *Presse* betont, wie wichtig das Engagement Vermögender im gesundheitlichen und demokratiepolitischen Bereich ist:

> „Die Malariabekämpfung, von der Staatengemeinschaft grob vernachlässigt, erhielt erst durch die Milliardenunterstützung der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung den Antrieb, der jetzt zur ersten verfügbaren Malaria-Impfung und zu vielen anderen Maßnahmen führte. Das von George Soros finanzierte Open Society Institute war und ist in vielen Staaten eine der wenigen Stellen, die für die Stärkung schwächelnder Demokratien eintritt. […] Die Liste der Aufgaben, die mithilfe privaten Vermögens wesentlich vorankommen könnten, ist lang." (Loidolt, 2024)

Neben den positiven Effekten von Reichtum wird auch eine Komplementarität von öffentlichen Mitteln und privaten Geldern betont. Felix Oldenburg, Gründer des Fintech-Unternehmens Because und ehemaliger Leiter des Bundesver-

8 Bahö bedeutet „Aufsehen" oder „Aufhebens" und ist ein ursprünglich in Nordostösterreichisch, heute aber auch im gesamten österreichischen Sprachraum verwendeter Ausdruck.

bands Deutscher Stiftungen, führt im *Deutschlandfunk Nova*-Gespräch aus, dass privates Geld „andere Dinge tun [kann] als staatliches Geld". Privates Geld kann „höhere Risiken eingehen, kann auch Nischen fördern, die vielleicht durch demokratische Mehrheiten noch nicht zustande kommen, kann Vorbildwirkung haben." Diese Komplementarität solle man „nicht gegeneinander ausspielen" (Potthoff, 2024). Als ein Beispiel führt Felix Oldenburg die Philanthropin Ise Bosch an, die:

> „vor 25 Jahren schon LGBTQ, also gleichgeschlechtliche und queere Lebenspartnerschaften gefördert [hat]. Das wäre damals keinem Parlament eingefallen und heute gibt es dafür auch staatliche Förderprogramme. Also privates Geld kann und darf und soll Dinge tun, die staatliches Geld nicht tun kann. Deshalb brauchen wir mehr." (Potthoff, 2024)

Darüber hinaus wird betont, dass Reichtum nicht nur positive Effekte für die Gesellschaft habe, sondern im Sinne der ökonomischen Freiheit auch legitim und sogar notwendig sei. Exemplarisch kann hier auf einen Auszug aus einem *Spiegel*-Interview mit Engelhorn verwiesen werden: „Sie bezeichnen Überreichtum als undemokratisch. Aber es ist doch umgekehrt: Die wirtschaftlichen Freiheiten gehören unabdingbar zur Demokratie. Und damit auch die Möglichkeit, reich zu werden."[9] (Diekmann & Kühn, 2024)

Mit der Betonung der positiven Aspekte von Reichtum und der wichtigen Rolle von Vermögenden geht auch die Forderung nach mehr Respekt vor der (Lebens-)Leistung reicher Personen einher. So wird im *Standard* kritisiert, dass Marlene Engelhorn einen „linken Populismus" befeuere, der „mit seinem pauschalen Urteil alle Reichen als raffgierig dämonisiert" (Wallnöfer, 2024). Etwas weniger zugespitzt aber in gleicher inhaltlicher Stoßrichtung wird im *Spiegel*-Gespräch mit Engelhorn eingewandt: „Sie blenden aus, wie schwer es Unternehmer mitunter haben. Der Architekt, der in der Baukrise ohne Aufträge dasteht, aber seine Mitarbeiter bezahlen muss. Das Restaurant, das dichtmacht, weil Personal fehlt." (Diekmann & Kühn, 2024)

Auffallend ist dabei, dass in dieser Diskursposition meist ‚klassische' Geschichten mittelständischen Unternehmertums bemüht werden, um Respekt, Verständnis und sogar Mitgefühl für die Leistung vermögender Personen einzufordern. Das diese Argumentation an der grundlegenden Kritik des Guten Rats an ererbtem Vermögen, mangelnder demokratischer Kontrolle und eines ausgehöhlten meritokratischen Leitgedankens vollkommen vorbei geht, bleibt dabei meist unreflektiert.

9 Der weitere Gesprächsverlauf im *Spiegel* ist dann ein typisches Beispiel dafür, mit welchen Allgemeinplätzen und Plattitüden oft auf die Infragestellung von Reichtum und Ungleichheit reagiert wird:
„Engelhorn: Im Kapitalismus ist das so. Aber der ist nicht automatisch demokratisch.
SPIEGEL: Wollen Sie den Kapitalismus abschaffen?
Engelhorn: Der aktuelle Kapitalismus hat bewiesen, dass er nicht läuft, ohne Menschen auszubeuten und die Natur zu vernichten.
SPIEGEL: Was ist Ihre Alternative? Sozialismus?" (Diekmann & Kühn, 2024)

Darauf aufbauend wird auch die geäußerte Kritik am politischen System und an der existierenden Regulierung zurückgewiesen und stattdessen der Status Quo verteidigt. Beispielsweise wird eingewandt, dass die Forderung nach Erbschafts- und Vermögenssteuern gesellschaftlich gar nicht so beliebt sei, wie vom Guten Rat beschrieben. Im Interview mit dem *Tages-Anzeiger* heißt es, dass die Schweizer*innen eine höhere Besteuerung mehrmals abgelehnt haben: „Zuletzt 2015 die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer: Diese wurde mit 70 Prozent der Stimmen verworfen. Sind Sie sicher, dass tatsächlich eine Mehrheit höhere Steuern für Reiche will?“ (Marti, 2024)

Neben der Unbeliebtheit wird weiterhin eingewandt, dass Vermögenssteuern schwer umzusetzen sind, da viele rechtliche, administrative und ökonomische Hürden im Wege stehen (hier zeigen sich Überschneidungen mit der stilisierten Diskursposition 4 in Kapitel 5). Im Beitrag „Frau Marlene Engelhorn, denken Sie einmal nach“[10] in der *Presse* wird exemplarisch für diese Position ausgeführt:

> „Die Forderung nach einer gerechten Besteuerung der Supereichen, wie sie auch Andreas Babler wortstark vorträgt, hat mehrere Haken. […] Eine Vermögensteuer käme einer Haushaltsabgabe gleich, weil die Besteuerung aufgrund des Wohnsitzes in Österreich erfolgt, bei gleichzeitig großen Auslandsvermögen. Das ist sozialistischer Fiskalimperialismus: Um Gerechtigkeit im Inland herzustellen, wird Vermögen, das im Ausland gelegen ist, besteuert.“ (Luigi, 2024)

In der Essenz wird Umverteilung in dieser Position damit als valide politische Maßnahme bereits im Vorhinein disqualifiziert. Dabei wird auf eine Reihe etablierter Argumente über Vermögensteuern zurückgegriffen, die nicht nur eine grundlegende Skepsis gegenüber staatlicher Handlungsfähigkeit aufweisen, sondern jeglichen staatlichen Maßnahmen auch ein latentes Misstrauen entgegenbringen.

Kritik am Guten Rat

Jeder sechste Beitrag, rund 17 Prozent, in der Medienberichterstattung gaben eine Diskursposition wieder, die als *Kritik am Guten Rat* subsumiert werden kann – während der Rat diese Position naturgemäß kaum thematisiert (0,5 Prozent).[11] Diese Position kritisiert den Guten Rat auf drei miteinander verschränkten Ebenen. Zum einen werden die Ziele und Motive Marlene Engelhorns in Frage gestellt. Marlene Engelhorn wird dabei insbesondere von *Der Welt* und der *Kronen Zeitung* vorgeworfen, dass sie die immergleiche Forderung – stärker besteuert zu werden – nur wiederhole, um damit Aufmerksamkeit zu erhaschen.

10 Zum belehrenden Titel des Beitrages passt auch der abschließende, herablassende Satz: „Ich glaube, das verstehen Sie zwar nicht, aber vielleicht denken Sie einmal nach.“ (Luigi, 2024)

11 Auf die in dieser Position vonseiten der Medien aufgeworfene Kritik wurde an einigen Stellen vom Guten Rat und/oder Marlene Engelhorn eingegangen und entsprechende Gegenargumente vorgebracht. In der Berichterstattung finden wir diese Antworten auf bestehende Kritik oft nicht wieder.

In der *Kronen Zeitung* wird beschrieben, dass die ,,Ich bin so reich – Holt mich da raus-Aktivistin" Engelhorn mit ihrer „Millionen-Show" durch „Österreich, Deutschland und diverse TV-Studios" tingelt (Kronen Zeitung, 2024). Auf ähnlich zugespitzte Art heißt es in einem *Welt*-Artikel, dass sich seit 2021 „vieles dramatisch verändert" hat. Außer „die Nachrichtenlage rund um die Millionenerbin" Marlene Engelhorn, welche sich „bis heute als auf den ersten Blick bemerkenswert veränderungsresistent" erweist. Der Artikel beschreibt weiter, dass „seit nunmehr fast drei Jahren […] also immer mal wieder Murmeltier-Tag [ist], immer wieder möchte Marlene Engelhorn ihre Millionen verschenken" (Höfling, 2024). Damit wird der Eindruck erweckt, Marlene Engelhorn gehe es nicht wirklich um ihre inhaltlichen Forderungen, sondern um die mediale Aufmerksamkeit. Auch in einem Kommentar im *Standard* werden Formulierungen gewählt, die die Ziele und Integrität Engelhorns in Frage stellen und ihr stattdessen eine Affinität zur Show und zum Heldentum bescheinigen:

> „Aktuell lässt sich BASF-Millionenerbin Marlene Engelhorn dafür feiern, dass sie den Großteil ihres Erbes verteilt. Allerlei Claqueure versüßen ihr auf diesem Wege, Last und Verantwortung für ihr familiäres Erbe loszuwerden. Doch will jenen, die derlei für heroinenhaft halten, die politische Dimension des Gnadenaktes vorgehalten werden." (Wallnöfer, 2024)

Auch Engelhorns Forderungen zu einer höheren Erbschafts- und Vermögenssteuer werden in der *Presse* als „recht einfach gestrickte[n] Ansichten" abgetan. Nur weil sie „herschenkt", habe sie nicht die „besseren Argumente" (Zirm, 2024).

Eine zweite Ebene der Kritik zielt statt auf Engelhorn auf den Guten Rat ab, indem der Rat selbst oder der Prozess als unzulänglich und undemokratisch abgetan wird, mit dem Ziel, dessen Legitimität zu untergraben. Statt über das Zustandekommen und die Repräsentativität des Guten Rats zu berichten, wird dieser als undemokratisch beschrieben. In einem Artikel der *Kronen Zeitung* wird berichtet, dass Engelhorns Erbe bei einem „Geheim-Treffen" in einem „Stadt-Hotel" „verteilt werden soll" (Kronberger, 2024a). Direkt am nächsten Tag wird in derselben Zeitung eine Beschreibung des Hotels nachgeliefert:

> „Ein modernes Konferenzhotel, vier Sterne in der Hotel-Bewertung und fünf Seminarräume. Verkehrsgünstig in der Alpenstraße in der Stadt Salzburg gelegen, dennoch ruhig. In der hoteleigenen Parkanlage kann man kurz durchschnaufen. Der richtige Ort, um sich Gedanken zu machen, wie man ein Vermögen von 25 Millionen Euro neu und gerecht verteilt." (Kronberger, 2024b)

Damit wird der Rat als illegitimes Forum dargestellt, das in elitärer, abgehobener Manier über die Verteilung des Millionenerbe bestimmt; der demokratische und partizipative Charakter findet keine Erwähnung. Eine ähnliche Suggestion erzeugt der Begriff „Schattendemokratie", mit welchem die *Kleine Zeitung* den Prozess rund um den Guten Rat bezeichnet (Haas, 2024). Darüber

hinaus weist dieses Wording auf einen engen, auf formale staatliche Institutionen beschränkten Demokratiebegriff der Kritiker*innen hin. Gewarnt wird folglich auch davor, dass solche Strukturen die existierenden demokratischen Institutionen zu ersetzen drohen. Der stellvertretende Direktor des wirtschaftsliberalen Think Tanks Agenda Austria, Hanno Lorenz, gibt diese Position beispielhaft in einem Interview im ORF wieder:

> „Ja, wenn man sagt, man fordert eine Vermögens- oder eine Erbschaftssteuer und gleichzeitig sein Geld aber nicht im Staat spendet, das zeigt uns natürlich auch was, und zwar, dass offenbar die Frau Engelhorn eben nicht das Vertrauen hat, dass der Staat das Geld dann sinnvoll auch einsetzt, sondern sie gibt es eben einer gegründeten Institution, die dann [...] überlegen soll, was das Beste wäre." (ORF1, 2024)

Innerhalb der Diskursposition *Kritik am Guten Rat* wird dieser immer wieder als philanthropisches Unterfangen dargestellt. Entsprechende Beiträge beschreiben den Guten Rat als eine „Spende" (Peterlik, 2024) oder ein „Geschenk" (Focus online, 2024b) Engelhorns und untergraben damit dessen demokratiepolitische Dimension.

Darüber hinaus wird das Ergebnis des Guten Rats delegitimiert, in dem es als nicht effektiv beschrieben wird. Der Gute Rat war demnach ein kostspieliges Unterfangen mit wenig nachhaltigem Ertrag. Durch den Fokus auf viele verschiedene Einzelprojekte handele es sich um eine wenig effektive Umverteilung mit der „Gießkanne", welche weder zu mehr Gerechtigkeit noch zu niedrigerer Vermögensungleichheit führe:

> „Schließlich wird die Vermögensverteilung in Österreich dadurch auch nicht gerechter. Natürlich kann man das auch kritisch sehen, werden die Millionen doch quasi per Gießkanne auf ganz viele Initiativen und Organisationen verteilt, was durchaus wahllos erscheint." (Busse, 2024)

In Frage gestellt wird auch, inwiefern der Gute Rat ein Vorbild für andere Superreiche und die Rückverteilung von großen Vermögen sein könne: „Es war ein drei Millionen Euro teurer Prozess für ein unspektakuläres Ergebnis. Eine Mischung aus Wohlfahrtsorganisationen, karitativen Einrichtungen und Lobbying-Vereinen wurde ausgewählt." Darunter seien sicherlich viele förderwürdige Projekte, aber „die Schwarmintelligenz hat keine große Idee, keine Vision hervorgebracht" (Peterlik, 2024).

Ein weiterer Aspekt der medialen Kritik an der Arbeit des Guten Rats ist die Frage, inwiefern das Ergebnis der Ratsarbeit durch das Organisationsteam und die eingeladenen Expert*innen beeinflusst wurde. Diese Position wird teilweise explizit gemacht und teilweise insinuiert. So wird im *Profil* berichtet, dass der gewerkschaftsnahe Thinktank „Momentum Institut" 1,2 Millionen Euro erhält. Anschließend wird ergänzt, dass „[d]ie Projektleiterin des Guten Rats, Alexandra Wang, für die Großspender:innen beim Momentum Institut zuständig [war], bevor sie bei En-

gelhorn direkt anheuerte“ (Peterlik, 2024). Die finanzielle Zuwendung an das Momentum Institut, so die Suggestion des Artikels, sei also nicht allein aufgrund inhaltlicher Übereinstimmungen erfolgt, sondern durch persönliche Verbindungen beeinflusst (dieser Vorwurf wurde sowohl vom Momentum Institut als auch vom Organisationsteam und den Ratsmitgliedern öffentlich zurückgewiesen).

In eine ähnliche Kerbe schlägt Julia Friedrichs (2024) in einem längeren Beitrag für *Die Zeit*. Nach einer Beschreibung des Guten Rats, seiner Mitglieder und Ziele lenkt sie den Fokus auf das Organisations- und Moderationsteam, welches „die Sitzungen [lenkt] und über die Tagungsordnung [entscheidet]“. Im weiteren Verlauf des Artikels werden dann immer wieder Szenen beschrieben, die illustrieren wie das Organisations- und Moderationsteam auf die Strukturen und Prozesse Einfluss nahm und damit auch auf die Ergebnisse des Guten Rats einwirkte. An einer Stelle resümiert Friedrichs, dass „Wochenende um Wochenende sich ein merkwürdiger Widerspruch [zeigt]: Engelhorn wollte doch die Macht über ihr Vermögen abgeben, aber immer wieder erwähnt das Team in Diskussionen, dass Engelhorn dieses besonders gern oder jenes gar nicht gewollt habe.“ An anderer Stelle wird problematisiert, dass keine Wissenschaftler*innen eingeladen wurden, die die existierende Ungleichheit als unproblematisch analysieren.[12]

7.3 Einordnung der Außenkommunikation des Guten Rats

Nach einer vertieften Rekonstruktion der Diskurspositionen in der Außenkommunikation des Guten Rats im vorherigen Abschnitt, wollen wir diese nun in eine breitere Perspektive einordnen. Die Außenkommunikation rückt, wie gezeigt, insbesondere kritische Diskurse zur Vermögensungleichheit in den Vordergrund und damit alternative, oft randständige Perspektiven auf Reichtum und überreiche Personen.

Ein zentrales Merkmal der Kommunikationsstrategie des Guten Rats ist es, die grundlegende Infragestellung der existierenden Ungleichheit und des hohen Reichtums einzelner Personen mit einer Kritik am existierenden (politischen und ökonomischen) System zu verbinden. In Anlehnung an die stilisierte Diskursposition 5 *Hohe Vermögen sind unfair, wenn diese nicht auf Leistungsgerechtigkeit basieren* wird das Fehlen von meritokratischen Werten in unserer heutigen Gesellschaft als großer Makel hervorgehoben, was insbesondere durch die wichtige Rolle von vererbtem Vermögen für die gesellschaftliche Stellung von Individuen und sozialen Gruppen zustande kommt. Dies ist im Prin-

12 Dies scheint wie eine False-Balance-Forderung, da es in der wissenschaftlichen Ungleichheitsforschung kaum ernstzunehmende Stimmen gibt, die bestehende Ungleichheit verharmlosen oder als unproblematisch darstellen. Zwar existiert eine breite Diskussion über unterschiedliche Methoden und theoretische Ansätze, jedoch herrscht weitgehender Konsens darüber, dass Ungleichheit als gesellschaftliches Problem betrachtet werden muss.

zip eine argumentative Unterstützung für die Idee, den individuellen Beitrag zur Gesellschaft zu belohnen.

Gleichzeitig bleibt der Gute Rat nicht bei dieser Argumentation stehen, sondern verschiebt mit der zentralen Diskursposition 8 *Der „Unterbau" gesellschaftlicher Reichtumsproduktion* bewusst den Fokus vom Individuum hin zum Kollektiv. Ausgehend von der Feststellung, dass individueller Reichtum immer auf einer gesellschaftlichen und ökologischen Grundlage (dem „Unterbau") fußt, macht der Gute Rat dieses meist ignorierte Fundament, das unser gegenwärtiges System trägt und am Laufen hält (etwa durch die existierende Infrastruktur, die geleistete Care- und unterbewertete Arbeit oder durch die ökologischen Grundlagen), sichtbar. Der Gute Rat stellt dadurch die Anhäufung von individuellem Reichtum *überhaupt* auf den Prüfstand. Dies geht weit über die typische meritokratische Kritik hinaus, die sich auf spezifische illegitime Formen der Reichtumsanhäufung, wie zum Beispiel Erbschaften, konzentrieren. Darüber hinaus steht in dieser Diskursposition auch die Frage der strukturellen Abwertung dieses Unterbaus im Vordergrund – einschließlich der systemischen Herabwürdigung und Ausgrenzung eben derjenigen Personen, die die Arbeiten an den Fundamenten der Gesellschaft leisten.

In Verbindung mit der Kritik an der Leistungsgesellschaft zeigt der Gute Rat damit nicht nur das Versagen des herrschenden Systems auf, sondern macht auch darauf aufmerksam, *warum* das so ist. So delegitimiert der Gute Rat die Idee der Leistungsgesellschaft, genau wie die individuelle Anhäufung von Reichtum jeglicher Art, als Ideologie und Mythos und fordert damit einen Wandel hin zu einem kollektiven Verständnis wirtschaftlicher Produktions- und Lebensweisen. Dies bietet eine neue Perspektive auf Alternativen zur Beseitigung systemischer Ungleichheit, eine Perspektive, die sich auf eine Wiederbelebung des Unterbaus konzentriert, um so das kollektive Wohlergehen zu verbessern.

In der Kommunikation des Guten Rats wird darüber hinaus auch der Zusammenhang zwischen Macht, Reichtum und Demokratie ausdrücklich hervorgehoben. Die Argumentation stützt sich hier in weiten Teilen auf die stilisierte Diskursposition 7 *Hohe Vermögen sind gesellschaftlich schädlich*. Ausdruck findet hier inbesondere die Feststellung eines asymmetrischen Machtverhältnisses, das unweigerlich mit der Existenz großer Ungleichheiten einhergeht und sich in der Fähigkeit einiger Vermögender ausdrückt, übermäßig Einfluss nehmen zu können (etwa durch Lobbyarbeit, Einflussnahme auf die Regulierung und die Kontrolle von Institutionen und Medien). In seiner Kommunikation macht der Gute Rat deutlich, dass diese Machtasymmetrien demokratische Prozesse gefährden, auch durch die geringe Repräsentation und Entmündigung von weniger mächtigen Akteuren. Die illegitime Handlungsmacht Überreicher und ihre daraus resultierende Fähigkeit, sich in demokratische Gesellschaften einzumischen und diese nach den eigenen Präferenzen und Vorstellungen zu gestalten, wird problematisiert.

Die Außenkommunikation des Guten Rats verknüpft beide Punkte, die Problematisierung von Macht und die Hervorhebung des Unterbaus, in der Diskursposition *9 Demokratie als Grundlage für Umverteilung*. Deliberative und partizipatorische demokratische Prozesse werden als Lösung für illegitime Machtkonzentrationen in der Gesellschaft hervorgehoben und als zentraler Unterschied der anvisierten Rückverteilung von anderen Verteilungsformen markiert. Da in dieser Perspektive ungleiche Machtkonzentrationen eine Folge der individuellen Anhäufung gesellschaftlich produzierten Reichtums sind, ist es konsequent, die Frage wie dieser Reichtum wieder in die Gesellschaft zurückverteilt werden kann, nicht dem Individuum zu überlassen, das ihn gerade besitzt – dies wäre ein Weg den beispielsweise philanthropische Ansätze verfolgen. Für den Guten Rat ist die Ausweitung partizipatorischer demokratischer Räume – und in diesem Zusammenhang auch des Personenkreises der an demokratischer Willensbildung direkt beteiligt ist – ein notwendiger Schritt zur Verbesserung des existierenden demokratischen Systems. Ein Vergleich der stilisierten Diskurspositionen (Kapitel 5) mit der Kommunikation des Guten Rats zeigt interessanterweise, dass die stilisierte Diskursposition 6 (*Umverteilung als Sozialpolitik*) in der Außenkommunikation des Guten Rats keine relevante Erwähnung findet.

Die Fähigkeit des Guten Rats, systemkritische und oft randständige Diskurspositionen zu stärken, wird besonders deutlich, wenn man sie am Beispiel von Marlene Engelhorn selbst betrachtet. Engelhorns Selbstidentifikation als überreiche Person führte zur Entscheidung, ihren Reichtum und auch die Entscheidungsgewalt über die Neuverwendung dieses Reichtums abzugeben. Dieser Akt und die Kommunikation darüber rütteln an der Legitimität bestehender Machtstrukturen und existierender Ungleichheiten. Die Außenkommunikation des Guten Rats betont die Beispiellosigkeit dieses Schrittes und seine Bedeutung. Insgesamt kann konstatiert werden, dass der Gute Rat nicht nur kritische Diskurspositionen in Bezug auf Vermögenskonzentration und Ungleichheit gestärkt hat, sondern auch den Weg für die Legitimierung umfassender, strukturell ausgerichteter Alternativen zur Bewältigung dieser Probleme ebnet.

7.4 Einordnung der Medienberichterstattung

Wie in Kapitel 7.2 beschrieben, greift die Medienrezeption die wesentlichen systemkritischen Aussagen, die den Kern der Kommunikation des Guten Rats ausmachen, auf – wenn auch teilweise in eingeschränkter Form. Dabei gibt es – insbesondere entlang politisch-redaktioneller Ausrichtungen und journalistischer Stilformen (siehe Tabelle 2 in Kapitel 6 und Abbildung 3 in Kapitel 7.1) – Unterschiede zwischen einzelnen Medien bezüglich der Frage, inwieweit Diskurspositionen aufgegriffen, relativiert, ignoriert oder zurückgewiesen wurden. Analog zum vorangegangenen Abschnitt ordnen wir folgend auch noch einmal die Medienrezeption breiter ein und heben bestehende Unterschiede hervor.

Für die Häufigkeit der medialen Darstellung der Diskursposition *Kritik am herrschenden gesellschaftlichen Leitbild der Leistungsgesellschaft* ist kein klarer Zusammenhang zur politisch-redaktionellen Ausrichtung oder der journalistischen Form der jeweiligen Medien bzw. Beiträge erkennbar (vgl. für diese und die folgenden Aussagen die Tabellen A.2 und A.3 im Anhang).

Anders stellt es sich im Falle der Diskursposition *Der „Unterbau" gesellschaftlicher Reichtumsproduktion* dar. Hinsichtlich der politisch-redaktionellen Ausrichtung der Medien zeigt sich, dass links-liberale Medien dieser Diskursposition mehr Platz einräumen als rechts-konservative oder zentristische Medien. Bezüglich der journalistischen Form häuft sich die Diskursperspektive in tiefergehenden Formaten wie Reportagen und – erstaunlicherweise – in unterhaltenden ‚Soft News'-Beiträgen. Allerdings wurden nicht alle Aspekte dieser Diskursposition in den Medien gleichermaßen betont. Insbesondere Fragen zur systemischen Entwertung sozialer und ökologischer Grundlagen der Gesellschaft blieben weitgehend unbeachtet – unabhängig von der politischen Ausrichtung oder der journalistischen Form. Nur wenige Punkte, die sich auf die stilisierte Diskursposition 8 beziehen, tauchten in der Medienberichterstattung auf. Der größte Fokus innerhalb dieser Diskursposition lag auf der Unterscheidung zwischen Rück- und Umverteilung, einem zentralen, aber eben nicht alleinigen Bestandteil der Außenkommunikation des Guten Rats.

Die Tendenz links-liberaler Medien, die grundsätzliche Kritik des Guten Rats an der Vermögensverteilung eher aufzugreifen als rechts-konservative oder zentristische Medien, zeigt sich auch im Falle der Diskursposition *Hohe Vermögen sind gesellschaftlich schädlich*. Rechts-konservative Medien griffen diesen Diskurs vergleichsweise seltener auf als links-liberale Medien. Größere Unterschiede sind auch in Bezug auf journalistische Stilformen erkennbar: In tiefergehenden Reportagen und in Interviews verzeichnete diese Diskursposition viel größere Relevanz, während ihre Präsenz bei meinungsbetonten Kommentaren und tatsachenbetonten Nachrichten deutlich geringer ausfiel. Insgesamt wurde diese Perspektive in den Medien zudem deutlich oberflächlicher aufgegriffen als in der Außenkommunikation des Guten Rats. So blieb der Zusammenhang zwischen hohem Wohlstand und klimaschädlichem Lebensstil weitgehend unbeachtet. Auch wurde der Aspekt ungleicher demokratischer Teilhabe meist nur mit den Fähigkeiten zum politischen Lobbyismus und der Machtkonzentration aufseiten wohlhabender Akteure in Verbindung gebracht – eine grundsätzliche Kritik an ungleicher Verteilung von Macht sowie an der strukturellen Verknüpfung von finanziellem und politischem Einfluss spielte hingegen kaum eine Rolle.

Die Diskursposition *Demokratie als Grundlage für Umverteilung* erhielt über alle politisch-redaktionelle Ausrichtungen hinweg eine hohe Aufmerksamkeit, wobei rechts-konservative Medien etwas weniger auf diese Position eingingen. Hinsichtlich der journalistischen Form zeigt sich eine deutliche Unterrepräsentation in meinungsbetonten Kommentare und unterhaltenden ‚Soft

News'-Formaten. Innerhalb dieses Diskurses lag der Fokus der Medien vor allem auf der Auswahl der Ratsmitglieder, mit einer mehrheitlichen Darstellung des Guten Rats als eindeutig partizipativer demokratischer Raum. Weniger präsent war hingegen die Idee der deliberativen Demokratie als prozessualem Mittel gegen Machtkonzentration und Ungleichheit. Der Gute Rat wurde meist als isoliertes Beispiel betrachtet, während sein Potenzial für einen umfassenderen Systemwandel kaum aufgegriffen wurde.

In der Medienrezeption gab es auch deutliche Widerstände gegen die Positionen des Guten Rats. Dies wird insbesondere deutlich durch die Diskursposition *Systembewahrend: Vermögende tragen positiv zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung bei*, die besonders in rechts-konservativen Medien aufgegriffen wurde. Vor allem in meinungsbetonten Kommentaren und Interviews – was auf den Widerstand zurückzuführen ist, den Marlene Engelhorn und andere bei einigen dieser Interviews erfahren haben – wurde diese Perspektive artikuliert. Diese Position ordnet sich darüber hinaus eher in einem nationalen Kontext ein: Das System, wie es vor allem in Deutschland und Österreich funktioniert, habe dank eines funktionierenden sozialen Sicherheitsnetzes faire Bedingungen zur individuellen Vermögensmehrung geschaffen. Dadurch wird die gesellschaftliche Relevanz Vermögender in der medialen Berichterstattung teilweise weiter legitimiert – sei es durch die Erzählung der Trickle-Down-Ökonomie (siehe Kapitel 5), die Rolle Vermögender als Arbeitgeber*innen, die Akkumulation von Reichtum als Ausdruck individueller Freiheit oder die Vorbildfunktion reicher Philanthrop*innen. Diese Argumente sind seit Langem fester Bestandteil medialer Diskurse im Umgang mit Ungleichheit; deren Fortbestehen legitimiert die hohe Vermögenskonzentration, während politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichheit abgewertet werden (Cook, 2020; Theine & Grisold, 2020; Wisman & Smith, 2011). Die anhaltende Reproduktion dieser Argumente durch die Medien erschwert es, bestehende Machtungleichheiten grundlegend infrage zu stellen.

Die Position der direkten *Kritik am Guten Rat* ist teilweise mit der zuvor diskutierten Diskursposition verknüpft und findet sich bei rechts-konservativen Medien sowie in Form meinungsbetonter Kommentare am häufigsten. In vielen Beiträgen aus dieser Perspektive wurde der Gute Rat verzerrt dargestellt. Besonders auffällig war die systematische Ausblendung der Verbindung zwischen Demokratie, Rückverteilung und Engelhorns Abgabe von Macht. Scharfe Kritik wurde zudem an der Effektivität solcher Umverteilungsansätze geübt. Insbesondere wurden die hohen Kosten bemängelt, die in keinem Verhältnis zur angeblich geringen Innovationskraft und Durchschlagskraft der Ergebnisse standen – etwa in Bezug auf die Projektauswahl und den Umfang der rückverteilten Geldmittel.

Ein Vergleich der ungleichheitslegitimierenden Diskurspositionen mit der Medienberichterstattung zeigt, dass sich die Diskursposition 2 (*Vermögen gehören der Familie*) nicht unter den Verteidigern der Ungleichheit findet. Dies

wirft die Frage auf, warum dieses Argument in der Rechtfertigung bestehender Vermögensverhältnisse kaum eine Rolle spielt, obwohl es potenziell als legitimierendes Narrativ dienen könnte.

Die medial vorgebrachte Kritik an den Ansätzen des Guten Rats offenbart eine allgemeine Tendenz im Mediendiskurs: Während Kritikpunkte schnell gefunden sind, fehlen oft konstruktive Alternativen oder eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den vorgeschlagenen Lösungen (Dammerer et al., 2023; Theine et al., 2023). Ein wesentlicher Grund dafür liegt in der Logik und Ausrichtung des Mediensystems begründet, das sich tendenziell auf leicht konsumierbare, konfliktträchtige und oft negativ gefärbte Themen konzentriert (Cappella & Jamieson, 1997; Pickard, 2020; Soroka et al., 2019). Dies führt dazu, dass der politische Prozess oft als reines Machtspiel oder Konfliktfeld dargestellt wird, während komplexe Themen, die spezialisiertes Wissen erfordern, eher vermieden werden. Statt Komplexität verständlich aufzubereiten oder in einen breiteren Kontext zu stellen, bleiben tiefere strukturelle Probleme häufig im Hintergrund (Kenski & Jamieson, 2017). Es kommt also zu einer „Tabloidisierung“, indem zunehmend einfachere Handlungsstränge, leicht verständliche und „skandalöse“ Themen im Vordergrund stehen (Nolan, 2008). Mit Bezug auf den Guten Rat zeigt sich dies insbesondere für die deliberativen und partizipativen Prozesse des Bürgerrats: ihnen wird eher mit Skepsis begegnet, das innovative und demokratische Potenzial des Ansatzes tritt in den Hintergrund. Der Rückgriff auf etablierte Diskurse und oberflächliche Argumente erleichtert die schnelle Produktion einfacher und leicht konsumierbarer Inhalte – was sich auch in der Dominanz tatsachenbetonter, aber wenig tiefgründiger Nachrichtenformate widerspiegelt (Abbildung 3 in Kapitel 7.1).

Die Tendenz, auf etablierte, leicht und schnell konsumierbare Diskurse zurückzugreifen wird im Allgemeinen durch die Dynamiken des sich verändernden Mediensystem weiter verstärkt (Chadwick, 2017; Langer & Gruber, 2021). Zunehmender wirtschaftlicher Druck, die Konkurrenz durch Social-Media-Plattformen und sinkende Nutzer*innenzahlen sind einige der Hauptgründe für diese Entwicklung (insbesondere die wissenschaftliche Disziplin der politischen Ökonomie der Medien analysiert diese Entwicklungen, siehe Ferschli et al., 2019; Pickard, 2023; Theine et al., 2025; Theine & Grabner, 2023).

8 Fazit

Der Gute Rat für Rückverteilung wurde gegründet, um einen Großteil von Marlene Engelhorns Erbe – 25 Millionen Euro – an die Gesellschaft rückzuverteilen. Der Prozess und die Arbeit des Guten Rats wurden von einer aktiven Außenkommunikation begleitet und fanden ein breites Medienecho. In diesem Arbeitspapier wurden die beiden Diskursebenen mithilfe der Kritischen Diskursanalyse detailliert untersucht.

Unsere Analyse zeigt, dass der Gute Rat sowohl in den sozialen Medien als auch über seine Website und per Pressemitteilungen eine starke öffentliche Präsenz hatte. Die verbreitete Botschaft war klar: Das Erbe von Marlene Engelhorn gehört der Gesellschaft, denn es beruht auf sozialen und strukturellen Bedingungen, die über individuelle Leistungen hinausgehen. In der Außenkommunikation des Guten Rats standen zentrale Themen wie die massive Ungleichverteilung des Reichtums, damit verbundene Machtasymmetrien und die Notwendigkeit demokratischer Prinzipien bei der Umverteilung im Vordergrund. Demokratie und Partizipation wurden als unverzichtbare Grundlagen für eine gerechte Umverteilung des Reichtums hervorgehoben. Diese Positionen waren geprägt von einer strukturellen Kritik an der wachsenden Ungleichheit und unzureichenden staatlichen Maßnahmen dagegen, was als Ausdruck systemischer Fehlentwicklungen verstanden wurde. Besonders hervorzuheben ist die Diskursposition des *Unterbaus der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion*. Sie stellt den dominanten Mythos in Frage, dass individueller Reichtum allein auf persönlicher Leistung beruht und verweist stattdessen auf die Bedeutung von kollektiven Produktionsprozessen sowie maßgeblichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Gute Rat zeigt dadurch auf, dass Reichtum nicht unabhängig von sozialen, kulturellen, ökologischen und politischen Strukturen angehäuft werden kann und dass seine ungleiche Verteilung nicht nur finanzielle, sondern auch demokratische Folgen hat. Diese Einsicht bildet die Grundlage für die Forderung nach Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie nach einer demokratischen Rückverteilung. Zugleich zeigt der Gute Rat, wie demokratische Teilhabe an Entscheidungsprozessen wirksam gestaltet werden kann. Indem er die Bürger*innen aktiv in die Entscheidungen einbezieht, dient er als Beispiel und Modell für ähnliche politische Beteiligungsprozesse auf regionaler und nationaler Ebene, um komplexe und polarisierende Themen wie die Vermögensverteilung effektiv und demokratisch anzugehen. Der Gute Rat reiht sich damit in eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Initiativen ein, die in den letzten Jahren im deutschsprachigen Raum entstanden sind, um auf das hohe Maß an Ungleichheit und mangelnder Umverteilung aufmerksam zu machen. Er zeigt eindrucksvoll, wie wichtig es ist, unterschiedliche gesellschaftliche

Gruppen einzubinden, um innovative Lösungen zu entwickeln und die demokratische Legitimation von Entscheidungen zu stärken.

Mit Blick auf die Medienberichterstattung wird deutlich, dass es dem Guten Rat auf den ersten Blick durchaus gelungen ist, seine zentralen Botschaften zu platzieren. Die Verteilung und Gewichtung der Diskurspositionen in der Medienberichterstattung spiegelt weitgehend die Prioritäten des Rats wider. Allerdings gibt es auch deutliche Unterschiede. Neben der Diskussion um die hohe Ungleichheit waren in der Berichterstattung auch systemerhaltende Positionen prominent vertreten. Auch wurde häufig die Unabhängigkeit des Rats von Marlene Engelhorn in Frage gestellt. Strukturelle Fragen, wie der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Eigentum, Ausbeutung oder Klimawandel, wurden medial hingegen kaum thematisiert. Darüber hinaus verlief die Medienberichterstattung oft oberflächlich und orientierte sich stark an der Geschichte und den Aussagen von Marlene Engelhorn. Strukturelle Aspekte der Botschaften des Guten Rats wurden häufig stark vereinfacht oder zugunsten von kontroversen Erzählungen beiseitegeschoben. Dies könnte auf journalistische Arbeitsmethoden und Medienlogiken zurückzuführen sein, die eine Vereinfachung und Personalisierung von Themen bevorzugen. Andererseits zeigt der starke Rückgriff auf Zitationen und eine distanzierte Berichterstattung eine gewisse Zurückhaltung der Medien im Umgang mit als sozio-ökonomisch ‚links' wahrgenommenen Positionen, was Forschungsarbeiten zum Umgang der Medien mit Ungleichheit bestätigen (Dammerer et al., 2023; Gartiser, 2025; Grisold & Theine, 2020; Theine & Grisold, 2020). Unsere Analyse zeigt darüber hinaus, dass Medien meist in der betont neutralen Form tatsachenbetonter Nachrichten berichteten. Damit wurde ein journalistischer Stil bevorzugt, der kaum Raum für systemische Fragen lässt, damit eher dazu beiträgt, den Status quo aufrechtzuerhalten und es alternativen Gesellschaftsbildern erschwert, im öffentlichen Diskurs Fuß zu fassen.

Trotz dieser Herausforderungen muss der Gute Rat als gelungenes Beispiel dafür verstanden werden, wie zivilgesellschaftliche Organisationen Umverteilung, Ungleichheit und Macht erfolgreich in den öffentlichen Diskurs einbringen können. Die Außenkommunikation des Rats hat es geschafft, die eigenen Kernbotschaften medial zu etablieren und Diskussionen anzustoßen. Ob diese Ansätze jedoch zu einer langfristigen Veränderung des Diskurses führen können, bleibt abzuwarten. Der bisherige Erfolg, verstanden als Umfang und Inhalt der Berichterstattung, zeigt jedoch, dass gut durchdachte und konsequent durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit auch bei komplexen und kontroversen Themen wie Ungleichheit und Vermögensverteilung Wirkung zeigen kann.

Anhang

Tabelle A.1

Relevanz der Diskurspositionen in der Außenkommunikation des Guten Rats und der Medienberichterstattung

Diskurspositionen	Summe Außenkommunikation	Prozentualer Anteil in Außenkommunikation	Summe Medienberichterstattung	Prozentualer Anteil in Berichterstattung
Kritik am Guten Rat	9	0,56	376	17,03
Hohe Vermögen sind gesamtgesellschaftlich schädlich	384	23,81	402	18,21
Kritik am herrschenden Leitbild der Leistungsgesellschaft	100	6,2	141	6,39
Demokratie als Grundlage für Umverteilung	639	39,62	576	26,09
Systemversagen	282	17,48	281	12,73
Systembewahrend	0	0	139	6,3
‚Unterbau' gesellschaftlicher Reichtumsproduktion	199	12,34	293	13,27

Quelle: Eigene Darstellung. Datengrundlage: 137 originäre Veröffentlichungen des Guten Rats (Beiträge auf der Website, Posts, Reels und Pressemitteilungen) sowie 162 Artikel und Beiträge von 26 Medien. Diese Übersichtstabelle zeigt die Gesamtverteilung der Diskurspositionen in der Außenkommunikation des Guten Rats und in der Medienrezeption. Die Summenspalten beziehen sich auf die Anzahl der insgesamt kodierten Segmente, die sich auf jede Diskursposition im Korpus des jeweiligen Datensatzes beziehen. Der Prozentsatz zeigt das Gewicht jeder Diskursposition innerhalb des Datensatzes, d. h. welcher Prozentsatz der Segmente einer Diskursposition über alle kodierten Segmente zuzuordnen ist. Dies verdeutlicht die Verteilung der Diskurse innerhalb eines Datensatzes und zeigt die Bedeutung oder den Raum, der den einzelnen Positionen im Vergleich zueinander zugewiesen wird.

Tabelle A.2

Diskursverteilung nach politisch-redaktioneller Ausrichtung

Diskurspositionen	links-liberal (%)	zentristisch (%)	rechts-konservativ (%)
Kritik am Guten Rat	14,5	12,19	28,42
Hohe Vermögen sind gesamt-gesellschaftlich schädlich	19,23	20,22	12,33
Kritik am herrschenden Leitbild der Leistungsgesellschaft	5,91	6,37	6,85
Demokratie als Grundlage für Umverteilung	28,14	30,75	22,26
Systemversagen	12,14	18,28	9,93
Systembewahrend	6,02	4,99	10,62
‚Unterbau' gesellschaftlicher Reichtumsproduktion	14,07	7,2	9,59

Quelle: Eigene Darstellung. Datengrundlage: 162 Artikel und Beiträge von 26 Medien. Diese Tabelle zeigt die Verteilung der Diskurspositionen für jede Kategorie der politisch-redaktionellen Ausrichtung. Die Zahlen sind als Prozentsätze ausgedrückt und zeigen das Gewicht jeder Diskursposition innerhalb der Teilmenge der Dokumente, die einer politischen Ausrichtung zugeordnet sind. Dies zeigt, wie viel „Gewicht" (welcher Prozentsatz der kodierten Segmente/alle kodierten Segmente) jede politische Kategorie den verschiedenen Diskursen gab, ergo wie wichtig diese für jede Teilmenge waren.

Tabelle A.3
Diskursverteilung nach journalistischem Stil

Diskurspositionen	tiefergehende Reportage (%)	tatsachen-betonte Nachricht (%)	Soft -News (%)	meinungs-betonter Kommentar (%)	Interview (%)
Kritik am Guten Rat	16,96	19,45	21,33	22,74	10,14
Hohe Vermögen sind gesamtgesellschaftlich schädlich	18,3	14,23	22,67	14,8	22,31
Kritik am herrschenden gesellschaftlichen Leitbild der Leistungsgesellschaft	4,91	5,22	10,67	6,86	7,64
Demokratie als Grundlage für die Umverteilung	31,92	33,16	9,33	9,75	20,44
Systemversagen	9,38	10,97	6,67	14,8	16,54
Systembewahrend	2,01	1,83	5,33	18,77	9,36
‚Unterbau' gesellschaftlicher Reichtumsproduktion	16,52	15,14	24	12,27	13,57

Quelle: Eigene Darstellung. Datengrundlage: 162 Artikel und Beiträge von 26 Medien. Diese Tabelle zeigt die Verteilung der Diskurspositionen für die unterschiedlichen journalistischen Stilformen an. Die Zahlen sind als Prozentsätze ausgedrückt und zeigen das Gewicht jeder Diskursposition innerhalb der Teilmenge der Dokumente, die einem bestimmten Stil zugeordnet sind. Dies zeigt, wie viel „Gewicht" (welcher Prozentsatz der kodierten Segmente/alle kodierten Segmente) jeder Artikelstil den verschiedenen Diskursen gab, ergo wie wichtig diese für jede Teilmenge waren.

Tabelle A.4
Verteilung der kodierten Dokumente in der Außenkommunikation des Guten Rats

Außenkommunikation	
Website	7
Reels	61
Posts	52
YouTube	12
Presse	5

Quelle: Eigene Darstellung.

Quellenverzeichnis

Alvaredo, F., Garbinti, B., & Piketty, T. (2017). On the share of inheritance in aggregate wealth: Europe and the USA, 1900–2010. *Economica, 84*(334), 239–260.

ARD Morgenmagazin (2024). Millionenerbin Engelhorn kämpft für Vermögensgerechtigkeit. https://www.ardmediathek.de/video/morgenmagazin/millionenerbin-engelhorn-kaempft-fuer-vermoegensgerechtigkeit/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL21vcmdlbm1hZ2F6aW4vODZmM2JjYWEtMzYzNy00MDI5LWE4OTEtMjliMmYyYjE2ZjU0

Arndt, H. W. (1983). The „trickle-down" myth. *Economic Development and Cultural Change, 32*(1), 1–10.

Bachner, M. (2024). 25 Millionen zu vergeben: BASF-Erbin Engelhorn verteilt ihr Geld. *Kurier*. https://kurier.at/wirtschaft/25-millionen-zu-vergeben-basf-erbin-engelhorn-verteilt-ihr-geld/402735274

Bank, J. (2017). Economic inequality in german quality press: Framing concerns about inequality and redistribution. *International Journal of Communication, 11,* 26.

Bartels, L. M. (2016). *Unequal democracy: The political economy of the new Gilded Age* (Second edition). Russell Sage Foundation.

Beckert, J. (2007). The Longue Durée of Inheritance Law: Discourses and Institutional Development in France, Germany, and the United States since 1800. *European Journal of Sociology, 48*(1), 79–120. https://doi.org/10.1017/S0003975607000306

Beckert, J. (2008a). *Inherited wealth*. Princeton University Press.

Beckert, J. (2008b). Why Is the Estate Tax so Controversial? *Society, 45*(6), 521–528. https://doi.org/10.1007/s12115-008-9145-x

Beckschebe, C. (2024). Weg mit den Millionen! *Der Spiegel*, 8.

Bellani, L., Bledow, N., Busemeyer, M. R., & Schwerdt, G. (2021). *Wenn alle Teil der Mittelschicht sein wollen: (Fehl-) Wahrnehmungen von Ungleichheit und warum sie für Sozialpolitik wichtig sind* (No. Policy Paper No. 6; Das Progressive Zentrum). https://www.progressives-zentrum.org/publication/wenn-alle-teil-der-mittelschicht-sein-wollen-fehl-wahrnehmungen-von-ungleichheit-und-warum-sie-fuer-sozialpolitik-wichtig-sind/

Bowles, S. (2012). *The new economics of inequality and redistribution*. Cambridge University Press.

Busse, C. (2024). Höhere Steuern für Reiche. Mehr fürs Gemeinwohl. *Süddeutsche Zeitung*.

Cappella, J. N., & Jamieson, K. H. (1997). *Spiral of cynicism: The press and the public good*. Oxford University Press.

Carr, P., Goodman, S., & Jowett, A. (2019). ‚I don't think there is any moral basis for taking money away from people': Using discursive psychology to explore the complexity of talk about tax. *Critical Discourse Studies, 16*(1), 84–95. https://doi.org/10.1080/17405904.2018.1511440

Chadwick, A. (2017). *The hybrid media system: Politics and power* (2nd edition). Oxford university press.

Champlin, D. P., & Knoedler, J. T. (2008). American Prosperity and the „Race to the Bottom": Why Won't the Media Ask the Right Questions? *Journal of Economic Issues, 42*(1), 133–151.

Chancel, L. (2022). Global carbon inequality over 1990–2019. *Nature Sustainability, 5*(11), 931–938. https://doi.org/10.1038/s41893-022-00955-z

Chancel, L., Piketty, T., Saez, E., & Zucman, G. (2022). *World inequality report 2022*. Harvard University Press.

Chomsky, N. (2012). Plutonomy and the precariat. *Huffington Post*. https://chomsky.info/20120508/

Cook, E. (2020). Naturalizing Inequality: The Problem of Economic Fatalism in the Age of Piketty. *Capitalism: A Journal of History and Economics, 1*(2), 338–378. https://doi.org/10.1353/cap.2020.0004

Cooper, M. (2017). *Family values: Between neoliberalism and the new social conservatism*. Princeton University Press.

Courant, D. (2021). Citizens' Assemblies for Referendums and Constitutional Reforms: Is There an „Irish Model" for Deliberative Democracy? *Frontiers in Political Science, 2*, 591983.

Cuomo, C. J. (2011). Climate change, vulnerability, and responsibility. *Hypatia, 26*(4), 690–714.

Dammerer, Q., Hubmann, G., & Theine, H. (2023). Wealth taxation in the Austrian Press from 2005 to 2020: A critical political economy analysis. *Cambridge Journal of Economics, 47*(3), 633–666. https://doi.org/10.1093/cje/bead011

Demirovic, A. (2003). NGOs, the State, and Civil Society: The Transformation of Hegemony. *Rethinking Marxism, 15*(2), 213–235. https://doi.org/10.1080/0893569032000113541

Derndorfer, J., Premrov, T., & Schnetzer, M. (2023). Wie hat sich der materielle Lebensstandard während der Covid-19-Pandemie entwickelt? Ein evidenzbasierter Rückblick. *Wirtschaft und Gesellschaft, 49*(2), 5–14. https://doi.org/10.59288/wug492.206

Deutschlandfunk (2024). Österreich: 50 Bürger entscheiden über das Millionenerbe. *Studio 9*.

Deutschlandfunk Kultur (2024). Warum die Aktivistin 25 Millionen aus ihrem Erbe der Allgemeinheit schenkt. https://www.deutschlandfunkkultur.de/marlene-engelhorn-warum-ich-mein-25-millionen-erbe-der-allgemeinheit-schenke-dlf-kultur-caf42544-100.html

Diekmann, F., & Kühn, A. (2024). Ich bestehe auf dem Etikett Millionenerbin. *Der Spiegel*, 54.

Disslbacher, F. (2024). *Vermögen und Überreichtum: Wer das Geld hat, hat die Macht?* https://www.youtube.com/watch?v=RGT__StmEHU

Dixit, A., & Londregan, J. (1995). Redistributive Politics and Economic Efficiency. *American Political Science Review, 89*(4), 856–866. https://doi.org/10.2307/2082513

Dryzek, J. S., Bächtiger, A., Chambers, S., Cohen, J., Druckman, J. N., Felicetti, A., Fishkin, J. S., Farrell, D. M., Fung, A., Gutmann, A., Landemore, H., Mansbridge, J., Marien, S., Neblo, M. A., Niemeyer, S., Setälä, M., Slothuus, R., Suiter, J., Thompson, D., & Warren, M. E. (2019). The crisis of democracy and the science of deliberation. *Science, 363*(6432), 1144–1146. https://doi.org/10.1126/science.aaw2694

Ehs, T., & Zandonella, M. (2021). Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. *Wirtschaft und Gesellschaft, 47*(1), 63–101.

Emmenegger, P., & Marx, P. (2019). The Politics of Inequality as Organised Spectacle: Why the Swiss do not want to tax the rich. *New Political Economy, 24*(1), 103–124. https://doi.org/10.1080/13563467.2017.1420641

Engelhorn, M. (2022a). *Geld.* übermorgen.

Engelhorn, M. (2022b). *Paying Taxes: The most democratic move you can make.* https://www.youtube.com/watch?v=m4yR7kwL1rE&t=4s

Engelhorn, M. (2024a). Mission Statement. *Guter Rat für Rückverteilung.* https://guterrat.info/mission-statement/

Engelhorn, M. (2024b). *Marlene Engelhorn präsentiert den Guten Rat für Rückverteilung* [Pressekonferenz]. https://www.youtube.com/watch?v=9SSvFGm-9UI

Engelhorn, M. (2024c). Was die Besteuerung von Reichen bringen würde. *Die Presse.* https://www.diepresse.com/18863399/was-die-besteuerung-von-reichen-bringen-wuerde

Epple, D., & Romer, T. (1991). Mobility and redistribution. *Journal of Political economy, 99*(4), 828–858.

Eurosystem Household Finance and Consumption Network. (2013). *The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey-results from the first wave* (No. 2; ECB statistics paper). European Central Bank.

Eurosystem Household Finance and Consumption Network. (2016). *The Household Finance and Consumption Survey: Results from the second wave* (No. 18; ECB statistics paper). European Central Bank.

Eurosystem Household Finance and Consumption Network. (2023). *Household Finance and Consumption Survey: Results from the 2021 wave* (No. 46; ECB statistics paper). European Central Bank.

Fairclough, N. (2003). *Analysing discourse: Textual analysis for social research.* Routledge.

Fairclough, N. (2007). Critical discourse analysis as a method in social scientific research. In R. Wodak & M. Meyer (Hrsg.), *Methods in critical discourse analysis* (S. 121–138). Sage.

Fairclough, N. (2013). Critical discourse analysis. In M. Handford & J. P. Gee (Hrsg.), *The Routledge handbook of discourse analysis* (S. 9–20). Routledge.

Fanning, A. L., O'Neill, D. W., & Büchs, M. (2020). Provisioning systems for a good life within planetary boundaries. *Global Environmental Change, 64,* 102135.

Fasel, C. (2013). *Textsorten* (2., überarbeitete Auflage). Herbert von Halem.

Felber, C. (2024). Wie viel Geld ist genug? Wir müssen über Obergrenzen reden. *Der Standard.* https://www.derstandard.at/story/3000000225999/wie-viel-geld-ist-genug-wir-muessen-ueber-obergrenzen-reden

Ferschli, B., Grabner, D., & Theine, H. (2019). *Zur Politischen Ökonomie der Medien in Deutschland: Eine Analyse der Konzentrationstendenzen und Besitzverhältnisse* (No. 118). Institut für Sozial-Ökologische Wirtschaftsforschung.

Focus online (2024a). Erbin Marlene Engelhorn verschenkt 25 Millionen – heute startet die Verteilung. https://www.focus.de/panorama/welt/es-wird-keine-wilde-charity-aktion-erbin-marlene-engelhorn-verschenkt-25-millionen-heute-startet-die-verteilung_id_259767627.html

Focus online. (2024b). Bürgerrat entscheidet über 25-Millionen-Euro-Geschenk von BASF-Erbin am 9. Juni. https://www.focus.de/panorama/welt/marlene-engelhorn-buergerrat-entscheidet-ueber-25-millionen-euro-geschenk-von-basf-erbin-am-9-juni_id_259998570.html

Focus online (2024c). „Reiche sind abhängig vom öffentlich finanzierten System, aber sie leugnen es". https://www.focus.de/finanzen/news/erbin-marlene-engelhorn-reiche-sind-abhaengig-vom-oeffentlichfinanzierten-system-aber-sie-leugnen-es_id_260388431.html

Forchtner, B., & Wodak, R. (2017). Critical discourse studies: A critical approach to the study of language and communication. In *The Routledge handbook of language and politics* (S. 135–150). Routledge.

Friedrich, J. (2024). *Challenging Capitalist Hegemony in Tax Policy Discourse—A Discourse Network Analysis of Civil Society Organizations in the Debate on Wealth Taxation in Germany* [Master-Thesis]. Vienna University of Economics and Business.

Friedrichs, J. (2024). Was machen wir mit 25 Millionen. *Die Zeit.*

Frinken, J. (2024). Bürger:innenräte als Institutionen demokratischer Klimapolitik. In *Kann das Anthropozän gelingen? Krisen und Transformationen der menschlichen Naturverhältnisse im interdisziplinären Dialog* (S. 297–314). de Gruyter.

Galván Labrador, A., & Zografos, C. (2024). Empowerment and disempowerment in climate assemblies: The French citizens' convention on climate. *Environmental Policy and Governance, 34*(4), 414–426.

Gartiser, M. (2025). *No representation in taxation?: Tax illiteracy and the development of wealth taxation frames in German news media, 2000-2021* [DuEPublico: Duisburg-Essen Publications online, University of Duisburg-Essen, Germany]. https://doi.org/10.17185/DUEPUBLICO/82812

Germann, M., Marien, S., & Muradova, L. (2024). Scaling Up? Unpacking the Effect of Deliberative Mini-Publics on Legitimacy Perceptions. *Political Studies, 72*(2), 677–700. https://doi.org/10.1177/00323217221137444

Gilens, M. (2016). *Affluence and influence: Economic inequality and political power in America.* Princeton and Oxford, Princeton University Press.

Gimpelson, V., & Treisman, D. (2018). Misperceiving inequality. *Economics & Politics, 30*(1), 27–54.

Gollmer, P. (2024). BASF-Nachfahrin gibt Kontrolle über ihr Millionenerbe an Bürgerrat ab. *Neue Zürcher Zeitung.* https://www.nzz.ch/panorama/millionenerbin-marlene-engelhorn-gibt-25-millionen-euro-an-buergerrat-ab-ld.1773660

Gottlieb, J. (2015). Protest news framing cycle: How the New York times covered occupy wall street. *International Journal of Communication, 9*(1), 231–253.

Grisold, A., & Preston, P. (Hrsg.). (2020). *Economic Inequality and News Media: Discourse, Power, and Redistribution.* Oxford University Press.

Grisold, A., Rieder, M., & Theine, H. (2020). Is This Feasible?: Policy Proposals Such as a Global Wealth Tax. In A. Grisold & P. Preston (Hrsg.), *Economic Inequality and News Media: Discourse, Power, and Redistribution* (S. 169–188). Oxford University Press. https://doi.org/10.1093/oso/9780190053901.003.0009

Grisold, A., & Theine, H. (2020). „Now, What Exactly is the Problem?" Media Coverage of Economic Inequalities and Redistribution Policies: The Piketty Case. *Journal of Economic Issues, 54*(4), 1071–1094. https://doi.org/10.1080/00213624.2020.1829905

Guter Rat. (2024a). Die Idee. https://guterrat.info/

Guter Rat. (2024b). FAQs. https://guterrat.info/faqs/

Guter Rat. (2024c). *Abschluss Pressekonferenz*. https://www.youtube.com/watch?v=6dbTYgqhTsw&t=299s

Guter Rat. (2024d). *Abschlussbericht Oktober 2024.* https://guterrat.info/bericht/

Guter Rat. (2024e). Guter Rat für Rückverteilung: 25 Millionen Euro gehen an 77 Organisationen. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240618_OTS0180/guter-rat-fuer-rueckverteilung-25-millionen-euro-gehen-an-77-organisationen

Haarkötter, H. (2022). Sprache, Stil und Genres des Journalismus. In M. Löffelholz & L. Rothenberger (Hrsg.), *Handbuch Journalismustheorien* (S. 1–14). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32153-6_36-1

Haas, B. (2024). Ist das Engelhorn-Projekt eine „Schattendemokratie"? *Kleine Zeitung*, 13.

Habermas, J. (1992). *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Surkamp.

Harrington, B. (2024). The Broligarchs Are Trying to Have Their Way The antidemocratic politics of having it all. *The Atlantic*. https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2024/08/tech-bro-male-billionaire-anti-democratic/679267/

Hay, I. (2016). On plutonomy: Economy, power and the wealthy few in the second Gilded Age. In I. Hay & J. V. Beaverstock (Hrsg.), *Handbook on Wealth and the Super-Rich* (S. 68–93). Edward Elgar Publishing.

Heck, I., Kapeller, J., & Wildauer, R. (2020). *Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017* (No. 206). Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Hilpert, B. (2024). 25 Millionen—So will Engelhorn ihr Erbe gerecht verteilen. In *ZDF heute*.

Hitzler, E. (2024). Wie verschenkt man 25 Millionen Euro? *DER SPIEGEL*. https://www.spiegel.de/wirtschaft/marlene-engelhorn-wie-verschenkt-man-25-millionen-euro-zwei-buergerrat-mitglieder-erzaehlen-a-82a48559-d7ae-4b41-a164-a060557d8319

Hoffmann, J. (2024). Die unsichtbare Gefährdung der Demokratie; Wer Verteilungsgerechtigkeit anstrebt, muss entschlossen gegen Überreichtum vorgehen. Das haben mittlerweile sogar manche Millionärinnen wie Marlene Engelhorn verstanden. *Zeit Online*. https://www.zeit.de/kultur/2024-03/marlene-engelhorn-millionaerin-erbe-rueckverteilung-10nach8

Höfling, M. (2024). Erbin Marlene Engelhorn; Das ewige Spielchen mit der 25-Millionen-Euro-Spende. *Welt online*. https://www.welt.de/wirtschaft/plus250650347/BASF-Erbin-Marlene-Engelhorn-Das-ewige-Spiel-mit-der-25-Millionen-Euro-Spende.html

Ingruber, D. (2024). *Guter Rat für Rückverteilung: Externe Evaluation*. https://guterrat.info/evaluation/

Jackson, B. (2013). Social Democracy. In M. Freeden & M. Stears (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Ideologies* (S. 348–363). Oxford University Press. https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199585977.013.0030

Jäger, S. (2015). *Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung*. Unrast.

Kantola, A., & Kuusela, H. (2019). Wealth Elite Moralities: Wealthy Entrepreneurs' Moral Boundaries. *Sociology, 53*(2), 368–384. https://doi.org/10.1177/0038038518768175

Kenski, K., & Jamieson, K. H. (Hrsg.). (2017). *The Oxford Handbook of Political Communication*. Oxford University Press. https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199793471.001.0001

Knell, M., & Stix, H. (2020). Perceptions of inequality. *European Journal of Political Economy, 65*, 101927.

Kronberger, M. (2024a). Engelhorns Millionenerbe wird bei Geheim-Treffen aufgeteilt; Bürgerrat brütet an sechs Wochenenden in Stadt-Hotel darüber, wer Vermögen von 25 Millionen Euro bekommen soll. *Kronen Zeitung*.

Kronberger, M. (2024b). Millionen-Show in Salzburger Hotel; Erben-Aktivistin Marlene Engelhorn lässt über ihr Vermögen entscheiden. *Kronen Zeitung*. https://www.krone.at/3298412

Kronen Zeitung (2024). Versteckte Werbung.

Lamont, M. (1992). *Money, morals, and manners: The culture of the French and the American upper-middle class*. University of Chicago Press.

Langer, A. I., & Gruber, J. B. (2021). Political Agenda Setting in the Hybrid Media System: Why Legacy Media Still Matter a Great Deal. *The International Journal of Press/Politics, 26*(2), 313–340. https://doi.org/10.1177/1940161220925023

Lawrence, G. (2024). It's the Economy, Stupid! Neoliberal Nonsense and the Myths of the Free Market. In G. Lawrence, *Societal Deception* (S. 51–98). Palgrave Macmillan UK. https://doi.org/10.1057/978-1-349-96107-8_2

Littler, J. (2018). *Against Meritocracy*. Routledge.

Liu, H., & Baker, C. (2016). Ordinary Aristocrats: The Discursive Construction of Philanthropists as Ethical Leaders. *Journal of Business Ethics, 133*(2), 261–277. Scopus. https://doi.org/10.1007/s10551-014-2394-2

Loidolt, N. (2024). Frau Engelhorns Millionendilemma. *Die Presse*.

Lüger, H.-H. (1995). *Pressesprache*. Max Niemeyer Verlag. https://doi.org/10.1515/9783110929522

Luigi, W. (2024). Frau Marlene Engelhorn, denken Sie einmal nach. *Die Presse*.

Malleson, T. (2024). The understructure of market production. *Review of Social Economy*, 1–31. https://doi.org/10.1080/00346764.2024.2310829

Marti, M. (2024). Superreiche wissen, dass ihr Reichtum schlicht ungerecht ist. *Tages-Anzeiger*.

Marti, S., Martínez, I. Z., & Scheuer, F. (2023). Does a progressive wealth tax reduce top wealth inequality? Evidence from Switzerland. *Oxford Review of Economic Policy, 39*(3), 513–529. https://doi.org/10.1093/oxrep/grad025

McCall, L. (2013). *The undeserving rich: American beliefs about inequality, opportunity, and redistribution*. Cambridge University Press.

McGovern, P., Obradović, S., & Bauer, M. W. (2023). In search of a Tawney Moment: Income inequality, financial crisis and the mass media in the UK and the USA. *The Sociological Review, 71*(5), 1213–1233.

Mijs, J. J. (2021). The paradox of inequality: Income inequality and belief in meritocracy go hand in hand. *Socio-Economic Review, 19*(1), 7–35.

Mijs, J. J., & Savage, M. (2020). Meritocracy, elitism and inequality. *The Political Quarterly, 91*(2), 397–404.

Moor, L., & Friedman, S. (2021). Justifying inherited wealth: Between ‚the bank of mum and dad' and the meritocratic ideal. *Economy and Society, 50*(4), 618–642. https://doi.org/10.1080/03085147.2021.1932353

Nolan, D. (2008). Tabloidisation revisited: The regeneration of journalism in conditions of ‚advanced liberalism'. *Communication, Politics & Culture, 41*(2), 100–118.

OECD. (2020). *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave*. OECD. https://doi.org/10.1787/339306da-en

Onaran, Ö., Oyvat, C., & Fotopoulou, E. (2019). *The effects of gender inequality, wages, wealth concentration and fiscal policy on macroeconomic performance*. Greenwich Papers in Political Economy. University of Greenwich.

ORF (2024). Wer verteilt Engelhorns Erbe? *Thema*.

ORF 1 (2024). Millionenerbin will Vermögen verschenken. *ZIB 3*.

Ö1 (2024a). *Erbe von Marlene Engelhorn: Bürgerrat hat 77 Organisationen ausgewählt.* Journal um fünf 17:00.

Ö1 (2024b). *Engelhorn-Erbe: Bürgerinnenrat hat 77 Organisationen ausgewählt.* Abendjournal 18 Uhr.

Peterlik, C. (2024). Die Gießkanne des Guten Rats; Der „Gute Rat" verfehlt sein Ziel. Spenden an 80 Organisationen sind demokratisierte Philanthropie, nicht strukturelle Veränderung. *Profil*, 31.

Pickard, V. (2013). Being Critical: Contesting Power within the Misinformation Society. *Communication and Critical/Cultural Studies, 10*(2–3), 306–311. https://doi.org/10.1080/14791420.2013.812590

Pickard, V. (2020). *Democracy without journalism? Confronting the misinformation society*. Oxford University Press.

Pickard, V. (2023). Another Media System is Possible: Ripping Open the Overton Window, from Platforms to Public Broadcasting. *Javnost – The Public, 30*(2), 284–297. https://doi.org/10.1080/13183222.2023.2201804

Piketty, T. (2014). *Capital in the twenty-first century*. Harvard University Press.

Piketty, T. (2021). *Capital and Ideology*. Harvard University Press.

Potthoff, N. (2024). Kein Bock aufs Erbe: Wohin mit 25 Millionen Euro? *Deutschlandfunk Nova*. https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/reichtum-kein-bock-aufs-erbe-wohin-mit-25-millionen-euro?x-craft-preview=10e3904583316a6e4606e7b7ec65fb750bb86d07d8296500fc46be08bc17049dxcxobsbtur

Power, M. (2004). Social Provisioning as a Starting Point for Feminist Economics. *Feminist Economics, 10*(3), 3–19. https://doi.org/10.1080/1354570042000267608

Ragusa, J. M. (2015). Socioeconomic Stereotypes: Explaining Variation in Preferences for Taxing the Rich. *American Politics Research, 43*(2), 327–359. https://doi.org/10.1177/1532673X14539547

Rehm, M., & Schnetzer, M. (2015). Property and power: Lessons from Piketty and new insights from the HFCS. *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention, 12*(2), 204–219. https://doi.org/10.4337/ejeep.2015.02.06

Reichel, T. (2024a). Marlene Engelhorn über ihr Vermögen und wie sie vorhat, es loszuwerden. In *Guter Rat 1x1 – Ein Podcast über Rückverteilung*. https://www.youtube.com/watch?v=XoyMH7OB0ZA

Reichel, T. (2024b). „Kein einziger Mensch lebt aus Spaß unter der Armutsgrenze" – Armut 1x1 mit Daniela Brodesser. In *Guter Rat 1x1 – Ein Podcast über Rückverteilung*. https://www.youtube.com/watch?v=aAGHWlCEI6E

Reynolds, C. (2019). Building theory from media ideology: Coding for power in journalistic discourse. *Journal of Communication Inquiry, 43*(1), 47–69.

Rieder, M., & Theine, H. (2019). ‚Piketty is a genius, but …': An analysis of journalistic delegitimation of Thomas Piketty's economic policy proposals. *Critical Discourse Studies, 16*(3), 248–263. https://doi.org/10.1080/17405904.2019.1573148

Rieder, M., & Theine, H. (2023). Breaking down the discourse, exposing power in economic journalism – A CDA approach. In H. Silke, F. Quinn, & M. Rieder (Hrsg.), *How to read economic news* (S. 192–225). Routledge.

Rowlingson, K., & Connor, S. (2011). The ‚Deserving' Rich? Inequality, Morality and Social Policy. *Journal of Social Policy, 40*(3), 437–452. https://doi.org/10.1017/S0047279410000668

Sachweh, P. (2012). The moral economy of inequality: Popular views on income differentiation, poverty and wealth. *Socio-Economic Review, 10*(3), 419–445.

Sachweh, P., & Eicher, D. (2018). Einstellungen zur Vermögensteuer in Deutschland. Eine Vignettenanalyse anhand aktueller Umfragedaten. *WSI-Mitteilungen, 71*(5), 370–381. https://doi.org/10.5771/0342-300X-2018-5-370

Saldaña, J. (2021). *The coding manual for qualitative researchers*. Sage.

Sayer, A. (2009). Who's Afraid of Critical Social Science? *Current Sociology, 57*(6), 767–786. https://doi.org/10.1177/0011392109342205

Sayer, A. (2016). Interrogating the legitimacy of extreme wealth: A moral economic perspective. In I. Hay & J. V. Beaverstock (Hrsg.), *Handbook on wealth and the super-rich* (S. 94–112). Edward Elgar Publishing.

Scheve, K., & Stasavage, D. (2017). Wealth Inequality and Democracy. *Annual Review of Political Science, 20*(1), 451–468. https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-061014-101840

Schürz, M. (2019). *Überreichtum*. Campus Verlag.

Sherman, R. (2019). *Uneasy street: The anxieties of affluence*. Princeton University Press.

Shrivastava, P., & Ivanova, O. (2015). Inequality, corporate legitimacy and the Occupy Wall Street movement. *Human Relations, 68*(7), 1209–1231. https://doi.org/10.1177/0018726715579523

Smith Ochoa, C. (2020). Trivializing inequality by narrating facts: A discourse analysis of contending storylines in Germany. *Critical Policy Studies, 14*(3), 319–338. https://doi.org/10.1080/19460171.2019.1623056

Soroka, S., Fournier, P., & Nir, L. (2019). Cross-national evidence of a negativity bias in psychophysiological reactions to news. *Proceedings of the National Academy of Sciences, 116*(38), 18888–18892. https://doi.org/10.1073/pnas.1908369116

Stanley, L., McGrath, T., & Hunt, T. (2023). The social meaning of wealth taxes. *Economy and Society, 52*(4), 579–601. https://doi.org/10.1080/03085147.2023.2264063

Steenbrink, R., & Skali, A. (2024). *Wealth inequality and economic growth: Evidence from the world inequality database*. GLO Discussion Paper.

Straßner, E. (2000). *Journalistische Texte*. Max Niemeyer Verlag. https://doi.org/10.1515/9783110929263

taxmenow. (2024). *Unsere Arbeit*. https://www.taxmenow.eu/unserearbeit

Theine, H. (2020). Reichtum und Macht. Eine politökonomische Perspektive auf die Erbschaftsbesteuerung in Deutschland. *Ökonomie und Gesellschaft, 31, 79*–122.

Theine, H., Friedrich, J., Grabner, D., & Ferschli, B. (2025). Die Krise intensiviert sich? Medienökonomische Perspektiven auf die „vierte Gewalt" in Österreich. *Wirtschaft und Gesellschaft, 50*(4), 21–52. https://doi.org/10.59288/wug504.264

Theine, H., & Grabner, D. (2023). Voranschreitende Kommodifizierung der Medien in Österreich – konzeptionelle und empirische Befunde zu den gegenwärtigen Entwicklungen. In S. Güney, L. Hille, J. Pfeiffer, L. Porak, & H. Theine (Hrsg.), *Eigentum, Medien, Öffentlichkeit* (S. 239–261). Westend Verlag. https://doi.org/10.53291/JDGG4186

Theine, H., & Grisold, A. (2020). *Streitfall Vermögenssteuer? Defizite in der Medienberichterstattung* (No. 43; OBS-Arbeitspapier). Otto-Brenner-Stiftung. https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2020/streitfall-vermoegenssteuer/

Theine, H., & Grisold, A. (2022). Die Medienberichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland: Eine korpuslinguistische Analyse. *Zeitschrift für Politikwissenschaft, 32*(1), 189–219. https://doi.org/10.1007/s41358-022-00314-6

Theine, H., Hubmann, G., & Dammerer, Q. (2023). Vermögenssteuern im medialen Diskurs: Wertvorstellungen, Ausgestaltung und ökonomische Auswirkungen. In S. Güney, L. Hille, J. Pfeiffer, L. Porak, & H. Theine (Hrsg.), *Eigentum, Medien, Öffentlichkeit. Verhandlungen des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft* (S. 333–356). Westend.

Theine, H., Humer, S., Moser, M., & Schnetzer, M. (2022). Emissions inequality: Disparities in income, expenditure, and the carbon footprint in Austria. *Ecological Economics, 197,* 107435. https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2022.107435

Thomas, R. (2020). More inequality, but less coverage. In E. M. Gómez Jiménez & M. Toolan (Hrsg.), *The Discursive Construction of Economic Inequality: CADS Approaches to the British Media* (S. 143–159). Bloomsbury Publishing.

Thorup, M. (2013). Pro Bono? On philanthrocapitalism as ideological answer to inequality. *Ephemera: Theory & Politics in Organization, 13*(3), 555–576.

Treichler, R. (2024). Wohin mit dem vielen Geld? *Profil*. https://www.profil.at/meinung/wohin-mit-dem-vielen-geld/402837916

Tröger, M., & Theine, H. (2025). Wie Trump und Musk die Medien in Europa kontrollieren wollen. *Jacobin*. https://jacobin.de/artikel/donald-trump-amtseinfuehrung-elon-musk-medien-meinungsfreiheit

Wade, R. H. (2014). The Piketty phenomenon: Why has Capital become a publishing sensation? *International Affairs, 90*(5), 1069–1083.

Waitkus, N., & Wallaschek, S. (2022). Legitimate Wealth? How Wealthy Business Owners are Portrayed in the Press. *Social Justice Research*. https://doi.org/10.1007/s11211-022-00396-1

Wallnöfer, E. (2024). Frau Engelhorn, Schenken geht auch leise. *Der Standard*.

Wiedmann, T., Lenzen, M., Keyßer, L. T., & Steinberger, J. K. (2020). Scientists' warning on affluence. *Nature Communications, 11*(1), Article 1. https://doi.org/10.1038/s41467-020-16941-y

Wildasin, D. E. (1995). Factor Mobility, Risk and Redistribution in the Welfare State. *The Scandinavian Journal of Economics, 97*(4), 527. https://doi.org/10.2307/3440541

Wisman, J., & Smith, J. (2011). Legitimating Inequality: Fooling Most of the People All of the Time. *American Journal of Economics and Sociology, 70*(4), 974–1013.

Wodak, R. (2011). Critical Linguistics and Critical Discourse Analysis. In J. Zienkowski, J. Verschueren, & J.-O. Östman (Hrsg.), *Discursive Pragmatics* (S. 50–70). John Benjamins Publishing Company.

Wolfsgruber, A. (2024). Millionäre fordern Reichensteuer: Eine Zahl in TV-Doku sagt alles über die Idee. *Focus online*. https://www.focus.de/finanzen/tv-kolumne-ueberreichtum-millionaere-fordern-reichensteuer-eine-zahl-in-tv-doku-sagt-alles-ueber-die-idee_id_260378472.html

Wullweber, J. (2017). Staat und Ökonomie als Diskursformationen. In A. Hetzel (Hrsg.), *Radikale Demokratie* (S. 171–192). Nomos. https://doi.org/10.5771/9783845284606-171

Young, M. (1958). *The rise of the meritocracy, 1870–2033: An Essay on Education and Equality.* Thames & Hudson.

Zirm, J. (2024). Wer herschenkt, hat nicht bessere Argumente. *Die Presse*.

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Anzahl der Reels und Posts auf den unterschiedlichen Social-Media-Plattformen 24

Abbildung 2: Außenkommunikation des Guten Rats und mediale Rezeption in ausgewählten Medien (Januar bis November 2024) 31

Abbildung 3: Berichterstattung über den Guten Rat nach journalistischer Form (in Prozent) 32

Abbildung 4: Relevanz der Diskurspositionen in Außenkommunikation und Medienberichterstattung 33

Abbildung 5: Sharepics des Guten Rats zum Thema Vermögensungleichheit in Österreich 35

Abbildung 6: Infografiken des Guten Rats zum Zusammenhang von Ungleichheit und Klimaschäden 35

Abbildung 7: Forderung des Guten Rats nach höheren Steuern 36

Abbildung 8: Infografik des Guten Rats zum Zusammenhang von Vermögen und Erbschaften 39

Abbildung 9: Infografik des Guten Rats zum Zusammenhang von Vermögensungleichheit und Bildungschancen 39

Abbildung 10: Infografik des Guten Rats zum Unterschied zwischen Rückverteilung und Philanthropie 42

Tabelle 1: Chronik des Guten Rats 11

Tabelle 2: Untersuchte Medien 25

Tabelle 3: Informationen zu den Interviewpartner*innen 29

Hinweise zu den Autor*innen

Hendrik Theine ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Socio-Ecological Transformation Lab und am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) an der Johannes Kepler Universität Linz sowie Postdoctoral Fellow am Media, Inequality & Change Center (MIC) der Annenberg School for Communication, University of Pennsylvania. Er erforscht Mediendiskurse zur Klimakrise, wirtschaftlicher Ungleichheit und sozio-ökologischer Transformation sowie die Macht- und Konzentrationsdynamiken in Medienmärkten und im digitalen Kapitalismus.

Carlotta Verita ist wissenschaftliche Mitarbeiterin (prae-doc) am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) an der Johannes Kepler Universität Linz und arbeitet an „Socio-Ecological Transformation“ (SET)-bezogenen Projekten. Im Jahr 2023 schloss sie ihr Masterstudium an der Wirtschaftsuniversität Wien in sozio-ökologischer Ökonomie und Politik ab. Ihre Masterarbeit betrachtete den Zusammenhang von wirtschaftlicher Ungleichheit und der Klimakrise in der US-Medienlandschaft.

Moritz Gartiser hat seine Promotion am Institut für Sozioökonomie der Universität Duisburg-Essen Ende 2024 abgeschlossen. Er forschte dort zu steuerpolitischen Diskursen in den Medien und deren Auswirkungen auf ungleiche Machtverhältnisse und das Steuerwissen in der Bevölkerung. Seine Dissertation „No representation in taxation?: Tax illiteracy and the development of wealth taxation frames in German news media, 2000–2021“ ist unter folgendem Link abrufbar: https://doi.org/10.17185/DUEPUBLICO/82812

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

Nr. 78 Künstliche Intelligenz im medialen Diskurs. Wird soziale Gerechtigkeit ausgeblendet? (Elke Grittmann, Lina Brink, Peter Kann)

Nr. 77 Einschüchterung ist das Ziel. Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPPs) in Deutschland (Stefanie Egidy)

Nr. 76 Im öffentlichen Auftrag. Zusammensetzung und Arbeitsweise der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien (Peter Stawowy)

Nr. 75 Künstliche Intelligenz in politischen Kampagnen. Akzeptanz, Wirkung und Wahrnehmung (Simon Kruschinski, Pablo Jost, Hannah Fecher, Tobias Scherer)

Nr. 74 Tragische Einzelfälle? Trendreport zur Berichterstattung über Gewalt gegen Frauen (Christine E. Meltzer)

Nr. 73 Social-Media-Partei AfD? Digitale Landtagswahlkämpfe im Vergleich (Maik Fielitz, Harald Sick, Michael Schmidt, Christian Donner)

Nr. 72 Öffentlichkeit ohne Journalismus? Rollenverschiebungen im lokalen Raum (Barbara Witte, Gerhard Syben)

Nr. 71 Finanzbildung als politisches Projekt. Eine kritische Analyse der FDP-Initiative zur finanziellen Bildung (Thomas Höhne)

Nr. 70 ‚Falsche Propheten' in Sachsen. Extrem rechte Agitation im Landtag (Ulf Bohmann, Moritz Heinrich, Matthias Sommer)

Nr. 69 ARD, ZDF und DLR im Wandel. Reformideen und Zukunftsperspektiven (Jan Christopher Kalbhenn)

Nr. 68 Engagiert und gefährdet. Ausmaß und Ursachen rechter Bedrohungen der politischen Bildung in Sachsen (Thomas Laux, Teresa Lindenauer)

Nr. 67 Viel Kraft – wenig Biss. Wirtschaftsberichterstattung in ARD und ZDF (Henrik Müller, Gerret von Nordheim)

Nr. 66 Reklame für Klimakiller. Wie Fernseh- und YouTube-Werbung den Medienstaatsvertrag verletzt (Uwe Krüger, Katharina Forstmair, Alexandra Hilpert, Laurie Stührenberg)

Nr. 65 Schlecht beraten? Die wirtschaftspolitischen Beratungsgremien der Bundesregierung in der Kritik (Dieter Plehwe, Moritz Neujeffski, Jürgen Nordmann)

Nr. 64 Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen (Johannes Kiess, Alina Wesser-Saalfrank, Sophie Bose, Andre Schmidt, Elmar Brähler & Oliver Decker)

Nr. 63 Konzerne im Klimacheck. ‚Integrated Business Reporting' als neuer Ansatz der Unternehmensberichterstattung (Lutz Frühbrodt)

Nr. 62 Auf der Suche nach Halt. Die Nachwendegeneration in Krisenzeiten (Simon Storks, Rainer Faus, Jana Faus)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 16. November 2023 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:
Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

Bank:	**HELABA Frankfurt/Main**
IBAN:	**DE11 5005 0000 0090 5460 03**
BIC:	**HELA DE FF**

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

Bank:	**HELABA Frankfurt/Main**
IBAN:	**DE86 5005 0000 0090 5460 11**
BIC:	**HELA DE FF**

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 114***
  Marlis Prinzing, Mira Keßler, Melanie Radue
  Berichten über Leid und Katastrophen
  Die Ahrtalflut 2021 aus Betroffenen- und Mediensicht sowie Lehren für künftige Krisen
- **OBS-Arbeitsheft 113***
  Janine Greyer-Stock, Julia Lück-Benz
  Moderne Wirtschaftsberichterstattung?
  Wie Podcasts auf Spotify und in der ARD Audiothek über Wirtschaft sprechen
- **OBS-Arbeitsheft 112***
  Leif Kramp, Stephan Weichert
  Whitepaper Non-Profit-Journalismus
  Handreichungen für Medien, Politik und Stiftungswesen
- **OBS-Arbeitsheft 111***
  Janis Brinkmann
  Journalistische Grenzgänger
  Wie die Reportage-Formate von funk Wirklichkeit konstruieren
- **OBS-Arbeitsheft 110***
  Henning Eichler
  Journalismus in sozialen Netzwerken
  ARD und ZDF im Bann der Algorithmen?
- **OBS-Arbeitsheft 109***
  Barbara Witte, Gerhard Syben
  Erosion von Öffentlichkeit
  Freie Journalist*innen in der Corona-Pandemie
- **OBS-Arbeitsheft 108***
  Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto
  Framing in der Wirtschaftsberichterstattung
  Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich
- **OBS-Arbeitsheft 107***
  Leif Kramp, Stephan Weichert
  Konstruktiv durch Krisen?
  Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106***
  Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher
  Den richtigen Ton treffen
  Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105***
  Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk
  Medienjournalismus in Deutschland
  Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104***
  Valentin Sagvosdkin
  Qualifiziert für die Zukunft?
  Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

Diese und weitere Publikationen der OBS finden Sie unter www.otto-brenner-stiftung.de

Otto Brenner Stiftung | Wilhelm-Leuschner-Straße 79 | D-60329 Frankfurt/Main

OBS-Arbeitspapier 79

Über Reichtum berichten

Der „Gute Rat für Rückverteilung“
in den Medien

www.otto-brenner-stiftung.de